PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 13. Mai 1975, fertiggestellt.

15. Mai 1975 Jg. 3 Nr. 19 50 Pfennig

Die „Innere Sicherheit" der Kapitalisten ist gegen das Volk gerichtet

Alle Maßnahmen der "inneren Sicherheit", die der bürgerliche Staat im Zuge seiner Anarchistenverfolgung ergreift, sind Maßnahmen zum Aufbau des staatlichen Gewaltapparates und gegen die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet.

Als Justizminister Vogel vor einigen Tagen noch Bedenken gegen Gesetzentwürfe vorbrachte, nach denen der Verkehr zwischen Verteidigern und Angeklagten überwacht werden kann, erhielt er von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem Sprachrohr der Kapitalistenklasse, folgende Belehrung:

"Der Einwand, wegen des Fehlverhaltens eines Dutzends von Anwälten in Sachen Baader/Meinhof dürfe nicht allen die Drohung der Verkehrsüberwachung auferlegt werden, geht ... fehl; überall führen Verstöße und Mißbräuche zu Regelungen, welche die Mehrheit der Braven mit treffen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Mai)

Wer die gegenwärtigen Maßnahmen untersucht, mit denen die besitzende Klasse ihren staatlichen Gewaltapparat ausbaut und die Justizmaschine schmiert, tut gut daran, diese Belehrung zu beachten. Sie Schützt vor der gefährlichen Meinung, Beschlüsse wie der weitere Ausbau des Bundeskriminalamts oder Gesetzentwürfe zur Überwachung von Verteidigern seien allein wegen einer kleinen Gruppe von Anarchisten gemacht und sonst nicht weiter von Bedeutung. Alle Gesetzesänderungen, alle Einschränkungen von Rechten, mit denen jetzt speziell die Anarchisten verfolgt werden, sind allgemeine Bestimmungen.

Sie werden "die Mehrheit der Braven mit treffen".

Beim Ausbau des staatlichen Gewaltapparats nutzt die herrschende Klasse zwar die Rebellionsakte der Anarchisten aus, um die Aufrüstung als "Bekämpfung des Terrorismus" auszugeben, aber richten tut sich dieser gigantische Gewaltapparat gegen "die Mehrheit der Braven". Angeblich geht es um deren Sicherheit, in Wirklichkeit geht es um die Sicherheit eines immer kleiner werdenden Haufens von Schmarotzern und Parasiten, die von der Arbeit der "Braven", der Besitzlosen leben. Und um dieses satte Leben der immer kleiner werdenden Klasse der Besitzenden, der Herren der Fabriken und des Grund und Bodens vor Angriffen zu sichern, dazu ist es allerdings "überall" notwendig, den Massen ihre Rechte zu beschneiden. Dazu ist es notwendig, die Staatsmaschine immer mehr aufzublähen und den Gewaltapparat immer weiter aufzurüsten. Er muß bereitstehen, wenn die ausgebeutete Mehrheit damit Schluß macht, "brav" zu sein, und ihre Interessen in gemeinsamer Aktion zur Geltung bringt.

Am 11. April haben unter Vorsitz von Innenminister Maihofer die Länderinnenminister endgültig zugestimmt, dem Bundeskriminalamt zentrale "Weisungsbefugnis" zu geben.

Fortsetzung S. 3



Bewaffnete Volksmiliz in Saigon / Ho Chi Minh – Stadt

Auch das Volk von Laos siegt !

Regierung umgebildet. Das Volk siegt in Laos über die Reaktionäre

In Laos mußten unter dem Druck der Volksmassen vier rechte Minister der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit (PRNE) zurücktreten. Drei Generäle der von den USA aufgebauten Armee wurden entlassen. Damit ist ein wichtiger Erfolg erzielt worden im Kampf um nationale Unabhängigkeit gegen die Staatsstreich-Pläne proimperialistischer Politiker in der Regierung.

In einer Schulklasse im befreiten Laos

Diese Provisorische Regierung der Nationalen Einheit ist eine Koalitionsregierung aus rechten Politikern, die jahrelang auf die USA gestützt Krieg gegen das laotische Volk geführt haben, und Ministern der Befreiungsbewegung Pathet Lao. Zustandegekommen ist diese Regierung 1973 aufgrund der militärischen Erfolge der Befreiungsbewegung, die vier Fünftel des Landes mit der Hälfte der Bevölkerung befreit hat. Die USA und die von ihr ausgehaltenen Marionetten mußten damals einem "Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der Nationalen Eintracht in Laos" zustimmen, das den USA und Thailand jede weitere Einmischung strikt verbietet, die Einstellung aller Bombenangriffe festlegt und den "Abzug des ausländischen Militärpersonals" zum Inhalt hat. Vientiane und Luang Prabang, die beiden größten Städte des Landes, wurden neutralisiert und Truppen der Befreiungsbewegung neben denen der "Partei von Vientiane" dort stationiert. Für 1976 sind Wahlen zur Nationalversammlung im ganzen Land vereinbart.

Wer daraus als Sieger hervorgehen wird, das steht zweifelsfrei fest: die Befreiungsbewegung, die seit Jahrzehnten mit der Unterstützung des Volkes die Marionetten des USA-Imperialismus bekämpft und ihnen Niederlage auf Niederlage zugefügt hat.

Die Verletzung des Waffenstillstandsabkommens durch die Reaktionäre nicht hingenommen

Es liegt auf der Hand, daß die Reaktionäre sich dem entgegenstemmen. Sie haben viel zu verlieren. Der jetzt zurückgetretene Verteidigungsminister Champassak *"kontrolliert als Feudalherr ein Gebiet im Süden von Laos"* (Süddeutsche Zeitung vom 12.5.1975). Und der zurückgetretene Finanzminister Sananikone ist ebenfalls Oberhaupt einer großen Grundbesitzerfamilie. Schon im Juni 1973, unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens, erklärte Sananikone als Vorsitzender einer Versammlung hoher Militärs und Zivilisten: *"Wir müssen den Waffenstillstand brechen"* (Le Monde diplomatique, Juni)

Die Befreiungsfront und das Volk von Laos haben sich das nicht gefallen lassen. Ende April gingen Nachrichten durch die Presse, die Befreiungsfront habe den Waffenstillstand gebrochen und die Verbindungsstraße zwischen Vientiane und Luang Prabang besetzt. Was tatsächlich geschehen war, kann man aus 'Le Monde' vom 8.5. entnehmen:

"Kleine Angriffe der revolutionären Truppen auf die Straßenkreuzung Sola-Phoukoune zwischen Vietiane und Louang-Prabang sind weniger gegen die königliche Armee gerichtet als vielmehr gegen die bewaffneten Banden des Meo Generals Vang Po, Truppen, die niemals aufgelöst wurden und aufgestellt, unterstützt und finanziert werden vom CIA, während die thailändischen Söldner sie unterstützen. Das Waffenstillstandsabkommen hatte festgelegt: *"Die vom Ausland organisierten, bewaffneten, instruierten und befehligten 'Sonderstreitkräfte' sollen liquidiert werden"* (Artikel 4). Beide vertragsschließenden Seiten verpflichteten sich, das Abkommen *"korrekt, vollkommen und gewissenhaft zu realisieren"* (Protokoll vom 14.9.1973, Artikel 10). Das ist hinsichtlich der bewaffneten CIA-Banden jetzt offenbar erfolgreich durch die Befreiungsstreitkräfte geschehen.

Massenaktionen gegen USA-Imperialismus und Feudalismus.

Gleichzeitig nehmen in den noch nicht völlig befreiten Teilen des Landes die Volksmassen die im Abkommen garantierten demokratischen Rechte wahr und demonstrieren gegen die Anwesenheit von imperialistischen Tarnorganisationen der USA

Fortsetzung S. 2

Lügen über Massaker in Kambodscha aufgedeckt

Heute, wo die Völker gesiegt haben und die meisten Journalisten im Tross des geschlagenen US-Militärs die Länder Indochinas verlassen haben, begibt sich die bürgerliche Presse auf die Suche nach Massakern und Blutbädern. Jahrelang sind Millionen von Vietnamesen, Kambodschanern und Laoten von den USA umgebracht worden. Abermillionen mußten im Bombenhagel aus ihren Dörfern fliehen und wurden in KZ-ähnliche Flüchtlingslager gepreßt. Das hat die bürgerliche Presse kaum beunruhigt. Jetzt, nach dem Sieg der Völker, forschen dieselben Zeitungen angestrengt nach aufgeschlitzten Bäuchen, durchgeschnittenen Kehlen, vergewaltigten Frauen, nach Massenerschießungen und Vertreibungen – bereit, auf das erste Gerücht hin in Empörungsstürme auszubrechen.

Ende letzter Woche glaubten sie fündig geworden zu sein. Von der "Bild"-Zeitung bis zur Frankfurter Allgemeinen berichteten sie auf der ersten Seite über blutige und grausame Massaker in Phnom Penh. Unter Berufung auf einen französischen Arzt, der in einem Fernsehbericht als Zeuge zitiert wurde, war die Rede von 300 Kambodschanern mit durchgeschnittener Kehle auf dem Marktplatz von Phnom Penh, von vergewaltigten Frauen, *"denen man hinterher Flaschen in die Scheide gestoßen und abgebrochen habe"* (Süddeutsche Zeitung, 10.5.).

Anfang dieser Woche mußten sie diese Nachrichten wieder zurücknehmen. Der Arzt, von dem die Berichte angeblich kamen, hat inzwischen erklärt: *"Der Fernsehbericht ist total falsch."* (Süddeutsche Zeitung, 12.5.75) Soweit die Zeitungen das überhaupt meldeten, hatten sie die Korrektur auf der zweiten Seite oder noch weiter hinten verborgen.

Fortsetzung S. 2

Neue US-Provokation

US-Schiff in kambodschanischem Hoheitsgewässer aufgebracht

Das mit Gewehren beladene amerikanische Schiff "Mayaguez" ist nach Verletzung kambodschanischer Hoheitsgewässer von der kambodschanischen Marine aufgebracht und in den Hafen von Kompong Son dirigiert worden. Der amerikanische Präsident Ford spricht von einem "Piratenakt". Er meint damit nicht die Verletzung kambodschanischer Hoheitsgewässer, sondern ihre Verteidigung durch die kambodschanische Marine.

Zu hören ist, der Vorfall sei 60 Seemeilen vor der kambodschanischen Küste geschehen, also nach amerikanischer Auffassung außerhalb der Hoheitsgewässer. Allerdings wird ergänzt: "Der Zwischenfall ereignete sich in der Nähe einer kleinen Felseninsel, auf die offensichtlich Kambodscha ... Anspruch erhebt." (Mannheimer Morgen) Offensichtlich ist: Der USA-Imperialismus hatte sich daran gewöhnt, die der kambodschan. Küste vorgelagerten Inseln als "herrenlos" zu betrachten und beliebig die Souveränität des kleinen Landes zu verletzen, zumal der Festlandsockel vor der Küste um die Insel reich an Erdöl ist. Die Marionettenregierung hat das durchgehen lassen. Die siegreiche Regierung der nationalen Einheit hat davor den Riegel geschoben. Grund für Präsident Ford, den nationalen Sicherheitsrat einzuberufen und auf Okinawa 1 000 Marineinfanteristen einzuschiffen. Ein Abgeordneter forderte sofort die Bombardierung Kambodschas. Doch kein noch so großes Verbrechen des US-Imperialismus wird daran was ändern, daß seine Zeit in Kambodscha zu Ende ist.

–W.M.–

Forts. Lügen über Massaker

Von "völkermordähnlichen Massakern" in Phnom Penh haben auch französische Geistliche berichtet, auch sie feste Bestandteile des imperialistischen Propagandaapparates. Der CIA meldete "reihenweise Enthauptungen".

Ein ARD-Reporter, der zwei Wochen lang in Phnom Penh festsaß, berichtet dagegen: *"Auch wir haben von den Gerüchten gehört. Ich bin zweimal an den Ort von angeblichen Exekutionen gefahren, habe aber weder Zeugen noch Spuren gefunden. Ein solches Vorgehen würde auch völlig dem von uns erfahrenen Stil der Roten Khmer widersprechen."* (Spiegel 20/1975) Und die Korrespondentin von Le Monde berichtet: *"Weder in Phnom Penh noch auf unserer 450 Kilometer langen Fahrt zur thailändischen Grenze haben wir, trotz vieler Gerüchte, einen einzigen Beweis für Erschießungen und Hinrichtungen finden können. Immer waren es Zeugen, die es nur vom Hörensagen wußten"* (nach Spiegel 20/1975).

Rückkehr aufs Land ist die einzige Lösung

Ein anderer Gegenstand der Empörung in den bürgerlichen Blättern ist die "schonungslose Evakuierung" von Phnom Penh. Mehr als zwei Millionen Einwohner hatte die Stadt zuletzt. Mehr als drei Viertel von ihnen sind Bauern, die vor den amerikanischen Bomben und der Artillerie der Marionettenarmee in die Stadt geflohen waren, Opfer der sogenannten "Urbanisierungsstrategie", das heißt, der Entvölkerung ganzer Regionen. Einmal in der Stadt, wurden sie von amerikanischen Reislieferungen mehr schlecht als recht am Leben erhalten und als Soldaten in die Marionettenarmee gepreßt.

Nach der Niederlage der USA wäre diese künstlich produzierte Stadtbevölkerung in einem Land, das insgesamt nur 8 Millionen Einwohner hat und dessen Landwirtschaft zu einem beträchtlichen Teil vom Kriege zerstört ist, dem sicheren Hungertod ausgesetzt, wenn sie nicht sofort an den Wiederaufbau ihrer Dörfer und die Bestellung ihrer Äcker zurückkehrt. Für Massaker bleibt da keine Zeit, die ehemaligen Marionetten müssen arbeiten, um sich ihren Reis zu verdienen. *"Alle Offiziere vom Hauptmann an aufwärts sind zu dreijähriger Landarbeit verpflichtet worden. Auch buddhistische Mönche in ihren gelben Roben wurden bei der Feldarbeit gesehen – ein für Südostasien völlig ungewohntes Bild"* (Welt vom 9.5.1975). Jeder muß mit anpacken. Wie es auf dem flachen Land nach fünf Jahren Krieg durch die USA und ihre Marionetten heute aussieht, berichten Journalisten, die mit dem LKW zur Grenze gebracht wurden: *"Die Dörfer am Wege waren verlassen, zum Teil niedergebrannt"* (Neue Züricher Zeitung vom 10.5.1975).

Die bürgerliche Presse führt einen Krieg gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten

In Kambodscha kämpft heute ein Volk, das den USA-Imperialismus unter ungeheuren Opfern zurückgeschlagen hat, um das Überleben und den Neuaufbau des Landes. Für die Not und das Elend, welche das kambodschanische Volk dabei zu überwinden hat, sucht die bürgerliche Presse das Volk selber und die Befreiungskämpfer verantwortlich zu machen. Die Befreiung des Landes muß als "blutige Tragödie" dargestellt werden, die Befreiungskämpfer als brutal und grausam. (Neue Zürcher Zeitung, 10.5.75)

Das kambodschanische Volk selber kann durch diese Berichterstattung nicht mehr betrogen werden. Es hat die Propagandaabteilungen der Imperialisten erst einmal aus dem Lande geworfen. Diese Berichterstattung zielt auf die ausgebeuteten Klassen und die unterdrückten Völker in der ganzen Welt. Ihnen soll der Gedanke an Revolution ausgetrieben werden, der mit jedem Sieg der Völker eine raschere Verbreitung findet. Das aber wird nicht gelingen.

Den Ausgebeuteten und Unterdrückten ist eines nicht zu verbergen: Verloren haben in Kambodscha die fremden Unterdrücker und die "reichen Leute". Die Arbeiter und die Bauern führen das Regiment. Auf der Grundlage dieses Wissens können und müssen die Kommunisten und Antiimperialisten in Westdeutschland der bürgerlichen Propaganda überall entschieden entgegentreten.

–W.M.–

Sowjetische Diplomaten aus Kambodscha ausgewiesen

Die Sowjetunion hat während des Befreiungskampfes in Kambodscha erklärt, sie wolle die Beziehungen zum Marionettenregime Lon Nols in Phnom Penh abbrechen. Tatsächlich hat sie ihre Botschaft bei der Marionettenclique länger aufrechterhalten als die USA. *"Die Sowjetunion hatte praktisch bis zu den letzten Tagen der Regierung Lon Nol die Botschaft in Phnom Penh mit einer reduzierten Besatzung aufrechterhalten"* (Neue Züricher Zeitung vom 12.5.1975).

Die Befreiungskämpfer haben den Sozialimperialisten nach der Befreiung der Stadt eine Lektion erteilt: "Die Russen wurden aus ihrer Botschaft in die französische Botschaft beordert, wo sich bereits andere Ausländer aufhielten. Anschließend wurde die sowjetische Flagge zerrissen und das Gebäude durchsucht" (Süddeutsche Zeitung vom 9.5.1975). Gemeinsam mit dem übrigen Troß der Imperialisten wurden die sowjetischen Diplomaten von den Befreiungskämpfern auf LKW's gepackt und aus dem Lande geschafft. Gemeinsame Sache mit den Imperialisten gegen die Revolutionäre haben sie auch dort noch gemacht. Schwedische Journalisten berichten, "die sowjetischen Diplomaten hätten in Nahrungsmitteln aus Konservendosen geschwelgt, während die anderen Flüchtlinge auf die äußerst knappen Zuteilungen der Roten Khmer angewiesen waren. Als die Sowjets deshalb beschimpft wurden, drohte einer von ihnen, fünf Kambodschaner, die sich unter die Ausländerflüchtlinge gemischt hatten, zu verraten" (Welt vom 13.5.1975).

Mit anderen Worten: Die sowjetischen Diplomaten haben Kambodschaner, die offenbar Dreck am Stecken hatten, vor den Befreiungsstreitkräften verborgen. Nur die "imperialistische Konkurrenz" um die Konserven hätte sie veranlassen können, den Revolutionären gegenüber zu sagen, was sie wußten. In dieser kleinen Episode kommt die grundsätzliche Rolle der Sowjetunion gegenüber dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker gut zum Ausdruck: Rivalität mit der anderen imperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft, Zusammenarbeit mit ihr gegen die Völker der Welt.

–W.M.–


Chirurg aus dem Krankenhaus von Phnom Penh enthüllt Greueltaten der Roten Khmer

300 Männern die Kehle durchschnitten – Frauen vergewaltigt und bestialisch gequält

So wie hier die "Bild"-Zeitung am 10.5. verbreiteten alle bürgerlichen Zeitungen, Radio und Fernsehen die Lügenhetze über Kambodscha. Die "Bild"-Zeitung hat sie bis heute noch nicht dementiert, während die anderen Zeitungen ganz versteckt zwei Tage darauf Berichtigungen brachten.

70 000 Amerikaner feiern in New York den Sieg des vietnamesischen Volkes

In New York demonstrierten 70 000 Amerikaner am 12. Mai ihre Freude über den Sieg des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus und den Frieden in Vietnam.

Die Mutter eines Gefallenen, heute als Kongreßabgeordnete von Manhattan in Washington, rief, daß Präsident Ford um Vergessen bäte und gegen das Aufrechnen der Schuld sei, aber er meine das nur für sich und die, die diese Politik gemacht hätten. Die vollständige Amnestie für alle, die sich dem Krieg widersetzt hätten, stehe noch aus.

Ein anderer Redner sagte, Vietnam, das sei ein Sieg für Tausende Amerikaner, die in den Untergrund, den Widerstand, ins Exil und ins Gefängnis gegangen seien. Der über Telefon vermittelte Gruß eines Vertreters der Provisorischen Revolutionsregierung wurde auf der Kundgebung per Lautsprecher übertragen.

Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Mai

Erneute Fahrpreiserhöhungen für Bus und Bahn in Frankfurt

Erneut sollen die Fahrpreise für Bus und Bahn in Frankfurt erhöht werden. Der Frankfurter Verkehrsverbund will die Preise um durchschnittlich 30 % erhöhen; gestaffelt sollen vom 13. Juli bis 13. August sämtliche Fahrkarten verteuert werden.

Gegen die Erhöhung der Fahrpreise haben sich letztes Jahr in Frankfurt heftige Kämpfe entwickelt, wo Tausende ihren Protest gegen die Politik des Magistrats auf die Straße getragen haben und heftige Konfrontationen mit der Polizei die Auseinandersetzung bestimmten. Führten die Protestaktionen auch nicht zur Verhinderung der Fahrpreiserhöhungen, so heißt das nicht, daß diese erneute dreiste Maßnahme des Frankfurter Verkehrsverbundes und des Magistrats kampflos hingenommen werden kann. Sie steht in einer Reihe mit verschiedenen Preiserhöhungen für öffentliche Dienste wie der Strompreiserhöhung um 22 % und der Gaspreiserhöhung bis zu 30 %, die der Frankfurter Magistrat im Laufe des letzten Jahres beschlossen hat. Notwendig wird es, vor allem aus Betrieb und Gewerkschaft dagegen die Stimme zu erheben.

J.K.

Teure Regierungspropaganda

Nach Auskunft der Bundesregierung waren im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 1. Februar 1975 765 Beamte und Angestellte beschäftigt. Allein 224 davon gehören in Gehaltsgruppen vom Regierungsrat aufwärts (Bundestagsdrucksache 7/3479). Trotz dieser von ihr unterhaltenen Propagandabataillone ist die Bundesregierung nach wie vor der Ansicht, ihre Politik würde der Bevölkerung nicht richtig vermittelt.

Arbeitslosenkasse pleite

Der Bundesrechnungshof hat mitgeteilt, daß die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit schon 1973 nur noch insgesamt 4,78 Milliarden DM gegenüber dem Soll von 11 Milliarden betragen hätten. Zur Zeit sind noch Rücklagen von 2,4 Milliarden DM vorhanden, davon lediglich 500 Millionen DM als flüssige Mittel, während das Soll zwischen 11 und 12 Milliarden liegt. Die Bundesregierung hat erkl erklärt, daß die Beitragsanhebung in der Arbeitslosenversicherung auf 2 Prozent vom Lohn dazu führen werde, daß bei einer Zahl von weniger als 400 000 Arbeitslosen wieder eine Rücklage gebildet werde. Registriert sind derzeit 1,1 Millionen Arbeitslose. Der Bankrott der Arbeitslosenversicherung ist absehbar. (Parlamentskorrespondenzt vom 17.4.)

Forts. Laos siegt

und erheben sich gegen ihre einheimischen Unterdrücker. Aus Vientiane wurden Demonstrationen vor der USA-Botschaft gemeldet. Die Botschaftsbesatzung mußte das verhaßte Sternenbanner einziehen.

"In Pakse, in Südlaos, streiken Beamte, Studenten, Lehrer und arme Bevölkerung gegen das Steigen der Preise. Die Streikenden haben den Provinz-Chef festgenommen. Sie haben den Feudalherren des Südens, Prinz Boun Om, angegriffen" (Le Monde vom 9.5.1975).

Bei Demonstrationen in Vientiane wurde schließlich die Forderung nach Rücktritt der vier reaktionären Minister gestellt. Die reaktionären Machthaber hatten keine Mittel mehr, um sich dem zu widersetzen. Sananikone und Champassak sind nach Thailand geflüchtet. Der Meo-General Vang Pao hinterher. *"Sie alle haben am Wochenende ihre Sinekuren (Einkünfte, für die man nicht arbeiten muß) aufgegeben, weil es nach Meuterei und Aufstand roch."* (Frankfurter Rundschau vom 13.5.75)

Reiche Ausbeuterfamilien verlassen das Land. Die Armee, bisher sichere Stütze der Reaktionäre, zieht nicht mehr mit gegen die Befreiungskräfte und in Vientiane fingen Truppen zu meutern an: *"Etwa 160 Soldaten, zumeist Offiziersschüler, hielten am 11.5. eine laotisch-deutsche Schule besetzt, nachdem sie sich während der Militärparade zum Nationalfeiertag in voller Ausrüstung von den rechtsgerichteten Streitkräften abgesetzt und erklärt hatten, daß sie sich von den 'Reaktionären' getrennt hätten"* (Mannheimer Morgen vom 12.5.1975).

Auch formell ist es mit der Grundherrenherrschaft über die Armee zu Ende. Neuer Verteidigungsminister wurde Kham Quan Boupha, Angehöriger des Pathet Lao und bisher stellvertretender Verteidigungsminister.

Unwiderstehliche historische Strömung

Der Ministerpräsident Souvana Phouma, der als 'Neutralist' lange gegen die Befreiungsfront gearbeitet hat, erklärte auf einer Kundgebung am 11.5. angesichts dieser Fortschritte des Volkes: *"Liebe Landsleute, wichtige Veränderungen sind eingetreten. Von vielen waren sie nicht so schnell erwartet worden. Aber sie sind nun einmal da. Es bietet sich uns die große Chance, unserem Land weiteres Blutvergießen zu ersparen, zu dem es zweifellos kommen würde, wenn man den Gang der geschichtlichen Ereignisse mißachten würde"* (Süddeutsche Zeitung vom 12.5.1975).

Blut hat das laotische Volk viel opfern müssen. Über 8 Millionen Tonnen Bomben haben die USA auf das Land geworfen, 2 Tonnen pro Einwohner. *"Pro Kopf der Bevölkerung ist Laos das meistbombardierte Land der Kriegsgeschichte"* (Süddeutsche Zeitung vom 12.5.1975). Der Wille des Volkes zur Revolution gegen die Feudalherren, zur nationalen Befreiung vom USA-Imperialismus und zur Unabhängigkeit ihres Staates konnte damit nicht gebrochen werden. Dieser "Gang der geschichtlichen Ereignisse" ist unwiderstehlich.

–W.M.–

Gegen Friedensschwindel

Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus führte ein Ausschuß von verschiedenen Personen und Organisationen unter Führung der DKP am 10.5. in Frankfurt eine Demonstration durch unter dem Motto: "Für Frieden, Abrüstung und Sicherheit". Über 20 000 nahmen daran teil.

Die Ortsgruppe Frankfurt des KBW hat zu dieser Kundgebung Flugblätter verteilt und Diskussionen mit den vielen versammelten Menschen gesucht, um die Meinung der Kommunisten zu verbreiten: daß die DKP irreführende Lehren aus der Geschichte verbreitet, daß die Abrüstung ein großer Schwindel ist, hinter dem die Supermächte gegeneinander und gegen die Völker aufrüsten, daß das Entspannungsgerede nur dazu dient, die Völker einzuschläfern. Nicht Entspannung und Frieden ist heute die Haupttendenz in der Geschichte, wie die DKP verbreitet, sondern die Revolution. Die proletarische Revolution, die mit der Herrschaft der Imperialisten ein Ende macht, ist der einzige Weg, der die Ursache des Krieges beseitigt und Frieden ohne Ausbeutung und Unterdrückung erreichen kann.

Die DKP versuchte mit Ordnern und Schlägereien jegliche Diskussion zu verhindern, und sie versuchte auch den Kauf revolutionärer Schriften zu unterbinden. Einem Genossen der KBW-Ortsgruppe entrissen sie die Schrift von Lenin "Drei Artikel zu Krieg und Frieden", zerrissen sie und bearbeiteten sie weiter mit den Füßen. Diese Episode zeigt eindringlich, daß sie nicht nur den Marxismus-Leninismus verlassen haben, sondern ihn hassen und fürchten. An vielen Stellen gelang es uns, mit größeren Gruppen ins Gespräch zu kommen, Interesse für unsere Meinung und auch Zustimmung zu erreichen, so daß die DKP-Ordner hier machtlos waren.

–Red–

Spanien: Lockerung des Streikverbots: Eingeständnis der Schwäche

Das Franco-Regime in Spanien hat eine Lockerung des Streikverbots angekündigt. In Spanien besteht seit der Machtergreifung der Faschisten ein Verbot jeder Art von Streiks. Dieses Verbot soll jetzt nach über 35 Jahren so weit gelockert werden, daß in Zukunft Streiks als Mittel, um Lohnerhöhungen durchzusetzen, erlaubt sind. Die Lockerung des Streikverbots durch das Franco-Regime ist ein Eingeständnis seiner Schwäche und des rapiden Verfalls seiner Macht: Kaum ein Arbeiter, kaum eine Belegschaft haben sich in den letzten Jahren an dieses Verbot gehalten. Besonders 1974 und überhaupt während der letzten Monate hat die spanische Arbeiterklasse breite Streiks durchgeführt. Erinnert sei nur an den Generalstreik im Baskenland Anfang Dezember 1974, der mit größter Geschlossenheit durchgeführt wurde! Auf der anderen Seite bleibt das Verbot politischer Streiks bestehen und das Franco-Regime macht große Anstrengungen, dieses Verbot mit der brutalsten Repression und Unterdrückung aufrechtzuerhalten. So hat die in Madrid erscheinende Zeitschrift "Cambio 16" enthüllt, daß allein seit dem Monat Februar 1975, 744 Personen in Spanien verhaftet worden sind. Wegen dieser Enthüllung wurde die Zeitschrift beschlagnahmt.

–g.j.–

Verfassungsbeschwerde gegen die Urteile im Cabora-Bassa-Prozess eingelegt

Gegen die vom Bundesgerichtshof angeordneten und jetzt vom Bundesgerichtshof bestätigten Revisionsurteile gegen 5 Angeklagte im Cabora Bassa/Mac Namara-Prozess von 8 bis 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung hat der Anwalt der Verurteilten jetzt Verfassungsbeschwerde eingereicht. Die Verfassungsbeschwerde bezieht sich auf die Heranziehung von früheren Verfahren, die durch das "Straffreiheitsgesetz" von 1970 eingestellt worden waren, bei der Begründung für die Aufhebung der Bewährung durch das Revisionsurteil. Bei einer anderen Entscheidung mit entsprechender Rechtslage hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß solche Verfahren nicht herangezogen werden können. Genau dies hat das Revisionsgericht bei der Erfüllung seiner politischen Aufgabe jedoch getan. Hier zeigt sich, wie in politischen Prozessen das bürgerliche Recht längst durch die Willkür der herrschenden Bourgeoisie ersetzt ist.

„Die gehören in die Direktionsetagen"

Konsequente Vaterlandsverteidiger auf dem Bremer Vulkan

"Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte" ist derzeit das Schlagwort der Gruppe Rote Fahne wie der Gruppe Roter Morgen. Beide folgern daraus die Propagierung des gerechten Verteidigungskriegs sowie eine entsprechende Militärpolitik und stellen sich damit auf die Seite des einen imperialistischen Räubers – der Bundesrepublik – gegen einen anderen imperialistischen (Super-) Räuber.

Länger schon als diese Gruppen propagiert die Gruppe Neue Einheit (KPD/ML) diesen Weg. Und zwar in seiner ganzen Konsequenz und Verrücktheit.

Einer ihrer Vertreter arbeitet auf dem Bremer Vulkan. Die letzte zusätzliche Betriebsversammlung nutzte er, indem er die Direktion aufforderte, den Staaten der Dritten Welt großzügigere Kredite zu gewähren, damit diese mehr Dampfer auf dem Vulkan bauen lassen können. Dies war sein Vorschlag in einer Situation, wo Auftragsverschiebungen und eventuelle Auftragsrücknahmen die Existenz der Vulkan-Arbeiter zunehmend gefährden. Die Direktion wird sich sicher schon vorher die Kreditierung ihrer Auftraggeber überlegt haben. Kaum wird ihr dieser Vorschlag ein neuer Ansporn sein. An die Arbeiter aber gerichtet, ist dies ein gefährlicher Vorschlag – auch wenn er nicht gegriffen hat: Sie sollen sich gemeinsam mit ihren Ausbeutern den Kopf zerbrechen, wie man die Ausbeutung der Arbeiter zum Nutzen des Profits durch weitere Aufträge in Schwung hält!

Daß die Sozialdemokratie dies propagiert, ist bekannt. Daß SPD-Gewerkschafter als Klinkenputzer bei den Länderregierungen und der Bundesregierung auftauchen und nachsuchen um staatliche Unterstützung, sei es für die VW-Betriebe, sei es für den Flugzeugbau bei VFW oder für die Werften – all dies weiß man. Als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus wurden sie deshalb von der revolutionären Arbeiterbewegung immer verachtet und politisch bekämpft. Genauso ist es dem Vertreter der Gruppe Neue Einheit ergangen: Durchweg hat die Belegschaft seinen Vorschlag kopfschüttelnd unbeachtet gelassen; bei den Kollegen allerdings, mit denen wir diesen Vorschlag ausdrücklich debattierten, war der einhellige Kommentar: "Der gehört in die Direktion, mit uns hat der nichts zu tun." Die Sozialdemokratie gelangt zu ihrer Politik, weil sie die soziale Revolution nicht will, ihre Führer stattdessen sich einnisten wollen im warmen Bett der Bourgeoisie. Die Gruppe Neue Einheit gelangt zu ihrer Politik, weil sie die soziale Revolution nicht als Hauptaufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse betrachtet. Die Einheitsfront mit der Dritten Welt gegen die imperialistischen Supermächte zu stärken, wird ihr so zum Vorwand, um die Arbeiterklasse den Interessen der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie unterzuordnen. Die Gruppe Neue Einheit steht schon offen auf seiten der Bourgeoisie.

Unsere Zelle wartet darauf, daß der Vertreter der Neuen Einheit die Kollegen, die auf dem Frachter für Zaire arbeiten, zur schnelleren Arbeit anhält – alles im falsch verstandenen Sinne der Stärkung der internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte. Wir prophezeien ihm für diesen Fall eine gehörige Tracht Prügel.

Die Gruppen Rote Fahne und Roter Morgen stehen erst teilweise offen auf der Seite der Bourgeoisie (Vaterlandsverteidigung, Militärpolitik). Doch dabei wird es nicht bleiben. Wer in der korrekten internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben der Supermächte die Aufgabe für die westdeutsche Arbeiterklasse erblickt, sich gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die Supermächte zusammenzuschließen, statt alles daran zu setzen, durch die soziale Revolution dem Imperialismus in Westdeutschland den Garaus zu machen, der landet letztlich in allen Fragen des Klassenkampfes offen auf der Seite der Bourgeoisie.

P., Bremer Vulkan

Die Krise breitet sich weiter aus

Die wirtschaftliche Krise breitet sich weiter aus, die Arbeitslosenzahl ist bei über einer Million geblieben, die Kurzarbeit nimmt wieder zu und beträgt zirka 900 000. Die Preise steigen wieder mehr, während der Reallohn im Durchschnitt sinkt. Die Folgen der Krise beweisen nun immer deutlicher, wie schädlich die Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist. Es bleibt auch rein gar nichts im Sieb, womit die Gewerkschaftsführung ihren Kurs der Zusammenarbeit mit der Regierung und der Verpflichtung auf das kapitalistische Gemeinwohl verteidigen könnte.

Arbeitslosigkeit

Im April ist die Zahl der Arbeitslosen um 27 000 auf 1 087 100 gefallen. Dieser Rückgang ist der geringste Rückgang im April seit 20 Jahren. Im letzten Jahr zum Beispiel, als die Arbeitslosenzahl nur halb so hoch war, ist sie im April um mehr als doppelt soviel zurückgegangen. Zieht man die Winterarbeitslosigkeit außer Betracht, dann ist die Zahl der Arbeitslosen "saisonbereinigt um 145 000 angestiegen", wie die Frankfurter Rundschau schreibt (7.5.). Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, sagte, die Lage sie "anders als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg".

Kurzarbeit

Dazu kommt der Anstieg der Kurzarbeit um 86 200 auf nunmehr 899 600 Kurzarbeiter. Für 51 % der Kurzarbeiter beträgt der Ausfall zwischen einem Viertel und der Hälfte der Arbeitszeit, für 11 % mehr als die Hälfte der Arbeitszeit.

Bei der Zunahme der Kurzarbeit müsse man berücksichtigen, "daß wiederum eine Reihe von Betrieben von Kurzarbeit zu Entlassungen übergehen", sagte Stingl. Der größere Teil der zusätzlichen Kurzarbeiter kommt aus der Automobilindustrie.

Rationalisierung

In ihren Reden am 1. Mai wußten die meisten DGB-Führer nichts Besseres, als darüber zu klagen, daß die Kapitalisten nicht genug Gebrauch machen von den Millionen, die die Bundesregierung aus Steuermitteln für Investitionen ausgeschüttet hat. Doch wozu sollten die Kapitalisten investieren, wenn gegenwärtig fast ein Viertel der Produktionsanlagen nicht ausgenutzt wird, weil der Absatz stockt? Die Investitionen liegen trotz der Prämien aus Steuermitteln weit unter dem Umfang des Vorjahres. Das heißt allerdings nicht, daß die Kapitalisten überhaupt nicht investieren. Die meisten Investitionen sind Rationalisierungsinvestitionen. Und die Prämien, die die Bundesregierung ausgeworfen hat, dienen also nicht der Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern überwiegend der Verminderung der Beschäftigten durch Rationalisierungsinvestitionen. Rationalisierungsinvestitionen bedeuten immer, daß zugleich auch mehr aus der Arbeitskraft rausgeholt wird. Und wo keine Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden, rationalisieren die Kapitalisten nur die Arbeit, das heißt, sie treiben an und drücken den Lohn.

Preissteigerung wieder höher

Was war nicht alles erzählt worden, daß bei "vernünftigen" Tarifabschlüssen die Arbeitslosigkeit zurückgehen und die Preise wieder sinken würden. Nun nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu und auch die Preise steigen wieder schneller als zuvor. Aus einigen Bundesländern sind nun die offiziellen Zahlenangaben über die Preissteigerung veröffentlicht worden. Danach sind in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen die Preise wieder stärker als noch vor einem Monat gestiegen. Die Preissteigerungsrate beträgt wieder über 6 %. Am höchsten ist die Preissteigerung für die Produkte, die man zum täglichen Leben braucht, und demnach für Kinder und Rentner am höchsten. Und die Preise für die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien steigen auch schneller als die allgemeine Preissteigerung. So ist die allgemeine Preissteigerung in Nordrhein-Westfalen mit 6,5 % angegeben, für den "durchschnittlichen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" jedoch mit 6,7 %.

Seit Monaten verkündet die Regierung immer wieder den Aufschwung

Einen Tag nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen kamen die Wirtschaftszahlen„ die den Zweckoptimismus der Bundesregierung widerlegen. Gegenwärtig sieht es so aus, daß auch für die kommenden Monate die kapitalistische Wirtschaft nicht aus der Krise rauskommen wird. Die Industrieproduktion ist gegenwärtig um 7 % niedriger als vor einem Jahr. Der Auftragseingang, der etwas über die Produktion der kommenden Monate aussagt, ist von Monat zu Monat weiter zurückgegangen. Insbesondere kommen weniger Aufträge aus dem Ausland, denn im kapitalistischen Ausland geht die Krise auch weiter.

In der verarbeitenden Industrie sind die Aufträge aus dem Inland zuletzt um 8,4 %, aus dem Ausland um 20 % zurückgegangen. Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie: aus dem Inland um 14,3 %, aus dem Ausland um 21,4 % weniger Aufträge.

Verbrauchsgüterindustrie: aus dem Inland 11,8 %, aus dem Ausland 24,2 % weniger Aufträge.

Steigenden Absatz meldet dagegen die Automobilindustrie. VW konnte seinen Absatz in den USA wieder vergrößern. An dieser Entwicklung kann man sehen, daß für die Arbeiter die Folgen der Krise auch mit dem beginnenden Aufschwung nicht vorbei sind. Denn trotz Absatzsteigerung sind die Massenentlassungen fest programmiert.

grammiert.

Selbst wenn er kommt, hat es für die Arbeiterklasse überhaupt keinen Zweck, auf den Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft zu setzen. Schon jetzt schreiben die bürgerlichen Zeitungen, daß die Arbeitslosigkeit sehr wohl andauern werde, auch wenn der Aufschwung kommt, und insgesamt das Beschäftigungsniveau der Sechziger Jahre nicht wieder erreicht werde.

Überproduktion

Wie ist das zu erklären? Die kapitalistische Krise ist Überproduktionskrise. Nicht Mangel an Waren, nicht Mangel an Kapital bestimmen die Krise, sondern Überproduktion. Es wurden mehr Waren produziert, als verkauft werden können, mehr Kapital produziert, als produktiv eingesetzt werden kann. Die Folge ist eine verstärkte Konkurrenz sowohl im Inland als auch auf dem Weltmarkt, bei der einige Kapitalisten auf der Strecke bleiben und die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen ungeheuer zunimmt. Waren bleiben liegen, Produktionsanlagen liegen still, all das ist Vernichtung von Kapital. Dadurch wird, wenn die Krise tief genug gegangen ist, der Markt wieder frei für die Kapitalisten, die bei diesem ruinösen Konkurrenzkampf übriggeblieben sind. Es gibt einen Aufschwung für diese Kapitalisten, was überhaupt nicht bedeuten muß, daß das Kapital alle Arbeitslosen wieder beschäftigt, wohl aber, daß das Kapital aus den Beschäftigten immer mehr Arbeit herauspreßt.

Unter sozialdemokratischer Führung nur Niederlagen

Die Gewerkschaftspolitik, die sich festlegt auf das Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft, muß noch tiefer den Bach runtergehen als die kapitalistische Wirtschaft selbst. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben im Aufschwung den Lohnkampf sabotiert, im Abschwung Lohnabschlüsse getätigt, die den Lohnabbau bedeutet, und haben insgesamt bewirkt, daß die Gewerkschaften gegenüber den Kapitalisten geschwächt wurden. Sie stimmen nun den Massenentlassungen zu, haben nicht eine Forderung durchgesetzt gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, und die Kapitalisten denken nicht daran, sich dankbar zu zeigen, sondern nützen die Schwäche, um mit den Gewerkschaften Schlitten zu fahren. Obwohl der Kapitalismus insgesamt geschwächt ist, haben die Kapitalisten gegenüber den Gewerkschaften relativ an Stärke gewonnen.

Zugleich aber wächst in den Gewerkschaften die Front derer, die die Gewerkschaftseinheit für die Klasseninteressen schaffen wollen und die Gewerkschaften dafür gebrauchen wollen, wofür sie geschaffen sind: zum Kampf gegen die Kapitalisten.

–b–

Forts. „Innere Sicherheit"

Alle Ermittlungsergebnisse werden jetzt beim Bundeskriminalamt zentralisiert, und das Bundeskriminalamt ist berechtigt, überall Weisungen zu erteilen und selbst Aktionen durchzuführen. Der Apparat, der bisher gelegentlich stockte, weil die Länder in jedem einzelnen Fall um Erlaubnis gefragt werden mußten, hat jetzt einen glatten Gang.

Weiter hat das Kabinett, das für Stellenstopp im öffentlichen Dienst, für Sparmaßnahmen bei Schulen, Krankenversorgung, Berufsausbildung, im Personenverkehr usw. verantwortlich ist, eine Zulage von fast 14 Milliarden DM für 1975 und 1976 beschlossen, fast 10 Millionen für das Bundeskriminalamt, 4 Millionen für den Verfassungsschutz.

Ausgaben für	1969*	1975*	Steigerung
Bundeskriminalamt	22,4	136,8	510,8%
Bundesamt für Verfassungsschutz	29,9	76,9	157,2%
Bundesgrenzschutz	314,4	758,3	141,3%
Bereitschaftspolizei der Länder	18,0	33,6	86,7%

*Angaben in Millionen DM

Nach den Abteilungen "Sicherungsgruppe Bonn" und "Staatsschutz" erhält das Bundeskriminalamt eine neue Abteilung TE ("Terror") und wird um 181 Planstellen erweitert.

Schon in den letzten Jahren war die Bereitschaftspolizei der Länder auf 22 300 Mann aufgestockt worden. Der Aufbau eines Bundeszentralregisters, Ausweitung der Bespitzelungsbefugnis des Verfassungsschutzes auf alle, die es mit der Demokratie des Volkes ernst meinen. Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bürgerkriegsarmee, die Ausrichtung der Bundeswehr auf den Einsatz im Inneren und die Unterordnung der Landesverfassungsschutzämter unter das Bundesamt für Verfassungsschutz waren weitere Stationen.

Die Schießerei in Köln zwischen mutmaßlichen Anarchisten und einer Sonderstreife von Zivilen – angeblich war der Zufall im Spiel – lieferte für die jüngsten Beschlüsse einen brauchbaren Hintergrund. Vor diesem Hintergrund glaubte auch der Justizapparat, es sich leisten zu können, einen weiteren Schlag zu führen. Der "Spiegel" vom 12. Mai schrieb: *"Und womöglich wurde am gleichen Freitag einer der Anarchisten-Verteidiger abgeschaltet, der seit langem auf der Strichliste steht."*

Nach einem Überfall auf das Anwaltsbüro Becker, Laubscher, Haag unter Leitung des Oberstaatsanwaltes Zeisberg wurde Rechtsanwalt Haag festgenommen. Dabei wurden die gesamten Unterlagen für den Prozeß gegen Andreas Baader kassiert.

Angeblich hatte ein anonymer Zeuge eine Waffenübergabe zwei Monate vorher beobachtet. Die Beschuldigung war offensichtlich so lächerlich, daß selbst der Bundesrichter Wösner sich außerstande sah, daraufhin einen Haftbefehl auszustellen. Das war aber wohl auch gar nicht nötig. Der "Verdacht" war Haag angehängt, und nach dem Ausschluß der Rechtsanwälte Croissant, Groenewold und dem schon laufenden Verfahren gegen Rechtsanwalt Ströbele kann man sich ausrechnen, wie viele Tage Haag noch als Verteidiger für Baader tätig sein kann.

Fast gleichzeitig mit der Durchsuchung von Haags Büro, bei der übrigens auch noch ein amerikanisches Verteidigerbüro eine Etage höher ohne jeden Schein von Begründung mit durchsucht wurde, stürmten in Bochum ein halbes Dutzend Polizistinnen die Anwaltssprechzelle der dortigen Haftanstalt, um die Rechtsanwältin Marilouise Becker nach einem zweistündigen Gespräch mit der Untersuchungsgefangenen Hanna Krabbe ihrer gesamten Aufzeichnungen zu berauben. Dabei wurde sie gezwungen, sich nackt auszuziehen und sich peinlich untersuchen zu lassen.

Hier wird unter Bruch der bestehenden Gesetze schon praktiziert, was in dem geplanten Gesetz zur Überwachung des schriftlichen und mündlichen Verkehrs zwischen Verteidiger und Angeklagten allgemeine Regelung werden soll. Neben den Plänen zur Verteidigerüberwachung liegen weitere Gesetzentwürfe auf dem Tisch. Darunter ein Gesetzentwurf gegen die "Propagierung von Gewalt" von der Koalition und ein ähnlicher Entwuf eines "Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" von der CDU und vom Bundesrat. In dem CDU-Entwurf wird ausdrücklich das Versammlungs- und Demonstrationsrecht all denen abgesprochen, die "Bestrebungen" unterstützen, "die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" gerichtet sind. An diesem Entwurf wird besonders deutlich, wie unter dem Vorwand, die "Sicherheit" der Bevölkerung sei in Gefahr, dem Volk das Recht abgesprochen wird, seine Interessen gegen die herrschende Ausbeuterordnung zur Geltung zu bringen.

Neben einem Gesetzentwurf zur Errichtung von Bannmeilen um die Gerichte, die die Richter vor Demonstrationen schützen sollen, haben die Länder Baden-Württemberg und Bayern jetzt einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, der schärfere Strafen für die sogenannte "Bildung krimineller Vereinigungen" vorsieht und alle mit Strafe bedroht, die nicht bereit sind, "Verdächtige" zu denunzieren.

Dieser Entwurf muß im Zusammenhang gesehen werden mit einem neuen Urteil des Bundesgerichtshofes. Danach sind Menschen, die sich zum Beispiel zusammenschließen, um ein leerstehendes Haus zu besetzen "und", wie es im Urteil heißt, "auf diese Weise gegen Fehlentwicklungen im Wohnungsbau gegen die Höhe der Mieten und die Wohnungsknappheit ... zu demonstrieren", als "kriminelle Vereinigung" zu behandeln.

Wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung rebelliert, wird von den Nutznießern der Ausbeutung zum "Verbrecher" erklärt. Wie mit ihm verfahren werden soll, das wird an den Gefangenen aus der RAF jetzt vorexerziert.

Die bürgerliche Klasse rüstet sich für den Sturm, weil sie dem "inneren Frieden" in dem von ihr betriebenen Arbeitslager Bundesrepublik nicht mehr traut. Die Justizmaschine wird ausgerüstet, damit sie mit dem Widerstand gegen die Verhältnisse fertig wird und schnell und, wenn notwendig, auch massenhaft aburteilen kann. Insbesondere rüstet sich der Staatsapparat dafür, die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen, deren legale Arbeit er trotz des bestehenden KPD-Verbots vorläufig einräumen mußte.

Bis in den Gerichtssaal hinein, wo sie als Verbrecher abgeurteilt werden, sollen Revolutionäre das Maul halten müssen. Den politischen Gefangenen werden mit den geplanten Gesetzen alle Rechte entzogen, die sie zur Verteidigung brauchen. Schon vor dem Richterspruch sollen alle Zweifel an der Schuld aus der Welt geschafft sein und jedem das Handwerk gelegt sein, der diese Zweifel ausstreuen könnte.

Jeder, der sich für den Angeklagten einsetzt, muß selbst auf die Anklagebank, bis niemand mehr wagt, sich auf die Seite des Angeklagten zu stellen.

Das Muster ist nicht neu. Schon nach dem KPD-Verbot waren z.B. die Rechtsanwälte Kaul und Krieger in Bonn allein deswegen verhaftet worden, weil sie auf einer Pressekonferenz ihre Beschwerde bei der europäischen Menschenrechtskommission bekanntgeben wollten. Verhaftet wegen "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung".

Genützt hat das der bürgerlichen Klasse in Westdeutschland auf Dauer nicht. Heute gibt es wieder revolutionäre Organisationen, die für die Diktatur der Arbeiterklasse über die Ausbeuterklasse eintreten, und im Aufbau der Kommunistischen Partei schreiten wir voran. Mit der Sicherheit der Ausbeuterklassen muß Schluß gemacht werden, wenn die Arbeiterklasse sich ein sicheres Leben erkämpfen will, das ist die Lehre der Arbeiterklasse zu den Fragen der inneren Sicherheit.

–h.v.–

Mit der weiteren Verschärfung der Krise verstärken die Kapitalisten ihre Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter.
Gegen die Massnahmen der Kapitalisten nehmen die Kollegen in den Betrieben den Kampf auf.

Vulkan-Betriebsversammlung

Direktion verweigerte die Antwort

Bremen. Am Montag, den 6. Mai, fand auf dem Vulkan, wie in der letzten KVZ schon angekündigt, eine Betriebsversammlung statt. Der Betriebsausschuß des Betriebsrates hatte dazu einige Fragen zur Auftrags- und Arbeitslage der Direktion schon vorher zugeleitet.

Obwohl die Fragen präzise gehalten waren, schlängelte sich die Direktion hindurch.

Bei der anschließenden Aussprache wurde die Direktion in die Zange genommen. Großen Beifall erhielt der Redebeitrag eines Genossen, der herausarbeitete, daß die Direktion bisher nur versucht habe, die Kollegenschaft hinters Licht zu führen. Wobei die Frage bliebe, wie sich die Direktion weiter verhalte und ob sie nicht erneut versuche, die Kollegen hinters Licht zu führen. Die Fragen wurden für die Direktion immer unangenehmer. Beim Redebeitrag eines Genossen, der die Direktion daraufhin befragen wollte, wie sie im Betrieb vorzugehen gedenke, ob Kürzungen der Akkordvorgabezeiten usw. geplant seien, weigerte sich die Direktion, auf solche Fragen zu antworten.

Der Genosse: "Ich finde es mies, wenn die Direktion nicht auf solche Fragen antworten will..."

Direktor: "Haben Sie eben 'mies' gesagt?"

Der Genosse: "Ja."

Daraufhin trat der Direktor vor die Belegschaft und verließ mit dem Hinweis, er würde hier mit "mies" tituliert, die Betriebsversammlung.

Die ganze Belegschaft war zunächst völlig verblüfft. Nur die vorderen Reihen hatten den ganzen Vorgang überhaupt richtig mitbekommen.

Auf der Betriebsversammlung wird der Protest dann nicht richtig zusammengefaßt, weil sie vom Betriebsratsvorsitzenden geschlossen wird und die Rednerliste nicht wieder eröffnet wird. Im Betrieb gab es dafür sofort heftige Debatten. Alle Kollegen ärgerten sich, daß ihnen die Direktion durch die Lappen gegangen ist. Gleichzeitig hat das Vorgehen der Direktion die Kollegen in noch größeren Widerspruch zu ihr gebracht.

Auf der Nachtschicht-Betriebsversammlung verfuhr die Direktion ähnlich. Auch hier verläßt sie die Betriebsversammlung. Allerdings wesentlich ungeschickter. Sie kann dort nicht einmal den geringsten Eindruck erwecken, daß sie beleidigt worden wäre.

Herausgekommen aus der Betriebsversammlung ist nur, daß die Direktion zugesagt hat, daß für 1975 und 1976 keine Kurzarbeit kommen wird. Die Überstunden sollen im Laufe des Jahres 1975 wieder anlaufen.

Verhindert hat sie durch ihr Verhalten, daß eine Befragung darüber stattfindet, wie sie im Betrieb vorzugehen gedenkt.

In der Nachtschichtversammlung hat es wenigstens eine Debatte darüber gegeben, in der der Aspekt herausgearbeitet wurde, daß die Kapitalisten immer versuchen, die Krise zu überwinden, indem sie die Arbeitshetze für die beschäftigten Teile der Klasse verschärfen.

Insgesamt positiv ist, wie schnell die Belegschaft reagiert hat, um die Direktion zu nageln.

Noch unterentwickelt ist die Erkenntnis, wie sich die Arbeiter besonders in der Krise wehren müssen.

Herausgearbeitet werden muß noch umfassend die Schädlichkeit des Akkordsystems, der Überstundenarbeit, die die Kollegen spaltet.

Beobachtet und zurückgeschlagen werden müssen die Versuche der Kapitalisten, die Arbeitshetze zu verschärfen.

Die kapitalistische Krise selber und wie dabei mit den Arbeitern umgesprungen wird, ist ein Beweis mehr für die Untauglichkeit dieses Systems.

Vulkan-Betriebszelle


Schichtwechsel beim Bremer Vulkan

Reynolds-Hamburg

Senat garantiert Profit für 25 Jahre

Die Industrieansiedlungspolitik des Hamburger Senats steckt für das Kapital voll freudiger Überraschungen. In das Reynolds-Werk hat der Senat an direkten Finanzhilfen und Bürgschaften bereits eine Dreiviertelmilliarde DM gesteckt – das sind 650 000 DM für jeden Arbeitsplatz. Reynolds selber konnte mit lächerlichen 34 Millionen Eigenkapital 90 % des Werks ergattern. Jetzt bot Reynolds das Werk zum Verkauf an.

Für Reynolds läuft das Geschäft nicht wie erwartet. Der Grund dafür ist, daß die Aluminium-Kapitalisten nach dem steilen Aufschwung der Aluminiumproduktion in den 60er Jahren auf eine rasche Ausdehnung ihrer Macht spekulierten und ein Werk nach dem anderen bauten. In der Bundesrepublik hat die Produktionskapazität seit 1963 um 440 % zugenommen.

Jetzt ist der Markt allerdings übersättigt, und die Produktion gerät ins Stocken.

Reynolds hat sich überlegt, daß er dabei Verluste machen könnte, die – wie es angeblich schon im letzten Jahr der Fall war – sein eingebrachtes Eigenkapital übersteigen. Deshalb bot er sein Werk zum Verkauf an, jedoch wollte wegen der schlechten Geschäftsaussichten keiner anbeißen.

Eine "glänzende" Lösung

Jetzt hat Wirtschaftssenator Kern eine "glänzende" Lösung gefunden: In Zukunft werden die Reynolds-Arbeiter durch einen Zusammenschluß von drei Konzernen ausgebeutet, und falls dabei nicht genügend Profit herauskommt, hilft der Senat mit Steuergeldern nach.

Das geht aus dem hervor, was bisher über den Stand der schon lange andauernden Verhandlungen über die Zukunft des Werks bekannt wurde.

Ausgehandelt wurde, daß Reynolds das Werk dem Senat "schenkt", der so gut wie alles finanziert hat. Reynolds, die Vereinigten Aluminium-Werke und ein ausländischer Konzern bilden eine Beteiligungsgesellschaft, die das Werk für 25 Jahre mietet, worauf es in ihr Eigentum übergeht (Leasing). Gemeinsam sollen sie jährlich 40 Millionen DM zahlen, damit der Senat Zins und Tilgung für das von den Banken für den Bau des Werks gepumpte Geld aufbringen kann.

In den ersten Jahren muß die Gesellschaft allerdings nur 10 Millionen selbst aufbringen. 20 Millionen schießt der Senat vor, 10 Millionen werden zinslos gestundet. Der Vorschuß muß bis zu einer Höhe von 36 Millionen nicht zurückgezahlt werden, wenn die Geschäfte gut gehen.

Nun liegen aber momentan schon Tausende Tonnen Alu-Rollen auf Halde. Und zumindest für die nächsten Jahre scheint man die Lage auch von seiten der Kapitalisten und Politiker als schlecht einzuschätzen. Man kann sich an fünf Fingern ausrechnen, daß der Vorschuß nie wieder im Hamburger Haushalt landet.

Weitere Geschenke

Weiter: Als Trost dafür, daß das Gericht wegen der von Reynolds ausgehenden Umweltgefahren die Inbetriebnahme des letzten Drittels der Hüttenkapazität nicht genehmigte, will der Senat sieben bis dreizehn Millionen DM pro Jahr zubuttern. Dies, obwohl nach Schätzung von Kollegen durch erhöhte Leistung selbst mit der Zweidrittelkapazität die geplante Gesamt-Tonnage produziert würde.

Über diese Geschenke hinaus wurde nach Andeutungen der "Hamburger Morgenpost" vom 8. Mai offenbar ausgehandelt, daß die Mietsumme weiter gekürzt oder überhaupt nicht bezahlt wird, wenn der Markt weiter verfällt. Angesichts der bestehenden Überkapazitäten ist das gar nicht so unwahrscheinlich.

Für diesen Fall haftet der Senat mit seiner Ausfallbürgschaft über mindestens 534 Millionen DM., d.h. er greift dann auf Steuergelder zurück, um die auf dem Werk lastenden Schulden gegenüber den Banken abzutragen. Derart von Unkosten befreit, wird es den Kapitalisten nicht schwer fallen, auch bei flauen Geschäften genügend Profit aus den Arbeitern herauszupressen und einzustreichen.

Dieses Verhandlungsergebnis, von dem man erwarten kann, daß es nach einigem Weh und Ach die parlamentarische Hürde nehmen wird, läßt sich auf einen einfachen Nenner bringen:

Falls das Aluminiumgeschäft noch ausdehnungsfähig ist, streicht die Beteiligungsgesellschaft Superprofite ein. Falls nicht, haben die Kapitalisten dennoch ihr Schäfchen im Trockenen.

Keine Entlassungen

Begründet wird dieser Coup wieder einmal mit der notwendigen Sicherung der Arbeitsplätze. Daß es sich bei dieser "Begründung" um Lug und Trug handelt, können die Arbeiter im Werk jetzt schon feststellen. Immer wieder werden Kollegen entlassen oder hinausgeekelt, oder es wird dies zumindest versucht. Es ist vorgekommen, daß entlassene Kollegen durch billige "Urlaubsvertretungen", die für drei Wochen eingestellt werden, ersetzt wurden.

Absehbar ist, daß durch den Zusammenschluß von drei Konzernen Rationalisierungsmaßnahmen begünstigt werden, die erfahrungsgemäß auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden. Wie man jetzt schon durchblicken lassen, ist es so möglich, daß die Produktion weiter eingeschränkt wird. Mit Entlassungen und Steuergeldern wollen die Kapitalisten optimal über die Runden kommen. Da werden Arbeitsplätze nur erhalten bleiben, wenn die Kollegen im Werk erfolgreich darum kämpfen. Der Hamburger Senat dagegen hat die "Sicherung der Arbeitsplätze" nur auf seine Fahnen geschrieben, um das Volk leichter ausplündern zu können.

C., Ortsgruppe Hamburg

Röhm-Darmstadt: Den Kampf gegen die Krisenmassnahmen aufnehmen

Darmstadt. Die Firma Röhm ist ein Betrieb mit über 4 000 Beschäftigten. Hauptsächlich stellt sie Plexiglas her, und ist durch die Krise in der Bau- und Automobilindustrie betroffen. So ist dort schon im September letzten Jahres Kurzarbeit angemeldet worden, die sich im Laufe der Monate auf etwa ein Viertel der Belegschaft auswirkte.

Diese erste Maßnahme der Geschäftsleitung hat jedoch offensichtlich nicht ausgereicht – es werden weitere Maßnahmen gesucht, wie die Geschäftsleitung aus der Krise herauskommen kann. Aus der Krise will die Geschäftsleitung einmal möglichst ohne Gewinnverluste herauskommen, zum anderen will sie die Krise nutzen, die Belegschaft dazu zu kriegen, alle Maßnahmen hinzunehmen – und alle Eingeständnisse, die an die Belegschaft gemacht worden sind, zurückzunehmen.

Nach der Krise will sie mit einer reduzierten, demoralisierten und geschlagenen Belegschaft weitermachen. Bis jetzt hat sie dazu folgendes in die Wege geleitet:

1. Erste Maßnahme war die Kurzarbeit.

Sie hat sich nicht nur für die Firmenleitung so ausgewirkt, daß sie Lohnkosten eingespart hat, sondern in den meisten Bereichen wurde an den Tagen, wo gearbeitet wurde, mehr produziert. Die Arbeitsintensität ist gestiegen.

2. Ein Einstellungsstopp wurde eingeführt.

Überall, wo Kollegen pensioniert wurden, selber kündigten oder auch wenn es zu einer Kündigung von seiten der Geschäftsleitung kam, wurde der freiwerdende Platz nicht durch Einstellung von außen besetzt, sondern innerhalb des Betriebs sollten Leute an diese Stellen versetzt werden. So wurde die Belegschaft langsam reduziert. Und in den Bereichen, vor allen Dingen den Kurzarbeiterbereichen, aus denen sich Kollegen umsetzen lassen sollten und teilweise auch taten, stieg die Arbeitshetze.

3. Abbau von sozialen Leistungen und Abbau von sogenannten "freiwilligen" Zulagen.

Zulagen, die zugesagt waren, werden nicht mehr gezahlt. Geplant sind Essenspreiserhöhungen und Preiserhöhungen in der hauseigenen Wäscherei.

4. Rationalisierung.

Zuerst tauchten in den Büros Bögen auf, die die Arbeitsgänge der Kollegen genau erfassen, und es verlautete von seiten der Geschäftsleitung, daß geprüft werden solle, wo man die Arbeit der Kollegen durch Schreibautomaten ersetzen könne. In verschiedenen Produktionsbereichen sind Anlagen eingerichtet worden, die, wenn sie tatsächlich laufen, die Arbeit von über 100 Kollegen ersetzen.

5. Entlassung.

Vor einer Woche wurde im Betrieb bekannt, daß zusätzlich zum Einstellungsstopp die Belegschaft dadurch "verdünnt" werden soll, daß Kollegen entlassen werden. Keine Massenentlassungen, also immer unter 50 Mann pro Monat, weil dies dann vom Arbeitsamt geprüft werden müßte. Bemängelt wurde von der Geschäftsleitung, daß, wie sie meint, zu hohe Krankenstand.

Das Kräfteverhältnis in der Belegschaft

Vor einem Monat hat die Belegschaft einen neuen Betriebsrat gewählt. Dieser unterscheidet sich nicht wesentlich von dem alten Betriebsrat, der allen Maßnahmen der Geschäftsleitung in letzter Zeit zugestimmt hatte, in einem Fall sogar der Verkürzung der Anmeldefrist für die Kurzarbeit. Die Einstellung der Mehrheit des Betriebsrates kann man so charakterisieren: *"Wenn es der Geschäftsleitung gut geht, geht es auch der Belegschaft gut."* Deswegen muß man zum Wohl der Geschäftsleitung alles getan werden.

Bis jetzt hat die Belegschaft in vielen Punkten diese Einstellung geteilt und die Vertreter dieser Ansichten konnten einen großen Stimmenanteil auf sich vereinigen. Auch werden sie unterstützt von der Gewerkschaft IG Chemie, bzw. der Verwaltungsstelle am Ort. Mittlerweile ist es aber so, daß der Interessengegensatz zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung durch die fortschreitenden Maßnahmen der Geschäftsleitung, die immer deutlicher auf dem Rücken der Belegschaft stattfinden, sehr vielen Kollegen klarer geworden ist.

Am Freitag wurde im Betrieb durch die Betriebszeitung des KBW bekannt, daß die Geschäftsleitung zusätzlich zu den Krisenmaßnahmen, die schon getroffen sind, Entlassungen in allen Bereichen plant.

Die Entlassungen werden damit begründet, daß die Gewinne der Firma am Sinken seien und daß der Gewinn der Firma durch Entlassungen wieder zum Steigen gebracht werden soll. In der Betriebszeitung des KBW wurde die Position vertreten: Es geht nicht an, daß die Belegschaft den Kopf für die Gewinne der Geschäftsleitung hinhalten soll und steigende Arbeitshetze, Kurzarbeit, Abbau von sozialen Leistungen und jetzt noch Entlassungen, sich bringen werden, hinnehmen soll. Und daß der Betriebsrat den Entlassungen nicht zustimmen kann, sondern sie ablehnen muß.

Im Betrieb wurde dieses Vorhaben der Geschäftsleitung diskutiert. Es kam zum Ausdruck, daß die Kollegen die Notwendigkeit von Entlassungen auch produktionstechnisch nicht einsehen. Klar ist, daß dies eine Verschärfung der Arbeitshetze für die Belegschaft bedeutet.

Noch nicht klar genug ist, was jetzt getan werden kann. Vor einer Woche haben Kollegen aus einem Kurzarbeiterbetrieb wegen Unterbesetzung der Abteilung die Aufhebung der Kurzarbeit gefordert.

Das, was die Kollegen aus dem Betrieb getan haben, ist richtig – klarstellen, daß man die Arbeitshetze nicht hinnehmen wird – und daß der Betriebsrat sich einsetzen muß.

Es genügt aber nicht. Diese Woche wird eine Vertrauensleuteversammlung stattfinden. Es kommt darauf an, dort festzulegen, erstens, daß die Entlassungen nicht hingenommen werden können und zweitens, daß die Vertrauensleute in ihren Bereichen Kampfmaßnahmen beraten müssen. Es kommt darauf an, jetzt einen einheitlichen Widerstand mit Vertrauensleuten und Betriebsrat zu organisieren, und Schluß zu machen mit der Einstellung, daß die Belegschaft mit der Geschäftsleitung gehen kann – sie muß einheitlich gegen sie vorgehen.

–Betriebszelle Röhm–

Betriebsratswahlen bei Teldix/ Heidelberg

Kandidaten mit konkreten Forderungen gewählt

Bei Teldix Heidelberg wurden einige Kollegen, die mit konkreten Forderungen zum Betriebsrat kandidierten, gewählt.

Heidelberg. Teldix ist ein Metallbetrieb bei Heidelberg. Er beschäftigt etwa 700 Kollegen. Es werden in der Hauptsache Geräte für die Bundeswehr, insbesondere für die Luftwaffe, gefertigt. Bedingt durch eine große Entwicklungsabteilung ist die Zahl der Angestellten etwa 450, Arbeiter gibt es etwa 250. Der bisherige Betriebsrat setzte sich dementsprechend aus sieben Angestellten und vier Arbeitern zusammen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad beträgt etwa 50 %.

Wie sieht die Lage bei Teldix aus?

Die Teldix-Kapitalisten verstanden sich in der Vergangenheit auf Spaltungsmanöver aller Art. Hauptsächlich versuchen sie Keile in die Belegschaft zu treiben, indem sie Kollegen zu künstlichen Angestellten ernennen (Teldix-Angestellte) oder zu "außertariflichen (AT) Angestellten". So gibt es unter den 700 Beschäftigten über 200, die einen solchen AT-Vertrag haben.

Diese Spaltungsmanöver hatten sich 1971 bei einem Streik so ausgewirkt, daß nur die Arbeiter auf die Straße gingen. Im Frühjahr 1974 wurden über 40 Angestellte entlassen. Viele Arbeiter erinnerten sich noch an den Streik und sagten, daß man jetzt auch keinen Finger für die Angestellten krumm machen sollte.

Im Laufe des Jahres jedoch gab es noch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die verdeutlichen, daß Arbeiter und Angestellte gemeinsam handeln müssen und daß man einen starken Betriebsrat braucht, der in der Lage ist, solchen Maßnahmen wirksam entgegenzutreten. So kennzeichnete Produktionsrückgang fast alle Abteilungen; es gab Krankenlisten mit Entlassungsdrohungen; der Kantinenpächter erhöhte mehrmals die Kantinenpreise; es wurden verstärkt Disziplinierungsmaßnahmen auf einzelne Kollegen ausgeübt, der Arbeitsdruck verschärft.

Am 21. Januar fand eine Abstimmung statt, bei der entschieden werden sollte, ob Arbeiter und Angestellte gemeinsam oder getrennt wählen.

Bei der vorigen Betriebsratswahl wurde noch für getrennte Wahl gestimmt.

Diesmal stimmten bei einer hohen Wahlbeteiligung etwa 80 % der Arbeiter und etwa 70 % der Angestellten für gemeinsame Wahl. Man war sich einig, daß man nur gemeinsam, Arbeiter und Angestellte gemeinsam, etwas erreichen kann. Jetzt war aber die Frage, wie.

Die Genossen des KBW bei Teldix schlugen im "Kommentar", der Betriebszeitung der Zelle Teldix, vor, Forderungen gegen die Geschäftsleitung zu entwickeln. Anhand solcher Forderungen sollten dann die Kandidaten zur Betriebsratswahl ausgesucht und ihre Wahl danach ausgerichtet werden, ob die Kandidaten bereit sind, diese Forderungen zu vertreten.

Die Forderungen waren:

– Keine Entlassungen bei Teldix

– Die Geschäftsleitung muß den Zuschuß für die Kantine zahlen

– Keine Krankenlisten, keine Streichung von übertariflichen Zulagen.

Diese Punkte wurden auch im Vertrauensleutekörper diskutiert. Der Vertrauensleutekörper beschloß aber, kein Programm und keine gewerkschaftliche Liste zu machen. Es sollte eine Einheitsliste gemacht werden, auf der jeder, der Lust hatte und Betriebsrat werden wollte, sich eintragen konnte. So kam es auch, daß auf dieser Liste eine Reihe Kandidaten standen, die eindeutig von der Geschäftsleitung bestellt waren.

Am 6. März fand eine Betriebsversammlung statt, auf der die Betriebsratskandidaten vorgestellt werden sollten. Einige Kandidaten traten mit einem eindeutigen Programm, klaren Vorstellungen und konkreten Punkten auf. Andere Kandidaten "wollten so weitermachen wie bisher" oder zogen die ganze Sache ins Lächerliche, indem sie blöde Witze vom Stapel ließen.

Anhand der Aussagen, die die Kandidaten auf der Betriebsversammlung gemacht hatten, führten wir weiter in den Abteilungen die Auseinandersetzung und versuchten anhand der Programmforderungen die Kriterien für die Kandidaten zu schaffen.

Das Ergebnis der Wahl hat gezeigt, daß die Sache des Programms eine richtige Sache war. Einige Kollegen, die mit konkreten Vorstellungen aufgetreten sind, wurden jetzt auch in den Betriebsrat gewählt.

Andererseits zeigt aber auch die Wahl, daß viele Kollegen noch ihre Stimme nach der persönlichen Bekanntschaft vergeben haben. Einige Kandidaten, die zu den anstehenden Punkten nichts gesagt haben, haben zum Teil sehr viele Stimmen bekommen.

Die Richtigkeit der Forderungen hat sich aber auch gleich nach der Wahl erwiesen, wo die Kantinenpreise erhöht wurden und die Lohnerhöhung bei einigen Kollegen auf die übertarifliche Zulage angerechnet wurde.

Betriebszelle Teldix

Streik der Fliesenleger

Die Stadt München setzte Streikbrecher ein

München. Seit Montag letzter Woche streiken in verschiedenen Städten Bayerns die Fliesenleger.

Die Kapitalisten verlangten in den Verhandlungen, daß das Lohngefüge zwischen 17 und 30 % herabgesetzt wird. In den jetzt gescheiterten Schlichtungsverhandlungen wollte sich die IG Bau-Steine-Erden mit 6,8 % zufrieden geben, was nicht die Preissteigerungen und die Erhöhung der Sozialabgaben auffängt.

Der Streik wurde auch auf ander bayrische Städte ausgedehnt, zum Beispiel Augsburg und Nürnberg.



In München setzte die SPD-regierte Stadt Streikbrecher ein, die im Ratskeller Fliesen verlegen sollten. Gegen diese Streikbrecheraktion demonstrierten Gewerkschafter, siehe unser Bild.

Zu den „Kampfaufgaben" der Gruppe Rote Fahne bei VW

Ohne jegliche Kenntnisse 'mittelfristige Perspektiven' ausgedacht / Die KBW-Betriebszelle VW-Wolfsburg nimmt Stellung

Wolfsburg. Allgemein bekannt sind die Massenentlassungen des VW Konzerns. Bekannt sind sie auch der Gruppe Rote Fahne (KPD).

"Auf Einladung des ZK trafen sich diejenigen Genossen, die die Arbeit" dieser Organisation "in den VW Werken verantwortlich leiten".

Besprochen wurde, wie die Gruppe Rote Fahne (KPD) weiter verfahren will. Das Ergebnis, welches in der Roten Fahne 17 abgedruckt ist, ist zum Teil sachlich falsch und Ausdruck dessen, daß ab und zu Mitglieder dieser Organisation vor den VW Werken stehen.

In diesem Artikel wird festgestellt, daß die Kampfbereitschaft in den einzelnen Werken unterschiedlich ist. In Wolfsburg wird dies unter anderem mit darauf zurückgeführt, daß der jetzige Oberbürgermeister einer der Chef-Betriebsräte von VW ist. Nun war dieser Oberbürgermeister einmal Betriebsrat und zwar Vorsitzender des Werkes Wolfsburg des VW Konzerns. Das war aber vor einigen Jahren so. Heute ist dieser Mann längst von seinem Posten pensioniert. Kein VW-Betriebsrat ist Oberbürgermeister in Wolfsburg.

Und nachdem diese Gruppe in dem Artikel erklärt, daß sie gegen die kapitalistische Krise kein Patentrezept habe, da die Krise Folge der Anarchie der kapitalistischen Produktion ist, gibt sie ihrer Erkenntnis freien Lauf, daß man trotzdem gegen Massenentlassungen kämpfen kann. Das haben die VW-Arbeiter schon weitaus früher erkannt als das ZK der Gruppe Rote Fahne (KPD).

Als Kampfschritte werden dann angegeben: *"Unter der Parole: Kampf den Massenentlassungen! müssen wir jeder Massenentlassung entgegentreten, go ins in den Betriebsrat oder zur Personalstelle oder ins Arbeitsamt organisieren."* (Rote Fahne Nr. 17) In der Tat weitreichende Kampfschritte.

Anscheinend haben diese "go ins" den Zweck, daß sich die Mitglieder dieser Organisation selbst einmal daran beteiligen können. Aus diesem Grunde wurde dann noch gleich hinzugefügt, daß sie auch ins Arbeitsamt gemacht werden müssen, was ja auch praktikabler ist, da diese außerhalb des Betriebes liegen.

Merkwürdig wird den Kollegen auch erscheinen, daß sie gegen den Abbau von Prämien kämpfen sollen. Denn es gibt für die Arbeiter keinen Prämienlohn. Eine Art von Prämien gibt es lediglich für Meister, die sich nach der Intensität der Auspressung der Abteilung bemißt. Für deren Prämienerhaltung den Kampf zu organisieren, ist ein starkes Stück.

Hat man sich hier noch Gedanken gemacht und aus Unwissenheit falsche Forderungen aufgestellt, so wird es penetrant, als die nächsten Kampfschritte bestimmt werden. Hierbei handelt es sich laut Artikel um eine "mittelfristige Perspektive", die auch von "schwachen Kräften angestrebt werden soll". Die Wunderwaffe ist ein "Streik mit einer Sternfahrt nach Wolfsburg".

Als Vorformen hierfür sollen PKW- oder Busfahrten in andere VW-Werke organisiert und regelmäßig Informationen herausgegeben werden.

"Kampfschritte" dieser Art sind ja typisch für diese Organisation. Schließlich hat man ja auch genügend Erfahrung in der Organisierung von Rundreisen, auf die man sich stützen kann.

Was die Kräfte betrifft, die die Gruppe Rote Fahne (KPD) zur Verfügung hat, und mit denen sie die "Offenlegung von Betriebsratssitzungen" und "Vertrauensleutesitzungen" erreichen will und mit denen jetzt (noch auf Beschluß der Leitung) eine Betriebszeitung herausgegeben werden soll, so sind dies ein Rechtsanwalt und vier Oberschüler, die es bereits fertiggebracht haben, 5 verschiedene "Organisationen" aus der Taufe zu heben. Man braucht keine große Vorstellungsgabe, um zu wissen, was herauskommen wird bei den vorhandenen Kräften und dieser "Kampfes"linie, die das ZK der Gruppe Rote Fahne (KPD) angegeben hat. Für die Festlegung solcher Kampfaufgaben hätte es nun wahrlich keiner Sitzung des höchsten Leitungsgremiums benötigt. Man sieht aber, daß dieses anscheinend zu nichts anderem in der Lage ist, außer weitere Rundreisen zu organisieren.

Als VW-Arbeiter sage ich dem Genossen Rechtsanwalt und den Genossen Oberschülern der Gruppe Rote Fahne (KPD): Gut ist es, wenn Ihr Euch in unserem Kampf auf unsere Seite stellen wollt, aber laßt die Finger von solchen Unternehmungen, uns etwas erzählen zu wollen, was wir selbst besser wissen.

–W., Werkzeugmacher
KBW-Betriebszelle VW-Wolfsburg–

VW-Kollegen demonstrierten auf der 1. Mai-Kundgebung in Hannover

Tarifergebnis in der Kautschuk-Industrie

Magere 5,5 %

Kassel. Für die Arbeiter und Angestellten der hessischen Kautschukindustrie werden die Löhne und Gehälter am 1. Juli 1975 um 5,5 % erhöht.

Am 1. Januar 1976 soll es dann nochmal 1 % mehr geben. Dieses eine Prozent wird jedoch nicht auf die Erhöhung von 5,5 % angerechnet, sondern noch auf den heute geltenden Tarif.

Dieser Abschluß bedeutet für die Kautschukkollegen Reallohnabbau, diese "Erhöhung" ist noch geringer als die der Chemiekollegen (6,8 %).

-r.-

Streiks gegen Stillegung und Entlassungen

Kalletal. Mehrstündiger Warnstreik am Dienstag, dem 6.5., bei Stübbe-Demag gegen die beabsichtigte Schließung.

Seit Anfang des Jahres kämpfen die Arbeiter bei Stübbe-Demag gegen die Stillegung. Die Konzernleitung hatte am Montag eine Erklärung verbreitet, daß die Schließung nunmehr unabwendbar geworden sei. Verkaufsverhandlungen sind gescheitert. Das Werk gehört dem Mannesmann-Konzern, in dem IG Metall-Chef Loderer im Aufsichtsrat sitzt.

Die Konzernleitung will neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik bereitstellen. Rund 50 % der Arbeiter haben ein Haus; die Arbeitslosenquote beträgt in der Umgegend 6 %.

Essen. Mehr als eine Stunde lang legten am 6.5.75 rund 200 Arbeiter der Essener Eisenwerke die Arbeit nieder und zogen vor die Verwaltung.

Der Grund für ihren Protest: die Belegschaft fürchtet weitere Entlassungen und Produktionsverlagerungen. Von 1969 bis heute hat sich die Belegschaft von 1 100 Arbeitern und Angestellten auf insgesamt 440 verringert. Über 600 wurden entlassen. In derselben Zeit hat der Betrieb 18 bis 20 Millionen DM investiert. "Wir haben nun ein modernes Werk", sagt der Prokurist. In Essen ist die Zahl der Arbeitslosen im letzten Monat erneut angestiegen. In der Alu-Hütte der Leichtmetall GmbH sind jetzt 330 Kollegen von der Entlassung bedroht.

–W.–

Pforzheim. 200 Beschäftigte der Schmuckwarenfabrik und 150 Beschäftigte der Metallwarenfabrik G. Rau streikten in der letzten Woche.

Die Kapitalisten der Schmuck-, Uhren- und Edelmetallindustrie weigern sich, die tarifvertragliche Alterssicherung, wie sie in der übrigen Metallindustrie Baden-Württembergs gilt, zu übernehmen. Sie wollen einer Alterssicherung nicht ab 54, sondern erst ab 60 Jahren zustimmen.

Davor hatten in vier Betrieben Schwäbisch-Gmünds 1 000 Kollegen gestreikt.

Resolutionen gegen die GEW-Ausschlüsse

Am 3. Mai hat der Hauptvorstand der GEW 63 Mitglieder des KBW, der Gruppe Rote Fahne (KPD) und der KPD/ML ausgeschlossen.

Gegen die Ausschlußverfahren und gegen die Ausschlüsse richten sich die Erklärungen von Mitgliedern:

Frankfurt. Auf einer Mitgliederversammlung der GEW-Sektion Hochschule am 5. Mai berichteten Delegierte von der Tagung des Landesverbandes Hessen, bei der mehrheitlich die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in die Satzung des Landesverbandes Hessen beschlossen wurde. Diese Satzungsänderung führte am Wochenende zu Ausschlüssen von mindestens sieben hessischen GEW-Mitgliedern, darunter dem Romanistik-Professor G. Schneider, der Mitglied der GEW-Hochschulsektion Frankfurt ist. Neben einer längeren Debatte über die Frage, wie der Kampf gegen die Berufsverbote organisiert werden kann, beschloß die Mitgliederversammlung ohne Gegenstimme eine Resolution gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Gewerkschaftsausschlüsse. In ihr werden die ausgeschlossenen bzw. vom Ausschluß bedrohten Mitglieder angehalten, weiter im Rahmen der Sektion mitzuarbeiten, und der Bezirksvorstand wird aufgefordert, sich für ihre Wiederaufnahme einzusetzen.

Aus: Ortsbeilage Frankfurt der KVZ Nr. 18/75

Westberlin. Auf einer Informationsveranstaltung der GEW, an der 1 500 teilnahmen, wurde die Entschließung verabschiedet: "Wir fordern die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse". (siehe Artikel Seite 7)

Hamburg. Die GEW-Betriebsgruppe des Hauptseminars 74/VII hat mit einer Gegenstimme eine Resolution angenommen, in der die Ausschlußanträge gegen Mitglieder der GEW verurteilt werden und die sofortige Einstellung des Ausschlußverfahrens gefordert wird. Die Betriebsgruppe erklärt: "Wir lehnen den satzungsmäßigen Ausschluß kommunistischer Auffassungen aus der GEW ab und treten deshalb für die Wiederabschaffung des Unvereinbarkeitsbeschlusses ein."

Die GEW-Betriebsgruppe des Hauptseminars 74/VIII protestierte einstimmig gegen den Ausschlußantrag gegen ein Mitglied der Betriebsgruppe: "Außerdem müssen wir feststellen, daß das vom Hamburger GEW-Vorstand gewählte Ausschlußverfahren nicht rechtsgültig ist, denn nach dem Hamburger Gerichtsurteil vom 11. Februar 1975 beschließen die Hamburger Mitglieder der GEW erst auf der Hauptversammlung, die am 22. Mai 1975 stattfindet, über die neue Satzung. Daher fordern wir den Vorstand auf, alle Ausschlußanträge zurückzunehmen."

mitzuarbeiten, und der Bezirksvorstand wird aufgefordert, sich für ihre
Vorstand auf, alle Ausschlußanträge zurückzunehmen."



Köln: 10 000 auf der Kundgebung der GEW 1974, wo große Teile der Teilnehmer für eine Ausbildung im Interesse des Volkes eintraten

Arbeitgeberfunktionär von ÖTV-Mitgliedern abserviert

Wahl des ÖTV-Angestelltenausschusses in Heidelberg

Heidelberg. Am 24. April fand die Angestelltenversammlung der ÖTV im Zieglerbräu statt. 116 Gewerkschafter waren gekommen. Es sollte der Angestelltenausschuß für die mehreren Tausend organisierten Angestellten der ÖTV Heidelberg gewählt werden.

Die ÖTV-Kreisverwaltung hatte diese Versammlung unter den Mitgliedern kaum bekannt gemacht. Offensichtlich wollte sie diese Wahlen, wie schon vor vier Jahren, klammheimlich durchziehen. So konnte sie am ehesten darauf hoffen, weiterhin ungestört durch den Willen der Mitglieder zu schalten und zu walten.

Die Mitglieder haben der Kreisverwaltung aber einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Nicht wenige Mitglieder haben sich gerade in den vergangenen Jahren über die mangelhafte Unterstützung ihrer Forderungen durch die Kreisverwaltung und auch direkte Sabotage geärgert und sind wach geworden. Aktive Mitglieder in verschiedenen Betrieben, die von der Versammlung erfahren hatten, unterrichteten ihre Kollegen und sorgten für eine breitere Bekanntmachung.

Trotz der schlechten Ankündigung und der äußerst ungünstigen Zeit (14 Uhr) erschien dann doch eine größere Anzahl von Kollegen. Mit der Posten- und Titelschieberei im kleinen vertrauten Kreise war es damit vorbei.

Gleich zu Beginn wurde von der Betriebsratsvorsitzenden des Rehabilitationszentrums in Neckargemünd scharfe Kritik an der Vorbereitung durch die Kreisverwaltung geübt.

Die Kreisverwaltung wollte ohne irgendeine Diskussion über die Arbeit der letzen vier Jahre und die künftigen Aufgaben des Angestelltenausschusses sogleich Neuwahlen durchführen. Die Versammlung erhob dagegen Protest und verlangte, daß die vorgeschlagenen Kandidaten sich und ihre Vorstellungen erst einmal bekannt machen sollten.

Dabei kam dann heraus: Wiedergewählt werden wollte der Justitiar des Berufsförderungswerkes, der im Gesamtvorstand der Stiftung Rehabilitation sitzt und somit Arbeitgeberfunktionen hat.

Kollegen vom Berufsförderunswerk in Wieblingen und dem Rehabilitationszentrum in Neckargemünd bestätigten das und berichteten auch, daß dieser Herr als Vertreter und Verfechter der Arbeitgeberseite bei ihnen übel bekannt ist.

Des weiteren stellte sich heraus, daß vier von den sieben Mitgliedern des Angestelltenausschusses, die alle wieder gewählt werden wollten, gar nicht anwesend waren.

Die anwesenden Mitglieder ließen sich trotz aller Beschwörungen des ÖTV-Sekretärs Klein nicht davon abhalten, aus diesen Informationen Konsequenzen zu ziehen. Aus der Versammlung heraus wurden Kollegen für den Ausschuß vorgeschlagen und auch gewählt. Der Justitiar des Berufsförderungswerkes wurde nicht wiedergewählt.

Die Delegiertenwahlen vorbereiten!

Das ist ein gutes Ergebnis und ein guter Auftakt für die Delegiertenwahl im Herbst.

Die anstehenden Delegiertenwahlen in der ÖTV müssen genutzt werden, um die Interessen und die Rechte der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst voranzubringen. Dazu müssen wir, wie die Kollegen in der Angestelltenversammlung, die bisherigen Funktionäre unter die Lupe nehmen und befragen. Die Delegierten müssen mit klaren Aufträgen versehen werden, damit sie nicht Posten verwalten, sondern unsere Angelegenheiten aktiv vertreten.

Aus: Ortsbeilage Heidelberg der KVZ Nr. 18/75

Akkord an der Schreibmaschine

Bremen. Was die Schreibkräfte an der Universität bisher zurückweisen konnten, droht jetzt allen Stenotypistinnen des öffentlichen Dienstes in Bremen: die Einführung des Akkordsystems.

Der Senat ist dabei, in allen Behörden und Ämtern zu erfassen, was die Schreibkräfte von morgens halb acht bis nachmittags um vier tun. Und zwar fünfminutenweise. Dazu sollen sie einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen, der festhält, wie lange sie auf dem Klo waren, wie lange sie mit Kolleginnen schwatzen und wieviel Zeit sie wirklich tippen. Und vor allem muß jedes getippte Blatt abgeheftet werden, wer wieviel Anschläge am Tag tippt. Ziel ist, herauszubekommen, wo Personal gespart werden kann. Und das geht nur, wenn man Anschlagzahlen festlegt. Wer dann mehr schafft, soll eine Prämie bekommen.

Die Kolleginnen an der Universität haben dieses Verfahren durch Boykott mit Hilfe ihres Personalrates abgelehnt. Da die Personalräte in den Ämtern das Verfahren ebenfalls ablehnen, bestehen gute Bedingungen, die Einführung des Akkordsystems für Stenotypistinnen zu verhindern.

–M.–

Wer sich beschwert, wird entlassen!

Wer sich beschwert, wird entlassen!

Celler Stadtverwaltung versucht Belegschaft und Personalräte einzuschüchtern

"Peinliche Begebenheit im Hehlentorstift" – so meldete die Cellesche Zeitung in ihrer Ausgabe vom 12. Dezember 1974.

Sie wußte zu berichten, "daß zwei Mitglieder des Gesamtpersonalrats der Stadt Celle beim Baden von zwei älteren Damen im Alterspflegeheim zugeschaut haben". Dies sei ein moralischer Eklat, der ein erschreckendes Schlaglicht auf die Diskriminierung der Würde des Menschen werfe – so die Cellesche Zeitung.

Die gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften ÖTV und DAG sowie Leserbriefe dazu wurden bis heute nachweisbar nicht veröffentlicht.

Was war wirklich geschehen?

Im neu errichteten Alters- und Pflegeheim Hehlentorstift an der Harburger Straße waren die einfachsten Vorkehrungen für die Pflege alter Leute "vergessen" worden.

Auf die Mißstände hatte das Personal im Hehlentorstift des öfteren die leitende Schwester und das Heimleiterehepaar hingewiesen. Als nichts geschah, wandten sich die Beschäftigten an den Personalrat. Wie es die Pflicht des Personalrats ist, suchten der Gesamtpersonalratsvorsitzende Helmut Siebert und der Stellvertreter Gerard Peters am 29. Oktober 1974 den Arbeitsplatz der Schwestern auf und überzeugten sich von der Richtigkeit der geführten Beschwerden. Festgestellt wurde u.a., daß

1. keine Hebevorrichtung eingesetzt wurde;
2. die körperliche Belastung beim Heben der zu Badenden aus dem Rollstuhl in die Wanne für das Pflegepersonal unzumutbar war;
3. Rutschgefahr für die Pflegerinnen bestand, verbunden mit einer Gefährdung der zu Badenden (fallenlassen);
4. keine Haltegriffe an den Wannen vorhanden waren;
5. die Entlüftung nicht funktionierte;
6. unerträgliche Luft im Baderaum herrschte durch hochgradige Luftfeuchtigkeit und Hitze.

In einem Schreiben, das die Personalräte Anfang November im Büro von Oberstadtdirektor Eichelberg abgaben, wiesen sie auf die Beanstandungen hin und drängten auf Abhilfe.

Mehr als zwei Wochen vergingen, ohne daß die beiden Kollegen wieder etwas von der Angelegenheit hörten. Dann plötzlich wurde ihnen mitgeteilt, sie würden fristlos entlassen. Vorgeworfen wurde ihnen, sie hätten die Menschenwürde der beiden zu badenden alten Menschen verletzt und daß die beiden Personalratskollegen sich, bevor sie sich von den Mißständen im Hehlentorstift überzeugten, nicht bei den Vorgesetzten eine Genehmigungsfrist eingeholt haben.

Die fristlose Kündigung wurde aber vorerst gar nicht durchgesetzt. Die Kollegen arbeiteten weiter.

Erst nachdem wiederum mehr als eine Woche vergangen war, wurde der Gesamtpersonalrat von der Stadtverwaltung aufgefordert, der beabsichtigten fristlosen Kündigung der beiden Kollegen zuzustimmen. Der Personalrat lehnte ab.

Am 3. Dezember 1974 kündigte die Stadt dann auch der Schwester Weseloh und der Pflegeschwester Block, die den Personalratskollegen die Mißstände aufgezeigt hatten, ebenfalls fristlos. Begründung:

"Im Vergehen (dieser beiden Schwestern) offenbare sich neben der krassen Mißachtung der Würde (....) anvertrauten Personen auch eine grobe Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten."

Die betroffenen Kollegen aber ließen sich nicht einschüchtern

Vertreten durch ihre Gewerkschaft (ÖTV und DAG), zogen sie vor die Gerichte. Die Rechtsgrundlage war eindeutig. Das Verwaltungsgericht Lüneburg lehnte in seiner Sitzung am 7. Februar 1975 den Antrag der Stadt auf Zustimmung zur fristlosen Kündigung der beiden Personalratskollegen ab. Das Arbeitsgericht Celle stellte in seiner Verhandlung vom 21. Februar 1975 fest, daß das Arbeitsverhältnis der Schwester Weseloh bei der Stadt weiterbesteht.

Was die Belegschaft von solchen Klimmzügen der Stadtverwaltung hält, mit denen die Vorgesetzten versuchten, Zweifel in die Belegschaft an ihren Personalratsvertretern zu säen und die Kollegen auseinanderzudividieren, zeigte sich bei der Personalversammlung vom Tiefbauamt im April.

Mit einem Pfeifkonzert kritisierten die Kollegen das Vorgehen des neuen Amtsleiters Raap. Er versuchte die Berichterstattung durch den ÖTV-Sekretär Reuß über die Vorfälle im Hehlentorstift und deren Folgen zu verhindern. Lautstark entschieden sich die Kollegen dafür, daß er weiter berichten sollte.

Das Vorgehen der Stadt in diesem Fall beweist, daß es den bürgerlichen Bürokraten nicht darum geht, Mißstände bei den Arbeitsbedingungen der Kollegen zu beheben, sondern zu vertuschen, und wenn nicht anders möglich, durch Verletzung der Gesetze und durch fristlose Kündigungen.

Unter dem Deckmantel "Verletzung der Menschenwürde"

Die satten Bürokraten der Stadt werfen unter dem Deckmantel der Verletzung der Menschenwürde den Personalräten vor, durch ihre Tätigkeit die unzumutbaren Arbeitsbedingungen und Pflegebedingungen der alten Menschen bei der Stadt in die Öffentlichkeit getragen zu haben. Mit allen Mitteln versuchen sie das Geld zur Beseitigung der Mißstände zu sparen und damit den Kollegen die Arbeit weiterhin zu erschweren. Lieber geben sie ein Mehrfaches der zur Beseitigung der Mißstände erforderlichen Gelder für teure unsinnige Prozesse aus. Das mußte auch die Stadt wissen. Wozu sonst sitzen so viele hochbesoldete Juristenseelen bei der Stadt!

Langfristig glaubten sie zu erreichen, daß durch diesen "Klamauk" die Personalräte eingeschüchtert würden und es in Zukunft nicht mehr wagen würden, Mißstände aufzuzeigen, sich für die Kollegen einzusetzen und daß die Belegschaft aus Angst vor Repressalien sich nicht traut, sich an den Personalrat zu wenden.

Die Betriebsversammlung vom Tiefbauamt hat gezeigt, daß ihnen dies in Zukunft kaum gelingen wird.

M.

Speyer. Ende März wurde das Speyerer Zweigwerk der Salamander AG (SAG) zugemacht, 460 Schuharbeiter flogen auf die Straße.

Die Kapitalisten haben kräftig eingesackt, das zeigt der neue Geschäftsbericht für 1974: 10 % mehr Umsatz als 1973 (jetzt: 476 Millionen DM) und ein Bilanzgewinn von 2,5 Millionen DM, der an die Aktionäre verteilt wird. 1973 hatte die Bilanz noch 10 Millionen Verlust.

Gegen die Nichteinstellung von Lehrern

Veranstaltung der GEW Westberlin mit 1500 Teilnehmern / Beschluß gegen Berufsverbote und für Einstellung aller Lehrer

Westberlin. Etwa 1 500 Menschen nahmen am 10. Mai an einer Informationsveranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft über die Nichteinstellung von Lehrern in Westberlin teil.

In Beiträgen von Kollegen, die die Lage der arbeitslosen Lehrer und das Ausmaß der Nichteinstellungen schilderten, zeigte sich, wie notwendig es ist, den Kampf gegen die Nichteinstellungen und gegen die Verrottung des Volksbildungswesens durch den Staat zu führen. Klar wurde auch gemacht, daß dieser Kampf nicht von der Lehrergewerkschaft allein geführt werden kann, sondern daß in der Auseinandersetzung um das Volksbildungswesen alle DGB-Gewerkschaften einbezogen werden müssen. Denn die Zustände im Volksbildungswesen sind von Interesse und Bedeutung für die Arbeiterklasse und das Volk insgesamt.

Auf der Veranstaltung brachte die GEW-Vorsitzende Kujawa eine Entschließung zur Abstimmung ein, in der richtig die Einstellung aller Lehrer gefordert wurde. Daneben enthielt die Entscheidung aber auch nicht ausreichende und falsche Punkte. Die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe brachte zu dieser Entschließung verschiedene Abänderungsanträge ein, die von der überwiegenden Mehrheit angenommen wurden. So stand in der ursprünglichen Vorlage die Forderung nach "Anerkennung der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Prinzipien der Verfassung" Darin drückte sich die Hoffnung aus, der Kampf um freie politische und gewerkschaftliche Betätigung könne unter Berufung auf die Westberliner Verfassung geführt werden.

Die Passage wurde ersetzt durch die Forderung "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung".

In der schließlich von den Teilnehmern der Veranstaltung verabschiedeten Entschließung heißt es: "Die breite Masse des Volkes hat ein Interesse daran, daß alle Jugendlichen einheitlich und umfassend ausgebildet werden. Dem steht das Interesse des Staates entgegen, der durch die Nichteinstellungsmaßnahmen die schlechten Verhältnisse an den Schulen zementieren will. Nur eine kleine Minderheit soll für führende Positionen in Betrieb und Staatsapparat qualifiziert werden, während die Masse der Jugendlichen als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen soll."

Die Teilnehmer fordern die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und verurteilen ausdrücklich, daß mehr und mehr Berufsverbote unter dem Vorwand, es wären keine Stellen für Lehramtsbewerber da, erteilt werden. Gefordert wird in der Entschließung weiterhin, daß die Berufs- und Ausbildungsverbote abgeschafft, alle vom Berufsverbot betroffenen Kollegen wieder eingestellt werden und daß arbeitslose Lehrer ein Arbeitslosengeld erhalten.

In der Entschließung wird die GEW aufgefordert, eine Fragebogenaktion unter Lehrerstudenten durchzuführen, um die Einstellungspraxis der Bezirksämter überprüfen zu können. Weiterhin soll sie eine Umfrage u.a. bei GEW-Personalräten an den Westberliner Schulen über die Verhältnisse im Bildungswesen und über die Arbeitsbelastung der Lehrer fortführen. Die Ergebnisse sollen dann zur Information der Bevölkerung veröffentlicht werden sowie zur Vorbereitung einer Demonstration. Weiterhin wurde festgestellt, daß der Kampf gegen die Nichteinstellungen erfolgreich nur geführt werden kann, wenn auch die arbeitslosen Lehrer in der Gewerkschaft organisiert sind, und daß sie die vollen Rechte in der Gewerkschaft haben müssen.

Nach einem Bericht aus West-Berlin.

–Red–



Forderungen auf der 1. Mai - Kundgebung in Hamburg

Ein Urteil, gestützt auf KPD-Verbot und Berufsbeamtentum

Bundesverwaltungsgerichtsurteil gegen die Lehrerin Anne Lenhart/ Organisationszugehörigkeit soll als Entlassungsgrund genügen

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Klage der DKP-Lehrerin Lenhart auf Einstellung in den Schuldienst des Landes Rheinland-Pfalz zurückgewiesen. Es stützt sich dieses Urteil allein auf die Einrichtung des Berufsbeamtentums und das KPD-Verbotsurteil. Diese beiden sind die entscheidendsten rechtlichen Waffen der bürgerlichen Klasse zur Ausrichtung und Disziplinierung des öffentlichen Dienstes.

Für sein Urteil benötigte das Gericht nicht die Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972 über die Entfernung von "Radikalen" aus dem öffentlichen Dienst und auch nicht die entsprechenden Erlasse der einzelnen Länderregierungen. Es zeigt sich damit, daß diese Erlasse selbst hauptsächlich dazu dienen, politisch die Reihen des bürgerlichen Staates auf die Aufgabe der Säuberung des öffentlichen Dienstes mit Hilfe des Beamtenrechts und des KPD-Verbots auszurichten.

Es gibt im bürgerlichen Lager verschiedene Ansichten über die einzuschlagende Taktik, bezüglich der politischen Ausrichtung des öffentlichen Dienstes. Deswegen schreibt die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' auch: *"Selten ist auf ein Gerichtsurteil so lange und sehnlich gewartet worden"* (5.5.75), denn jetzt sei der Weg frei für ein Bundesgesetz, das einheitlich festlegt, wie die Bourgeoisie bei der Säuberung des öffentlichen Dienstes verfahren wird. Es erhofft sich die bürgerliche Klasse, daß dadurch die öffentliche Auseinandersetzung um die Berufsverbote an Schärfe verliert, daß dadurch "dieses Thema aus der vordergründigen Polemik verschwindet", wie es in der 'Süddeutschen Zeitung' heißt.

An diesem frommen Wunsch ist lediglich richtig, daß das Gericht mit seinem Urteil selbst die "vordergründige Polemik", es ginge bei den Berufsverboten um den Kampf gegen den "Terrorismus", wie das mancher bürgerlicher Leitartikler darstellt, beiseite geschoben hat. Es hat klargestellt, daß es darum geht, daß der Staatsapparat ausgerichtet werden muß auf die Unterdrückung der sich entwickelnden Klassenkämpfe und der Rebellion in der Arbeiterklasse und im Volk. Daß er dazu die rechtlichen Knuten des KPD-Verbots und des Beamtenrechts wieder schärfen muß.

Beamter welcher Art auch immer kann nach diesem Urteil nur werden, wer seinen Beruf als *"Dienst an der freiheitlichen demokratischen Grundordnung"* versieht. Dazu stellte das Gericht fest: *"Es wäre mithin kein der Verfassung genügender Beamtendienst, wenn der Beamte – in welcher Funktion auch immer – durch seinen Dienst nicht auch der Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dienen würde."*

Was aber die *"freiheitliche demokratische Grundordnung"* ist, an der der Beamte mitarbeiten muß, wurde durch das KPD-Verbotsurteil umschrieben. Klarer hat selten eine bürgerliche Klasse durch ein Gerichtsurteil für jeden "Staatsbürger" festgelegt, daß er ein Verfassungsfeind ist, wenn er gegen die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen und für die umfassende Demokratie für die arbeitenden Menschen eintritt. Es ist daher das KPD-Verbotsurteil auch der entscheidende rechtliche Knüppel, mit dem die Bourgeoisie hierzulange jedem Menschen und allen Organisationen entgegentritt, die für dieses Ziel eintreten.

Um den Widerstand gegen die Ausbeuterordnung zertreten zu können, muß der bürgerliche Staat seine eigenen Reihen auf die politische Ordnung der Ausbeuterklasse ausrichten und die Schotten gegenüber allen Gedanken, daß die Ausbeutung abgeschafft und der Sozialismus erkämpft werden muß, abdichten.

In der Sprache des Gerichtes liest sich das so: *"Tolerieren kann nur ein in seinen Grundwerten in sich gefestigter Staat; daher bestimmt sich die Stärke des Staates der Bundesrepublik Deutschland in diesem Falle an der Verfassungstreue seiner Beamtenschaft."*

Das Bekenntnis zum KPD-Verbotsurteil wird zum "Eignungsmerkmal" des Beamten gemacht.

Während auf der Grundlage des KPD-Verbotsurteils der "Staatsbürger" im Stillen noch den Gedanken an die Notwendigkeit der Abschaffung der Ausbeutung und der proletarischen Revolution hegen darf, wird dem Staatsdiener, der die bestehende Ordnung verteidigen muß, auch dieses Recht nicht mehr zugestanden.

Nach Meinung des Gerichtes bildet *"die Institution des Berufsbeamtentums den Rechtfertigungsgrund dafür, daß der Beamte in Genuß und Ausübung bestimmter, ihm zustehender Grundrechte eingeschränkt werden kann"* Worin aber besteht die Institution des Berufsbeamtentums? Darin, daß der Staat zur Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten Menschen anstellt, die *"sich durch Wort und sonstiges Verhalten, also in äußerlich erkennbarer Weise – aktiv – für die freiheitlich demokratische Grundordnung einsetzen"* (aus der Urteilsbegründung).

Es ist damit entschieden, daß Beamter nicht werden kann, wer sich nicht zum KPD-Verbotsurteil bekennt, zu der darin enthaltenen Umschreibung der "freiheitlichen Grundordnung" und zum darin enthaltenen Verbot gegen die Ausbeutung und für den Sozialismus einzutreten.

Im Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes heißt es dazu: *"Das Bekenntnis zu den Zielen einer politischen Partei, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, und erst recht der aktive Einsatz für diese Ziele machen den Beamtenbewerber – ebenso wie körperliche Behinderung oder intellektuelle Unfähigkeit – lediglich untauglich für den Beamtendienst; denn der Beamtendienst muß notwendigerweise die Gewähr für Verfassungstreue als ein persönliches Eignungsmerkmal des Bewerbers für ein öffentliches Amt fordern."* (aus der Urteilsbegründung)

Ein Angriff auf das Koalitionsrecht der öffentlich Bediensteten

Es kann dieser Staat also seine Aufgaben nur erfüllen, wenn seine Bediensteten als *"persönliches Eignungsmerkmal"* haben, daß sie Verteidiger der bestehenden Ordnung sind. Viel hat es da mit den Grundrechten nicht mehr auf sich, mit denen die Bourgeoisie ihren demokratischen Charakter immer beweisen will. Aber selbst noch, daß sich die öffentlich Bediensteten auf diese Grundrechte berufen, will ihnen das Gericht austreiben, indem es die Einschränkung der Rechte der Beamten zu einem Bestandteil der "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" erklärt hat. Dazu schreibt es: *"Zu dieser verfassungsmäßigen Ordnung gehören auch die Regelungen des Art. 33 Abs. 2,4,5 Grundgesetz"*, also die Bestimmungen des Grundgesetzes über das Berufsbeamtentum. Es gilt diesem Urteil nach als Verfassungsfeind damit auch, wer das Berufsbeamtentum, die Entrechtung der öffentlich Bediensteten angreift.

Klar ist, daß das KPD-Verbotsurteil und das Berufsbeamtentum einen scharfen Angriff auf das Koalitionsrecht der öffentlich Bediensteten und damit auf die einheitliche Kampfkraft der Lohnabhängigen darstellt. Denn nicht nur die Berufsbeamten werden dadurch geknebelt, sondern ständig versucht der Staat, auch die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes unter die Knute des Berufsbeamtentums zu zwingen.

Es faßt so dieses Bundesverwaltungsgerichts-Urteil die rechtlichen Voraussetzungen zusammen, um die gewerkschaftliche Arbeit im öffentlichen Dienst auf die Verfassung und das Wohl des Dienstherren festzulegen. Schnell begriffen haben dies die reaktionären Beamtenbünde, die das Urteil lebhaft begrüßten.

Der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Lehrerverband erklärten: *"Mit dem Satz, das Berufsbeamtentum sei Teil des grundsätzlichen Verfassungsaufbaus geworden, habe das Bundesverwaltungsgericht, so der Beamtenbund, einen unmißverständlichen Hinweis darauf gegeben, daß die Ablösung des Berufsbeamtentums durch öffentliche Dienstnehmer, die über Streikrecht verfügen, verfassungswidrig wäre."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.4.75)

Die Bourgeoisie benötigt ein Staatsschulwesen

Bei dem Urteil gegenüber der Lehrerin Lenhart hat das Bundesverwaltungsgericht auch offen klargelegt, warum Beamtenrecht und KPD-Verbotsurteil für die Ausrichtung der Lehrerschaft so wichtig sei. In der Urteilsbegründung heißt es: *"Die Lehrer haben zur Erhaltung und Festigung der freiheitlichen Staatsordnung Aufgaben von großer staatspolitischer Bedeutung zu erfüllen ... der Staat habe ein lebenswichtiges Interesse daran, daß die Schüler im Geiste der Verfassung erzogen"* würden, eine *"Erziehungsaufgabe, ... die bereits in der Grundschule einzusetzen hat"*.

Es soll mit dem Staatsschulwesen und dem Beamtentum der Lehrer verhindert werden, daß sich in den Köpfen der Arbeiterjugend und der anderen Jugendlichen Gedanken festsetzen, die nicht dem "Geist der Verfassung", der bestehenden Ausbeuterordnung entsprechen. Daß dieser "Geist" morsch ist, wogegen der Geist der Arbeiterklasse und des Sozialismus leicht Köpfe und Herzen der Arbeiterjugendlichen wird erobern können, kann das Gericht aber nicht übersehen.

Bezüglich der Frage, ob ein Lehrer, bei dem die Zweifel an seiner Verfassungstreue nicht sicher seien, eventuell eingestellt werden könne, stellt das Bundesverwaltungsgericht fest, daß dies nicht geschehen dürfe. Denn es sei so, daß bei den Schülern *"häufig irreparable, und deshalb schon von vornherein zu vermeidende Schäden regelmäßig eintreten würden, ließe man einen solchen Lehrer gewähren"*. Man sieht, zu Recht trauen sich die bürgerlichen Ideologen nicht mehr viel zu.

Anläßlich des Lenhart-Urteils hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beschlossen, dieses Urteil, sofern die Lehrerin Lenhart zustimme, durch das Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

Anne Lenhart hat aber abgelehnt, Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil einzulegen, da sie von den Bundesverfassungsrichtern nicht erwarten könne, *"daß mein Recht, wegen meiner Gesinnung nicht benachteiligt zu werden, in Schutz genommen wird"* (Frankfurter Rundschau vom 13.5.75). Dies ist freilich richtig, liegt aber nicht an einzelnen Bundesverfassungsrichtern, sondern daran, daß die Verfassung, die das Eigentum der Kapitalisten schützen soll, solches gar nicht vorsieht.

Wer den Kampf gegen die Einschränkung der Rechte derer im öffentlichen Dienst im Namen des Grundgesetzes führen will, wie die DKP, scheut aber mit Recht den Gang zum Bundesverfassungsgericht. Denn dessen Urteil gilt als ewig und endgültig. Und man kann sich auf das Grundgesetz nicht mehr berufen, wenn man sich einen solchen Urteil nicht unterwirft.

Frister dagegen hat erklärt, man müsse überprüfen, ob man Lenhart weiter Rechtsschutz geben könne, wenn sie nicht Verfassungsbeschwerde einlege. Damit will er erreichen, daß sich alle Gewerkschaftsmitglieder dem Rechtsweg und den Urteilen der bürgerlichen Gerichte unterwerfen. Dies ist Fristers Methode, um die Gewerkschaftsmitglieder auf die Verfassung festzulegen.

Es liegt aber auf der Hand, daß weder durch die Berufung auf das Grundgesetz noch durch die Berufung auf die bürgerliche Justiz der Kampf gegen die politische Säuberung im öffentlichen Dienst erfolgreich geführt werden kann. Denn eben mit diesem Grundgesetz führt die bürgerliche Klasse ihren Angriff durch. Begegnet werden kann ihm nur, wenn radikal die Wurzeln dieses Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes, KPD-Verbot und Beamtenrecht, angegriffen werden.

Notwendig ist es, die Gewerkschaften, vor allem die im öffentlichen Dienst in diese Auseinandersetzung einzubeziehen.

Denn mit KPD-Verbot und Beamtenrecht wird nicht weniger angegriffen als das Koalitionsrecht und das Recht auf freie politische Organisierung und Betätigung der Lohnabhängigen im gesamten öffentlichen Dienst, wie der Arbeiterklasse überhaupt. Zurückgeschlagen werden kann dieser Angriff, wo auf der Grundlage dieser Rechte eine breite politische Front gegen ihn aufgebaut wird.

–e.r.–

Hafenarbeiter in Schanghai: Der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie muss weitergeführt werden

Am Kai Nr. 5 des Schanghaier Hafen arbeiten 3 200 Mann. Pro Jahr werden hier etwa 600 Schiffe beladen bzw. entladen. Überall am Kai sieht man von den Arbeitern geschriebene Wandzeitungen. Sie richten sich in der Hauptsache gegen die revisionistische Linie Lin Biaos, und sie setzen sich auseinander mit den wichtigen Fragen der Diktatur des Proletariats. Letztes Jahr hängten einige Docker eine Wandzeitung auf, die den Titel trug: "Wir müssen die Herren des Docks sein und nicht die Sklaven der Tonnage!"

Eine revolutionäre Wandzeitung

"Diese Wandzeitung war", wie mir ein Arbeiter beim Besuch des Hafens erklärt, **"gegen den Revisionismus in unserem Dock gerichtet. In ihr wurde nachgewiesen, daß es am Kai Nr. 5 die revisionistische Linie gab."** Offen wurden darin die Leiter kritisiert, und es gab im ganzen Hafen heftige Reaktionen.

In der Wandzeitung hieß es:

"Die Arbeiter wollen hart und mehr arbeiten für die Revolution. Dies ist allgemein festzustellen. Aber die Kader unseres Kais mobilisieren nicht die Massen durch politische und ideologische Arbeit, sondern sie geben Anreize und üben Druck aus. Oft hören wir Leiter von Dockarbeiterbrigaden sagen: 'Die Tagesarbeit ist mit diesem Schub erfüllt' (auch wenn eigentlich die Arbeitszeit des Tages noch nicht um ist, der Verfasser) oder: 'Sowie wir das Tagessoll geleistet haben, gehen wir duschen'. Wenn das Laden oder Entladen etwas langsam geht, kommt unser Leiter und macht Krawall.

Wie sind die Beziehungen zwischen Revolution und Produktion zu regeln? Die Antwort lautet: Die proletarische Politik muß das Kommando führen, die Revolution muß im Überbau und in den Produktionsverhältnissen durchgeführt werden, damit sich die Produktivkräfte entwickeln. Aber nach Ansicht unserer Leitung müssen die Spezialisten und die Tonnage das Kommando führen. Unsere Leitung denkt an den Bau neuer Transportlinien, und sie vergißt, welches die politische Linie ist.

Einmal machte eine Schicht neben ihrer eigenen Arbeit noch eine andere Arbeit, damit die nächste Schicht es leichter haben würde und mehr Reis verladen werden könnte. Im Ergebnis hatten sie für sich selbst weniger getan. Am nächsten Tag beim regelmäßigen Arbeitstreffen lobte der Brigadeleiter die Schicht, die mehr Tonnage verladen hatte, sagte aber nichts über die Schicht, die dies möglich gemacht hatte.

Muß man bei der Erfüllung einer Aufgabe nur an seine Einheit denken, oder muß man die Gesamtheit sehen? . . . Unsere Leitung denkt nur an Teilsachen und nicht an die Gesamtheit. Es gibt sogar ganz sonderbare Erscheinungen. Bestimmte Arbeitsgruppen haben den Plan übererfüllt, aber insgesamt am Kai hat sich die Geschwindigkeit beim Laden und Entladen verlangsamt.

Im ganzen Hafen ist die Erfahrung gemacht worden, daß es notwendig ist, die Arbeiter mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Maotsetungideen zu bewaffnen, sich auf die Massen zu stützen und auf sie zu vertrauen, und in den Hafenarbeitern die Herren des Docks zu sehen. . . So konnten die Arbeiter ihr Bewußtsein erhöhen, daß sie ihre eigenen Herren sind, und sie sind bestrebt, mehr für die Revolution zu tun. . . Aber die Leiter vom Kai Nr. 5 konzentrieren sich nur auf die Frage nach der Tonnage, anstelle sich auf die Initiative der Massen zu stützen. . . Sie sehen in den Arbeitern nicht die Herren des Kais, sondern die Sklaven der Tonnage. . . . Dies ist die Widerspiegelung der revisionistischen Linie an unserem Kai. . .

Bei der Arbeit am Kai werden wir nicht nur an die Produktion denken, nur einfach an Laden und Entladen. Wir werden es durchsetzen, daß wir der richtigen Linie folgen! Wir sind entschlossen, die Sachen richtig zu machen hier an unserem Kai und im Hafen von Schanghai und in ganz China!"

Unterschrieben war der Text mit: **"Eine Gruppe von Arbeitern".**

Die chinesische Volkszeitung druckte bald nachdem diese Wandzeitung aufgehängt wurde den Text vollständig ab. Die Massen in ganz China bezogen sich in ihrer Kritik am Revisionismus auf diese beispielhafte Wandzeitung.

Es hatte vor der Kulturrevolution auf Grund der bürgerlichen Linie Liu Schao-tschis ein materielles Anreizsystem im Hafen gegeben. Tonnage und Prämien galten als das Wichtigste. Spezialisten beherrschten die Leitung. Viele Arbeiter kümmerten sich damals hauptsächlich um das Geld, das am Ende für sie herauskam. So wurden sie mit Prämien abgespeist, während die Herrschaft über die Produktion insgesamt nicht in ihrer Hand lag, sondern in der Hand bürgerlicher Kräfte.

In China gibt es immer noch Klassen und Klassenkampf und immer noch den Nährboden und die Bedingungen für die Möglichkeit des Wiederentstehens des Kapitalismus. Der Reaktionär Lin Biao strebte die Restauration des Kapitalismus in China an und daher trat er für die materiellen Anreize ein. In seinem Notizbuch steht zum Beispiel der Satz: **"Der materielle Anreiz ist immer noch notwendig."** Einer der wichtigen Anhänger Lin Biaos hatte geschrieben: **"Der Grundsatz 'Jedem nach seiner Leistung' und des materiellen Interesses"** sei **"die entscheidende Triebkraft"** für die Entwicklung der Produktion.

Die Bourgeoisie will mit "Anreizen" die Arbeiterklasse spalten und politisch schwächen

Yao Wen-yüan, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, führte in der Märznummer der "Roten Fahne", dem Organ der KP Chinas, aus, was die Lin-Biao-Leute bezweckten. Dem Anschein nach wollten sie die Arbeiter "anspornen" mit den Anreizen, **"in Wirklichkeit beabsichtigten sie jedoch, uneingeschränkt die Unterschiede zwischen den verschiedenen Stufen unter den Arbeiter zu vergrößern, in der Arbeiterklasse eine aus wenigen Verrätern der Diktatur des Proletariats und der Interessen des Proletariats bestehende privilegierte Schicht großzuziehen und zu kaufen und dadurch die Einheit der Arbeiterklasse zu zersetzen. Sie versuchten, die Arbeiter mit der bürgerlichen Weltanschauung zu korrumpieren und jenen kleinen Teil der Arbeiterklasse, der von der Ideologie des bürgerlichen Rechts relativ stark beeinflußt ist, als unterstützende Kraft bei ihrem eigenen Kampf gegen die Diktatur des Proletariats zu mißbrauchen."** (Peking Rundschau 11/1975)

Es ist nicht im Interesse der Arbeiterklasse, daß die Unterschiede zwischen ihren Mitgliedern vergrößert werden, dadurch, daß der eine Kollege viele Prämien bekommt und der andere nicht. Die Diktatur des Proletariats muß im Gegenteil die bestehenden Unterschiede (zum Beispiel in den Lohnstufen) schrittweise verringern, sonst verfestigen sie sich, weiten sich aus und führen zurück zur Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen.

Das Anreizsystem vor der Kulturrevolution war vielseitig und nicht versteckt Für alles mögliche gab es Sonderzulagen und Vergünstigungen. So hingen die Prämien für die Docker ab von der Menge der von ihnen verladenen Fracht, und die Prämien der Fahrer von der Menge der von ihnen gesparten Elektrizität und des gesparten Kraftstoffs. Die Docker wollten also – um höhere Prämien zu bekommen –, daß die Fahrer mehr laden und schneller fahren. Die Fahrer aber versuchten langsamer und weniger zu fahren und weniger zu laden, um Elektrizität und Kraftstoff zu sparen. Ergebnis war geringe Arbeitsleistung und Mißstimmung zwischen Dockern und den Fahrern. Fortschreitend wurde das sozialistische Prinzip unterminiert, wonach die Menschen nach ihren Fähigkeiten für den Sozialismus und die allgemeine Entwicklung arbeiten und nicht für persönlichen Gewinn.

Das chinesische Proletariat eroberte in der Kulturrevolution die von den Revisionisten besetzten Positionen zurück, beseitigte die ausgedehnte revisionistische Korruption und das korrumpierende Prämiensystem. Auch am Kai Nr. 5 errangen die Docker den Sieg über die ehemals stark vertretene revisionistische Linie.

In dieser Wandzeitung nun wurde offengelegt, daß es wieder Revisionismus gab, daß die Führung von den Massen losgelöst war und daß die Arbeiter wieder durch Anreize bestochen wurden. Durch die Lautsprecheranlagen des Kais wurde die gesamte Wandzeitung verlesen. Jeder am Dock und in den Büros konnte es hören. Den Dockarbeitern war die Richtigkeit der Wandzeitung sofort einsichtig, denn in ihr wurde das ausgedrückt, was sie jeden Tag spürten. Das Parteikomitee des Kais berief Sitzungen zur Diskussion der Wandzeitung ein und schrieb dann selber eine Wandzeitung, in der es der Kritik der Arbeiter zustimmte. Es forderte die Arbeiter auf, die Kritik fortzusetzen und die Abhängigkeit von der Tonnage als Ausdruck des Revisionismus zu bekämpfen.

"Einige Kader hatten eine andere Haltung als die Arbeiter"

Der etwa 35-jährige Verantwortliche des Revolutionskomitees vom Kai sagt, worum es sich bei der Kritik drehte:

"Es gab Kader, die sich nicht mit der Theorie des Marxismus-Leninismus auseinandersetzten. Sie dachten nur an die Produktion und führten ein neues Anreizsystem ein. Wenn ein bestimmtes Arbeitssoll erfüllt war, konnte man nach Hause gehen oder anfangen, sich zu duschen usw., selbst wenn die acht Arbeitsstunden des Tages noch nicht um waren. Das führte dazu, daß sich jeder die leichteste Arbeit aussuchte, die Arbeit, mit der man am schnellsten fertig wurde. Dieser Anreiz steckte dahinter. Im Wesen war dieser Anreiz gleich dem materiellen Anreiz, den es vor der Kulturrevolution gab. All dies wurde in den Wandzeitungen gesagt. Das war der Kampf zwischen den zwei Linien und den zwei verschiedenen Ansichten. Einige Kader hatten eine andere Haltung als die Arbeiter."

Die kritisierten Kader hatten selbst den Marxismus-Leninismus nicht richtig studiert und konnten deshalb auch die Massen politisch nicht richtig führen. Es kam ihnen auch gar nicht auf korrekte Entscheidungen über die Linie an, da ihnen die Tonnage alles bedeutete.

Ein Teil der kritisierten Kader sagte:

"Wir arbeiten in der Produktion, und wir denken n u r an die Produktion. Wie kann man uns vorwerfen, wir würden der revisionistischen Linie folgen?"

Was war aber das Ergebnis ihrer Führung und der von ihnen eingeführten Anreize? Ergebnis war beispielsweise, daß die eine Schicht nur die Fracht verlud, die mit Maschinen zu heben war. Das war weniger anstrengend, und in kurzer Zeit war viel Tonnage verladen. Der nächsten Schicht blieb es dann jedoch überlassen, die Fracht zu verladen, die mit der Hand getragen werden mußte und längere Zeit in Anspruch nahm.

Aufgrund ihrer Mißachtung der Politik sah die Leitung nicht, daß sich das bestehende Anreizsystem ganz genauso wie materielle Anreizeauswirkte Die Sicherheitsregeln wurden überschritten, es wurde nicht mehr an die allgemeine Situation und nicht mehr an die Qualität der Arbeit gedacht. Die Leistungen wurden geringer, die Einheit der Belegschaft bekam Risse, und das sozialistische Denken ließ nach.

Die Politik muß das Kommando führen

In etwa 400 Wandzeitungen drückten die Arbeiter des Kais Nr. 5 ihre Kritik an der Leitung aus. Sie zeigten auf, daß die Leitung kein Vertrauen in die Massen hat und sich deshalb von ihnen entfremdet. Damit die Massen die ihnen entgleitende Führung wieder voll in den Griff bekamen, mußten sie kämpfen. Ihr Ziel dabei mußte sein, die Kader von der Fehlerhaftigkeit ihres Weges zu überzeugen. Der Verantwortliche des Revolutionskomitees sagte es so:

"Das Ziel ist immer, daß die Arbeiter und die Kader gemeinsam gegen den Revisionismus kämpfen. In einer zweiten wichtigen Wandzeitung sagten die Arbeiter, daß es darauf ankommt, den Kadern beim Lernen des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen zu helfen. Sie dürfen nicht einfach bestraft werden, sondern sie müssen kritisiert werden mit dem Ziel, daß sie gemeinsam mit den Arbeitern gegen den Revisionismus vorgehen. Das ist uns auch gelungen. Allgemein wurde das revolutionäre Bewußtsein erhöht. Im Rahmen der Kritik an Lin Biao und Konfuzius kritisierten die Leitung und die Arbeiter zusammen die revisionistische Linie. Alle Pläne des Docks wurden 1974 erfüllt – ohne Anreize. Die Orientierung zum Sozialismus im Bewußtsein der Menschen wird durch die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius immer klarer."

An einem Beispiel macht der Genosse klar, worauf es ankommt. In einem Land hatte der Taifun gewütet und viel Schaden in der Landwirtschaft angerichtet. China wollte helfen, und es mußten 10 000 Tonnen Reis über den Hafen verschifft werden. Da die Leitung Vertrauen in die Massen hat, wurden die Docker politisch mobilisiert, das heißt, es wurde die Notwendigkeit harter Anstrengungen für die Unterstützung dieses Landes erklärt. Die Arbeit war für 48 Stunden geplant, war jedoch schon in 36 Stunden beendet. Dies beweist: **"Die Arbeitserfüllung hängt nicht von Anreizen ab. Die Politik muß an der ersten Stelle stehen."**

Der ununterbrochene Kampf gegen bürgerliche Einflüsse und Revisionismus sichert die Aufrechterhaltung der Arbeitermacht und führt zur Entwicklung der Produktion. Wenn Bourgeois und Revisionisten in der Leitung sitzen, wird die Produktion gehemmt, denn sie denken nur an den eigenen Gewinn. Wenn proletarische Kader auf der richtigen politischen Linie der Partei die Betriebe lenken, geht die Produktion immer mehr voran, denn die proletarischen Kader arbeiten für die allgemeine Entwicklung und nicht für privates Glück. Arbeiterkader in China hört man oft sagen, daß es nicht genügt, bei der Arbeit nur an seine Abteilung, seine Fabrik und auch nicht nur an sein Land zu denken, sondern man muß immer die Weltrevolution vor Augen haben.

Seit den Kämpfen im vergangenen Jahr sind die Kader verpflichtet, etwa 120 Tage im Jahr in der Produktion zu arbeiten, also drei Monate zusammenhängend und außerdem jeden Donnerstag. Sie arbeiten mit den Dockern am Kai, essen mit ihnen und studieren mit ihnen. **"Die Kader müssen auch schwitzen, genauso wie die Arbeiter"**, sagt ein Dockarbeiter. Dies trägt auch dazu bei, daß sie sich nicht von den Massen entfernen nicht eingebildet werden, sich keine Privilegien anmaßen, nicht nur in Schreibstuben hocken und Anweisungen erteilen, sondern daß sie gute Führer und Vorbilder der Massen sind.

Es ist notwendig, den Marxismus-Leninismus und die Theorie der Diktatur des Proletariats zu studieren

Ihre Erfahrungen haben die Hafenarbeiter gelehrt, wie wichtig es ist, den Marxismus-Leninismus zu studieren. Ohne Klarheit in den entscheidenden Fragen der Theorie der Diktatur des Proletariats können die Massen den Revisionismus nicht schlagen. Es kann sogar passieren, daß Menschen, die einen revolutionären Willen haben, revisionistischen Parolen folgen, da sie diese eben nicht als revisionistisch erkennen.

Die Docker haben einen umfassenden Studienplan über wichtige marxistisch-leninistische Schriften insbesondere zur Diktatur des Proletariats festgelegt. In den Schulungen werden diese Schriften diskutiert, die wichtigsten Dokumente der Partei gelesen, und die Theorie wird fortwährend ganz praktisch mit der wirklichen Lage im Hafen verglichen.

Die Revisionisten in einem sozialistischen Land haben ebenso wie die Reaktionäre in einem kapitalistischen Land Angst davor, daß die Arbeiter die marxistisch-leninistische Theorie beherrschen. Darum hatte auch Lin Biao gesagt, es sei nicht nötig, daß die Massen die Werke des Marxismus-Leninismus lesen. Er sagte, die Arbeit der Arbeiter sei schon proletarische Politik, und das genüge als Garantie für die Aufrechterhaltung der Arbeitermacht im Staat. Eindeutig ist hierbei das Ziel, die Arbeiter zu verdummen, derweil die Revisionisten schrittweise den Kapitalismus wiederherstellen.

Tatsächlich sind die Kämpfe im Schanghaier Hafen kein Einzelfall. Immer noch gibt es Betriebe in China, wo die Arbeiter mit den verschiedensten Arten von Anreizen – auch materiellen – betrogen werden. Das Anreizsystem ist oft sehr raffiniert und nicht leicht durchschaubar. Der Revisionismus versucht auf vielerlei Weise hochzukommen, aber das obige Beispiel hilft uns, die Natur des Kampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie unter der proletarischen Diktatur in China zu erkennen.

China ist ein großes sozialistisches Land. Dennoch sind, wie Dschang Tschun-tjiao in seinem Bericht über die Abänderung der Verfassung vor dem 4. Nationalen Volkskongress sagte, in China **"in manchen Betrieben die Eigentumsverhältnisse sozialistisch, die reale Führung dort liegt aber nicht in den Händen der Marxisten und der breiten Massen der Arbeiter. Viele Stellungen werden, wenn sie das Proletariat nicht erobert, von der Bourgeoisie erobert werden."** Und in dem Artikel "Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie" in der Aprilnummer der "Roten Fahne" schrieb er: **"Die Politik ist ein konzentrierter Ausdruck der Ökonomie. Ob die ideologische und politische Linie korrekt ist oder nicht, welche Klasse die Führung innehat, davon hängt ab, welcher Klasse diese Betriebe in Wirklichkeit gehören."** (Peking Rundschau 14/1975)

Diese Kämpfe zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie werden noch lange Zeit andauern, und in manchen Perioden werden sie sehr scharf geführt werden. Selbst wenn alle ehemaligen Unterdrücker und Ausbeuter aus der alten Gesellschaft gestorben sind, werden diese Kämpfe nicht beendet sein, und eine bürgerliche Restauration kann noch geschehen, sollten sich Revisionisten an die Macht schleichen können. Da die sozialistische Gesellschaft aus der alten Gesellschaft hervorgegangen ist und immer noch viele Merkmale der alten Gesellschaft aufweist, tauchen unvermeidlich neue bürgerliche Elemente auf. Sie sind dem Namen nach Kommunisten, in Wirklichkeit aber fürchten sie sich vor der Weiterführung der Revolution, da sie meinen, sie könnten dabei etwas verlieren. Sie sind durchdrungen von bürgerlichen Gedanken und jagen nach Positionen und Vorteilen. Ebenso wie die Vertreter der alten reaktionären Klassen versuchen sie, die Entwicklung des Sozialismus zu bremsen und streben nach der Restauration des Kapitalismus. Die Lin-Biao-Clique wies gewisse Anzeichen dieser neuen bürgerlichen Elemente auf und einige dieser Leute waren in der Tat solche Elemente. **"Einige ihrer Losungen entsprachen dem Bedürfnis der bürgerlichen Elemente und derjenigen, die den kapitalistischen Weg gehen wollen, nach Entwicklung des Kapitalismus und spiegeln es wider."** (Yao Wen-yüan in der "Roten Fahne".)

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tsetung, hat kürzlich gesagt:

"Es ist für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr die marxistisch-leninistischen Werke lesen."

Die chinesischen Massen studieren und diskutieren jetzt an den Arbeitsplätzen in regelmäßigen Schulungen die Werke der großen proletarischen Theoretiker zur Diktatur des Proletariats. Sie haben am Beispiel der Sowjetunion gelernt, daß ein sozialistisches Land seine Farbe ändern kann, wenn nicht fortwährend auf die politische Linie geachtet wird. Die Bourgeoisie ist in China besiegt, aber sie ist nicht vernichtet. Das Proletariat hat sie enteignet, und die Aufgabe ist nun, Schritt für Schritt Bedingungen zu schaffen, unter denen die Bourgeoisie nicht mehr existieren und nicht neu entstehen kann. Das umfassende massenhafte Studium, die Anleitung durch den Marxismus-Leninismus, ist die Voraussetzung, um dies zu erreichen. Theoretische Klarheit setzt die Massen in die Lage, ihre Macht in jedem Bereich der Gesellschaft auszuüben. Die allseitige Unterdrückung der Bourgeoisie führt letztlich zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Beseitigung sämtlicher Produktionsverhältnisse, auf denen die Klassenunterschiede beruhen, zur Beseitigung aller gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, und zum Verlöschen sämtlicher Ideen, die diesen gesellschaftlichen Beziehungen entspringen. In ihrem siegreichen Kampf geht die chinesische Arbeiterklasse weiter in Richtung auf den Kommunismus.

–Uwe Kräuter,
zur Zeit Schanghai
(von der Red. gekürzt)–

Die Pfarrer behielten nicht Recht

Diskussion in einer Frankfurter Realschule über den Paragrafen 218

Frankfurt. Vergangenen Dienstag fand in einer achten Realschulklasse der Konrad-Hähnich-Schule eine Diskussion über den § 218 statt. Auf Einladung zur Diskussion kamen zwei Pfarrer, eine in der SPD organisierte Gewerkschafterin und zwei Mitglieder der Komitee-Initiative für die ersatzlose Streichung des § 218.

Von den Schülern nach seiner Stellungnahme zum Abtreibungsverbot befragt, antwortete der Pfarrer zunächst, daß er in erster Linie für den Schutz des werdenden Lebens eintrete und daß dort, wo dies eine Notlage für die Frau oder die Familie bedeute, der Staat helfend eingreifen müßte. Dieser Wunschvorstellung wurde von einigen Schülern die Realität entgegengehalten. So z. B. die Verhältnisse der sog. Übergangssiedlung in Frankfurt/M.-Fechenheim, wo oft eine fünf- bis sechsköpfige Familie in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung leben muß. Daraufhin kamen wir auf die sozialen Verhältnisse zu sprechen, die tagtäglich hunderte von Frauen zur Abtreibung zwingen. An dieser Diskussion wurde ziemlich klar, daß das Abtreibungsverbot weder hauptsächlich ein Problem der "Jugendsexualität" ist – wie es der andere Pfarrer darzustellen versuchte –, noch ein Problem, von dem alle, reich und arm, in gleicher Weise betroffen sind. Daß in einer Gesellschaft, in der das Volk selbst über alle Belange bestimmt und wo kein soziales Elend herrscht, auch das Abtreibungselend nicht existiert, machte ein Schüler am Beispiel Chinas klar, wo trotz der legalen Möglichkeit zur Abtreibung dieses Recht kaum in Anspruch genommen wird. Davon ausgehend, daß es bei uns eben auch keine umfassende Aufklärung, keine kostenlosen und verträglichen Verhütungsmittel gibt, wurde die Frage nach den Aufgaben der staatlichen Beratungsstellen gestellt. Wir versuchten daraufhin anhand von Beispielen und der hundertjährigen Geschichte des § 218 klarzumachen, daß das staatliche Eingreifen hier in erster Linie der Sicherung der Produktion von Menschenmaterial für Fabriken und Armee dient und die Beratungsstellen in der Regel nur dazu dienen, Druck auf die Frauen auszuüben, ein ungewolltes Kind doch noch zur Welt zu bringen. Die Frau von der SPD nahm das zum Anlaß, für die "Fristenlösung" einzutreten, mußte aber auf die Frage einer Schülerin zugeben, daß dieser Reformversuch endgültig gescheitert ist. Daraufhin stellten wir unsere Auffassung dar, daß das Volk gerade aufgrund der herrschenden sozialen Verhältnisse es sich nicht leisten kann, jetzt auf noch halbherzigere Reformversuche zu warten. Daß es dieser politischen Bevormundung entgegentreten muß, indem es die Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 und daß das Volk selber entscheiden soll, aufstellt. Als der Pfarrer daraufhin meinte, daß ein Volksentscheid in unserer Demokratie gar nicht möglich sei, stellten wir die Frage, was das denn für eine Demokratie sei, in der der Spruch von sieben Richtern mehr wiegt als der Wille von Hunderttausenden. M.K.

Die ausländischen Arbeiter und Frauen für den Kampf gegen den Paragrafen 218 gewinnen!

Rechtlich sind die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die ausländischen Frauen von der Unterdrückung durch den Paragraphen 218 genauso betroffen wie die deutschen Teile der Arbeiterklasse. Auf Grund ihrer sozialen Lage in Westdeutschland, den schlechten Verhältnissen, in denen sie leben müssen, die sie häufig zu Abtreibungen zwingen, sind sie von dem Abtreibungsverbot und der darauf beruhenden Strafverfolgung sogar besonders betroffen. Auch sind moderne Verhütungsmethoden z. T. weniger bekannt. Ausländische Frauen können sich weniger leicht Pillen besorgen usw.. Ärzte berichten aus den Krankenhäusern, daß besonders häufig ausländische Arbeiterinnen und Frauen Opfer von verpfuschten Abtreibungen sind und deshalb in den Krankenhäusern behandelt werden müssen. Dort werden sie dann noch schlechter behandelt als deutsche Frauen.

Die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter haben noch weniger politische Rechte als die deutschen. Unter den Gesetzen des bürgerlichen Staates gegen das Volk leiden sie gleich. Es ist deshalb unbedingt notwendig, die ausländischen Teile der Arbeiterklasse in den Kampf gegen den § 218 einzubeziehen und den Kampf gegen den § 218 zu verbinden mit der Forderung nach politischer Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wie sich die Bewegung gegen den Paragraphen bisher zu wenig auf die Arbeiterklasse bezogen hat, so hat sie sich auch fast gar nicht auf die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen bezogen. Dieser Fehler muß überwunden werden, denn die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind eine wichtige Kraft im Kampf gegen den § 218.

Deutsche und ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen – eine Kampffront im Kampf gegen den Paragraphen 218!

–Red.–

Komitees gegründet

Wiesbaden. Auf Initiative der Stadtteilzelle Mitte und der Stadtteilzelle Bieberich sind in Wiesbaden zwei Komitees gegen den § 218 auf der Basis des Vorschlags des KBW gegründet worden. Zu der Veranstaltung der Stadtteilzelle Mitte kamen am 7.5. 45 Menschen, von denen 33 aktiv im Komitee mitarbeiten wollen. 5 davon sind ausländische Kollegen.

Zur Veranstaltung in Bieberich erschienen 20 Menschen, die sich an der Gründung des Komitees beteiligten, darunter auch Mitglieder des "Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen".

Oldenburg. In Ohmstede bei Oldenburg hat sich eine Arbeitsgruppe gegen den § 218 gebildet.

Mainz. Am 18. April gründete sich in Mainz ein Komitee "Weg mit dem § 218". Zur Gründungsversammlung erschienen über 50 Personen, von denen sich 34 als Mitglieder in die Listen des Komitees eintrugen. Mittlerweile hat sich die Zahl der Mitglieder auf 40 erhöht.

Am 1. Mai beteiligten sich die Komiteemitglieder als Block an der DGB-Demonstration, in den sich spontan noch etwa 40 Menschen einreihten.

Celle. In Celle hat sich eine Initiative gegen den § 218 von zehn Personen zusammengetan, um ein Komitee auf Grundlage des Vorschlags des KBW zu bilden.



Auf der 1.Mai-Demonstration in Dortmund

Studentenverband fordert ersatzlose Streichung

Die "Vereinigten Deutschen Studentenschaften", der am vergangenen Wochenende in Gießen gegründete einheitliche Verband der Studentenschaften, fordern die ersatzlose Streichung des § 218. In der Diskussion des Hauptantrags wurde auf der 1. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes als Zusatz bei nur drei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen:

"Als eine weitere Aufgabe des Verbandes stellt sich die Unterstützung des Kampfes gegen den Abtreibungsparagraphen 218 und für seine ersatzlose Streichung.

Sowenig wie die Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen, durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts beseitigt worden sind, sowenig ist auch mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Kampf gegen das Verbot der Abtreibung beendet. Dies haben zuletzt die zahlreichen Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 auf den Demonstrationen am 1. Mai bewiesen."

Auch die Studentenvertreter der DKP, die die Fristenlösung vertritt, stimmten in der Mitgliederversammlung für diesen Zusatzantrag.

Nur mit einer revolutionären Taktik kann der Paragraf 218 zu Fall gebracht werden

Mit dem Machtwort des bürgerlichen Staates durch das Bundesverfassungsgericht hat die Bourgeoisie dem § 218 den Rang eines Naturgesetzes gegeben. Gesetze und Urteile werden jedoch von Menschen einer bestimmten Klasse gemacht und werden durch Menschen einer anderen Klasse beseitigt. Das Machtwort des bürgerlichen Staates wird keinen Ewigkeitscharakter haben. Das steht fest.

Die Beseitigung des § 218 ist bereits auf dem Weg zur sozialen Revolution der Arbeiterklasse möglich und nicht erst durch die proletarische Revolution selber.

Nach dem Urteil ist es notwendig, eine Taktik einzuschlagen, die die Volksmassen gegen den § 218 zusammenschließen kann mit dem Ziel, den § 218 im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu beseitigen. Diese Taktik muß revolutionär sein, denn ohne revolutionäre Aktionen und große politische Veränderungen wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht umzustoßen sein. Sie muß auf der Tatsache beruhen, daß die Beseitigung des § 218 jedoch keineswegs den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie voraussetzt. Diese Taktik besteht im Kampf für die Durchsetzung eines Volksentscheides gegen den § 218 und für seine ersatzlose Streichung. Durch diese Forderung wird ein Weg gewiesen, auf dem die Beseitigung des § 218 sofort in Angriff genommen werden kann durch die Volksmassen. Eine andere, klar umrissene Taktik konnte bisher auch von keiner Seite vorgeschlagen werden. Die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, das Sozialistische Büro wie auch die DPK können als Devise nur angeben, man müsse jetzt mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes leben und das Beste aus ihm machen. Andere Organisationen, die einen revolutionären Anspruch erheben, sagen praktisch dasselbe. Ihre Antwort auf die Frage, wie der Kampf gegen den § 218 weitergeführt werden kann, besteht darin: langfristig wird er sein und vor der proletarischen Revolution wird nicht viel drin sein. So der KB Nord und die Trotzkisten. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) sind mit der Frage der 'Vaterlandsverteidigung' der imperialistischen Bundesrepublik beschäftigt. Sie äußern sich deshalb zum Kampf gegen den § 218 lieber gleich gar nicht. Vielleicht werden sie auch bald sagen, man brauche diesen Paragraphen, denn seine Abschaffung würde die 'Vaterlandsverteidigung' gefährden. Nach den jüngsten theoretischen Entdeckungen dieser Gruppen sind hier zweifellos noch manche Überraschungen möglich.

Die Trotzkisten, Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) haben jetzt gegen die Forderungen, die der KBW vorgeschlagen hat, die Polemik eröffnet (Was tun? vom 30.4.1975). Ihre Argumente laufen auf folgende Behauptungen hinaus:

1. Die Volksmassen sind gegenwärtig nicht in der Lage, den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung aufzunehmen.
2. Die Entscheidung über die Beseitigung des § 218 steht grundsätzlich nicht dem Volk, sondern den Frauen zu.

In diesen Argumenten kommt zum Ausdruck die Unterschätzung der Kraft der Volksmassen und des Verstandes der Frauen.

Die GIM stellt fest:

"Wer ernsthaft damit rechnet, daß das 'Volk' sich hier und heute gegen den bürgerlichen Staat erhebt, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat falsch einzuschätzen und in seiner Realitätsferne die Bewegung gegen den § 218 in eine fatale Niederlage zu führen, aus der sie sich nur schwer wieder wird befreien können."

Außer einigen Blüten enthält dieses Argument einen grundsätzlichen Denkfehler und darauf folgend eine Fehleinschätzung der Möglichkeiten des Kampfes für die ersatzlose Streichung des § 218.

Das Volk erhebt sich nie einfach so gegen den bürgerlichen Staat, sondern es erhebt sich gegen den bürgerlichen Staat und seine Entscheidungen, um bestimmte Interessen zu verteidigen und bestimmte Forderungen durchzusetzen. Die entscheidenden Interessen der Volksmassen, die Beseitigung des Imperialismus und des Kapitalismus, können nur durch die Proletarische Revolution verwirklicht werden und den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie. Dazu sind die Volksmassen heute noch nicht in der Lage. Noch fehlt die Führung durch die Arbeiterklasse und eine Organisation, die die Arbeiterklasse befähigen würde, diese Führung auszuüben. Noch sind die Verhältnisse nicht reif. Bedeutet das, daß sich die Volksmassen überhaupt nicht gegen den bürgerlichen Staat erheben würden? Nein, das bedeutet es nicht. Die Volksmassen sind in der Lage, sich bereits heute zur Durchsetzung einzelner Forderungen gegen den bürgerlichen Staat zu erheben. Zum Beispiel haben sich die Kaiserstühler Bauern gegen den bürgerlichen Staat erhoben im Kampf gegen das Kernkraftwerk in Wyhl. Die Ablehnung des § 218 durch die Volksmassen ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht schwächer, sondern stärker geworden. Damit diese Ablehnung in Widerstand umgewandelt werden kann, damit sich die Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat in diesem bestimmten Kampf zusammenschließen können, muß er auf Grundlage richtiger Forderungen und einer richtigen Taktik geführt werden. Dann können die Kräfte des Volkes zur Geltung kommen, dann können die bestehenden Kräfteverhältnisse zugunsten der Volksmassen verändert werden. Nicht weil die GIM eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse hat, lehnt sie die vom KBW vorgeschlagene Taktik ab, sondern weil sie diese Taktik nicht begreift.

Weil sie meint, für die Organisierung des Kampfes gegen den § 218 unter der Forderung nach einem Volksentscheid sei bereits eine Mehrheit für die proletarische Revolution und den Sturz des bürgerlichen Staatsapparates nötig, kommt sie zu ihrer Fehleinschätzung, dieser Kampf sei von vornherein zur Niederlage verurteilt. Hier zeigt sich, wie der Opportunismus in jeder Gestalt direkt zusammenhängt mit der Fehleinschätzung der Situation und der Möglichkeiten der Volksmassen, einen bestimmten Kampf zu führen auf dem Weg zum Sturz des bürgerlichen Staates, bevor dieser Staat bereits gestürzt werden kann.

Eine Blüte ist die Behauptung, der KBW würde die "gesellschaftlichen" Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat falsch einschätzen. Das "gesellschaftliche" Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist längst zugunsten der Arbeiterklasse entschieden. Die Bourgeoisie braucht die Arbeiterklasse zur Ausbeutung. Die Arbeiterklasse braucht die Bourgeoisie nicht. Das politische Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist nur deshalb noch günstig für die Bourgeoisie, weil die Arbeiterklasse noch kein klares Bewußtsein von ihren revolutionären Fähigkeiten hat.

Eine Blüte ist auch, daß die GIM fürchtet, die Bewegung gegen den § 218 können sich nur schwer von der Niederlage "befreien", in die sie der KBW angeblich führt. Tatsache ist, daß die Niederlage dieser Bewegung bereits besiegelt ist, wenn sie jetzt das Machtwort des bürgerlichen Staates schluckt und daß sie sich von dieser Niederlage niemals wird 'befreien' können.

Fortsetzung auf Seite 1o

Fortsetzung Nur mit einer revolutionären Taktik...

Bestenfalls wird sie die Folgen dieser Niederlage, die sie kampflos hingenommen hätte, überwinden durch Selbstkritik und Änderung der politischen Linie. Notwendig ist diese kampflose Niederlage jedenfalls nicht.

Hat die GIM zunächst festgestellt, daß das Volk zwar über den § 218 entscheiden darf, aber nicht dazu in der Lage sein wird, den Kampf für den Volksentscheid gegen den § 218 erfolgreich aufzunehmen, so stellt sie in einem zweiten Abschnitt fest, daß das Volk diese politische Frage doch gar nicht zu entscheiden hat, sondern die Frauen. Die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 sei ein "Faustschlag ins Gesicht" der Frauenbewegung und müsse von jeder Frau so empfunden werden. Dies wird damit begründet, daß schließlich die Frauen die Kinder bekommen und folglich auch die Frauen die Abtreibung unmittelbar erleiden. Diese allgemein bekannte Tatsache veranlaßt die Artikelschreiberin zu einem längeren Psalm über die Unterschiede zwischen Mann und Frau und über die daraus in der bürgerlichen Gesellschaft resultierende besondere Unterdrückung der Frau.

Natürlich gibt es diese besondere Unterdrückung der Frau. Deshalb sind sie auch oft besonders aktive Kräfte im Kampf gegen den § 218. Aber was ändert das daran, daß der Strafparagraph 218 eine politische Frage ist, die durch die Volksmassen entschieden werden muß in einem politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat? Und was ändert das daran, daß der § 218 nicht nur die Frauen bedroht, die sich einer Abtreibung unterziehen müssen, sondern auch alle, die ihr dabei "Beihilfe" leisten? Also den Ehemann oder Freund, mit dem sie über die Abtreibung beraten oder entschieden haben, den oder die, der ihr die Adresse eines Arztes gegeben hat, die Ärzte, die Abtreibungen durchführen. Es geht beim Kampf gegen den § 218 doch nicht darum, willkürlich die Opfer dieses Paragraphen auf die Frauen einzuschränken und damit den Kampf zu schwächen, sondern darum, daß dieser Paragraph sich gegen die Armen richtet und daß er nur beseitigt werden kann durch einen hartnäckigen politischen Kampf des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse. Sollte jemand diese notwendigen Feststellungen als einen Faustschlag ins Gesicht empfinden, dann liegt das nicht am Geschlecht, sondern an falschen Auffassungen, und die sind bei Frauen nicht mehr verbreitet als bei Männern, insgesamt aber weniger verbreitet, als die GIM meint. Durch seinen Vorschlag richtet sich der KBW nicht gegen den Kampf der Frauen der Arbeiterklasse und des Volkes gegen ihre besondere Unterdrückung, sondern schlimmstenfalls gegen den Unsinn, den manche Leute über diesen Kampf verbreiten. Man stelle sich vor, daß sich die Arbeiterinnen gegen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Leichtlohngruppen wenden und sie als "Faustschlag ins Gesicht" empfinden würden! Solche Vorstellungen können nur in bürgerlichen Hirnen entstehen. Warum? Weil sie gegen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sind, weil sie nicht die Einheit der Arbeiterklasse wollen, sondern ihre Spaltung. Entsprechend verhält es sich mit dem Kampf gegen den § 218. Nur ein durch und durch bürgerliches Hirn und nicht etwa ein weibliches kann auf den trüben Gedanken kommen, ein Vorschlag für die Einheit des Volkes im Kampf gegen den § 218 könnte sich gegen die Frauen richten, während er sich doch gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat richtet.

Eingangs hatte die GIM die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 als eine "Scheinlösung" bezeichnet, dann als einen Anschlag auf die Frauenbewegung. In Wirklichkeit ist diese Forderung weder eine Lösung noch eine Scheinlösung, sondern gibt ein Mittel an, um den Kampf gegen den § 218 fortzusetzen. Dieser Kampf ist ein politischer Kampf, in dem es darauf ankommt, das Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen, um den § 218 zu beseitigen. Aber selbst die Beseitigung des § 218 wäre keine Lösung der Probleme, die zur Abtreibung zwingen. Diese Lösung kann nur der Sozialismus sein, wo die Kinder aufhören, eine Belastung für die Frauen und die Familien zu sein, sondern ausschließlich der Garant sind für die lichte Zukunft der Arbeiterklasse, die die Volksmassen erfolgreich führt zur Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung.

–J.S.–

"Weg mit dem Bundesverfassungsgericht!"

Die Gruppe "Frauen für den Kommunismus" hat zurecht darauf hingewiesen, daß die Forderung **"Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!"** ausdrücklich zu einer der Losungen einer Aktionseinheit für die ersatzlose Streichung des § 218 gemacht werden muß (KVZ 9/75). Diese Losung ist in den drei Losungen:

Weg mit dem § 218!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

grundsätzlich enthalten. Tatsächlich ist es jedoch richtig, diese Forderung ausdrücklich zu erheben und in die Grundlage der Aktionseinheit aufzunehmen. Einerseits soll dieser Urteilsspruch das letzte Wort in der Auseinandersetzung um den § 218 sein und andererseits räumt die Aufnahme dieser Losung auch Mißverständnisse über die Losung "Das Volk selber soll entscheiden!" aus. Mit dieser Losung ist gemeint, daß das Volk selbst über die Geltung des § 218 entscheiden soll, und nicht irgendwelche hohen Häuser und hohen Gerichte des bürgerlichen Staates. Wir werden auf dem Treffen mit den Komitees am 31.5./1.6. vorschlagen, die Forderung "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes" an zweiter Stelle aufzunehmen in die Forderungen der Aktionseinheit, sowie in die Unterschriftensammlung während der Vorbereitung der Demonstration am 21. September.

Anmeldung für das Treffen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 beim Zentralen Büro des KBW.
6800 Mannheim 31
Sandhoferstr. 29
Tel.: 0621/36012
/36013

–Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß–

Nach der Wahl in Heidelberg:

Oberbürgermeister will Wahlrecht ändern

Bei der Kommunalwahl in Heidelberg hat der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) 3,6 % der abgegebenen Stimmen bekommen und einen Sitz im Gemeinderat erobert. Schon dieser bescheidene Erfolg und die Aussicht auf einen kommunistischen Stadtrat hat die Amtsstuben durcheinandergebracht. In mehreren Pressemeldungen wurden Äußerungen des Oberbürgermeisters Zundel herausgestellt, in denen dieser vor dem KBW warnte und die Abwehrfront aller bürgerlichen Parteien forderte.

Auf Grund dieses Wahlergebnisses forderte der Oberbürgermeister eine Änderung des in Baden-Württemberg geltenden Wahlrechts. Dort können auch diejenigen ihre Stimme abgeben, die in der betreffenden Stadt nur ihren Zweitwohnsitz haben. Das trifft, so Zundel, meist für Studenten zu, und Studenten hätten dem KBW zu einem Sitz im Gemeinderat verholfen. Deshalb müsse man diese Regelung für die nächsten Wahlen ändern.

Zundels Versuch, mit Hinweis auf "Studentenstimmen" den Erfolg des KBW zu schmälern und ein wenig Progromhetze zu betreiben, ist nicht einmal das Wichtigste an seinem Vorgehen. Er hat vielmehr ganz grundsätzlich klar gemacht, was Wahlen in der bürgerlichen Demokratie bedeuten: zu guter Letzt nichts als ein Theaterspiel, dessen Textbuch schnell von der Bourgeoisie geändert wird, wenn es nicht mehr ganz nach ihrem Geschmack verläuft. Daß die politische Auffassung derjenigen Wähler, die KBW gewählt haben, durch eine Wahlrechtsänderung nicht geändert wird, dürfte auch Zundel klar sein. Gewählt werden darf aber eben nur, solange richtig, d. h. die Bourgeoisie gewählt wird. Das fängt bei einem Sitz in einem Stadtparlament an und gilt natürlich erst recht, wenn Parlamentsmehrheiten auf dem Spiel stehen sollten.

–D.H., Heidelberg–

Willkürliche Durchsuchung

Norden. Vier höhere Beamte der politischen Polizei aus Aurich, in Begleitung eines Herrn von der Stadtverwaltung Norden, durchsuchten am vergangenen Mittwoch einen Raum, der der Kommunistischen Gruppe Norden und der Kommunistischen Schülergruppe Norden als Sitzungsraum dient.

Mit Hilfe eines Schlossers waren sie bereits vor Eintreffen der benachrichtigten Genossin in den Raum eingedrungen. "Legitimiert" mit einem höchstrichterlichen Papier durchwühlten sie sämtliche Aktenordner, Bücher und Broschüren auf verborgene Zettel. Ihre Ausbeute nach einer Stunde: Ein Griechisch-Heft eines ehemaligen Oberschülers, ein "Aktionsprogramm der Kommunistischen Schülergruppe", Material für Stelltafeln, eine angebrochene Packung Kleister, einige Maiplakate des KBW und einige belanglose Papiere.

Sie "begründeten" die Durchsuchungsaktion mit in Norden geklebten Maiplakaten, von denen eines angeblich an der Rathaustür geprangt haben soll. Kriminaloberkommissar Windgätter plauderte aus, worum es wirklich ging: "Sie können sich den ganzen Ärger der Durchsuchung ersparen, wenn sie uns gleich eine Mitgliederliste aushändigen", sagte er sinngemäß.

–H.S., Kommunistische Gruppe Norden–

Ärztetag und „Kostenexplosion"

Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wälzt der Staat die Kosten auf die Versicherten ab./ Die Versicherungskosten müssen durch die Kapitalisten bestritten werden

Vom 6.–10. Mai fand in Hamburg der 78. Deutsche Ärztetag statt. Es wurde diesem Ärtzetag in der Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit geschenkt, denn seit einigen Wochen gibt es eine zunehmende Diskussion um die Zustände im Gesundheitswesen.

So schreibt die 'Frankfurter Rundschau' am 9.3. vom "Geschäft mit der Krankheit", der 'Spiegel' vom "Kampf um die Kassen-Milliarden", Bundeskanzler Schmidt will "ganz massiv gegen Ärzte" vorgehen. Anläßlich des Deutschen Ärztetages protestierten am Mittwoch, den 8.5., rund 400 junge Ärzte vor dem Tagungsort mit dem Transparent: "Wir Ärzte sagen den Standesfunktionären – Kein Geschäft mit der Krankheit!"



Während des Ärztetages demonstrierte vor dem Tagungsort die Aktionsgemeinschaft unabhängiger Ärzte. Ihre Forderungen laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß das Gesundheitswesen billiger werden müsse und kein Geschäft sein dürfe. Für die Lohnabhängigen werden solche Forderungen aber wenig nützen und fromme Wünsche bleiben, wenn sie nicht die Einrichtungen des Gesundheitswesens unter ihre Kontrolle bekommen.

In der bürgerlichen Presse ist gegenwärtig viel von der "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen die Rede. Auf dem Ärztetag erklärte der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Muschalik: *"Mehr Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen gegenüber seiner Gesundheit ist der einzige Weg, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen einzudämmen."*

Worin besteht diese Kostenentwicklung? In der Zeit von 1971 bis 1973 haben sich die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen um fast 50 % erhöht. Erhöht haben sich auch die Kosten für die niedergelassenen Ärzte und die Arzneimittel.

Bezahlen mußten dies die Versicherten, deren Beitragssätze mancherorts schon 11 % übersteigen.

Verursacht hat diese "Kostenexplosion" vor allem die SPD/FDP-Regierung durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972. Mit diesem Gesetz hat der Staat die Defizite der Krankenhäuser, die er bislang ausgleichen mußte, auf die Krankenkassen und damit auf die Versicherten abgewälzt. So stieg z. B. infolge dieses Gesetzes der von den Kassen zu zahlende Pflegesatz an den Uniklinken Heidelberg um 100 %. 1974, das Jahr, in dem das Krankenhausfinanzierungsgesetz zum erstenmal gültig war, mußten die Kassen für das Krankenhauswesen ein Drittel mehr ausgeben als zuvor. Während die Versicherten so bei schlechteren Leistungen, z. B. durch Abbau der Krankenhauskapazitäten und kürzere Verweildauer, höhere Beiträge bezahlen mußten, konnte der Staat den Kapitalisten erkleckliche Summen als Subventionen zuschießen.

Abbau der Leistungen ist das Programm der bürgerlichen Politiker für das Gesundheitswesen und Abwälzung aller Kosten auf die Lohnabhängigen. Klar ausgedrückt hat dies Staatssekretär Wolters (SPD) vom Gesundheitsministerium, der feststellte: "*. . . für die Krankenhausplanung der Länder (ergibt sich) die Notwendigkeit der Bettenreduktion, jedenfalls höheren Maßes, als sie zur Zeit erkennbar ist. Ziel muß sein, die Krankenhaushäufigkeit und die Verweildauer zu senken. Ein Ausbau von Bettenkapazitäten würde . . . genau die gegenteiligen Folgen haben.*"

Plünderung der Kassen ist dagegen die Devise der niedergelassenen Ärzte und der Pharmaindustrie, die sich an den Geldern der Versicherten gesundstoßen. *"Das harte Geschäft besteht vor allem darin, mit flinken Fingern den Krankenkassen in die Tasche zu greifen. In dieser Kunst haben es die Ärzte zu wahren Meisterschaften gebracht,"* schreibt dazu der 'Spiegel' vom 12.5.1975, dem man auch entnehmen kann, daß die niedergelassenen Ärzte in den letzten zehn Jahren im Schnitt "um gute 13 %" jährlich mehr von den Großkrankenkassen kassiert haben.

Daß sich bei dieser Lage der Staat und die Ärzte in die Wolle kriegen und Schmidt den Ärzten den Kampf ansagt, kann nicht wundern. Denn die SPD/FDP-Regierung will, daß der durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz eingeleitete Abbau der Gesundheitsversorgung möglichst unbemerkt durchgesetzt werden kann. Ihr Interesse am Abbau der staatlichen Leistungen im Gesundheitswesen, um z. B. die Investitionsprämien für die Kapitalisten finanzieren zu können, steht dem der Ärzte, die dort möglichst viel herausholen wollen, entgegen.

Einig sind sie sich darin, daß in letzter Instanz die "Kostenexplosion" an den Lohnabhängigen liege, die zu oft und zu lang und zu schnell krank wären. Bundesgesundheitsministerin Focke gab auf dem Ärztetag den angesichts der steigenden Arbeitshetze zynischen Rat, man müsse sich "gesundheitsgerechter" verhalten. So sollen im Gesundheitswesen die Lasten der gegenwärtigen Krise gleich zweifach auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden: sie sollen mehr bezahlen und weniger und schlechtere gesundheitliche Dienste erhalten.

Für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen stellt sich bei dieser Lage verschärft die Frage, was für ein Versicherungs- und Gesundheitswesen sie brauchen, um ihre Arbeitskraft vor der schlimmsten Zerstörung durch die kapitalistische Ausbeutung zu schützen.

Die versicherten Lohnabhängigen brauchen Kassen , die ausschließlich von denen verwaltet werden, die diese Kassen finanzieren. Das aber sind die Lohnabhängigen selbst. Denn das Geld, das sie brauchen, um ihre Gesundheit zu erhalten, damit sie ihre Arbeitskraft wieder verkaufen können, was ist das anderes als ihr Lohn. Und die Arbeiter müssen sich das Recht nehmen, auch über den Teil des Lohnes zu bestimmen, den sie zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit brauchen. Trotzdem sitzen die Kapitalisten zur Hälfte in den sogenannten Selbstverwaltungsorganen der Versicherten.

Daß sie dort sitzen, begründen sie damit, daß sie ja die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge bezahlen würden. In Wirklichkeit bezahlen sie aber nur einen Teil des Lohnes, den sie einbehalten, in die Kassen. Ganz als ob sie die halbe Autosteuer, die ein Arbeiter zahlt, von seinem Lohn abziehen, sie an das Finanzamt abführen, um sich anschließend an das Steuer zu setzen. Wer würde da die Türe nicht öffnen und diese unerwünschten Schmarotzer rausschmeißen?

Schluß gemacht werden muß auch damit, daß die Lohnabhängigen die Hälfte der Kassenbeiträge von ihrem ausbezahlten Lohn bezahlen. Denn es haben sich diese Kassen die Gewohnheit zugelegt, fast nach jeder Tarifrunde die Beiträge anzuheben und so das Geld, das man in der Tasche hat, zu vermindern. So wie der Arbeiter von seinem Kapitalisten den Lohn fordern muß, den er braucht, um seine Arbeitskraft zu erhalten, so müssen die Lohnabhängigen von der Kapitalistenklasse fordern, daß sie die gemeinschaftlichen Einrichtungen der Lohnabhängigen zur Erhaltung der Arbeitskraft finanzieren. Es wird dann auch unmöglich sein, über die Kassenbeiträge die Lohnabhängigen zu schröpfen. Der Plünderung der Kassen und der Verschlechterung der Gesundheitsleistungen wird man so am besten entgegentreten mit der Forderung:

"Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird. Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten." (Aus dem Programm des KBW)

–e.r.–

Einheitlicher Verband der Studentenschaften gegründet

Ein Programm das es ermöglicht die politischen Rechte der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat zu verteidigen

Vom 8. bis zum 13. Mai versammelten sich in Gießen die gewählten Vertreter der Studenten von über 160 Hochschulen Westdeutschlands und Westberlins, um einen einheitlichen Verband (Vereinigte Deutsche Studentenschaften, VDS) zu gründen.

Im neuen Verband sind damit fast alle Hochschulen vertreten. Der Verbandgründung war eine scharfe politische Auseinandersetzung in der Studentenschaft vorausgegangen. Und es hat seitens der verschiedenen Studentenorganisationen nicht an Versuchen gefehlt, die Zustimmung zum Zusammenschluß an ihre Absicht, den neuen Verband politisch zu dominieren, zu binden. Alle diese Manöver haben nichts genutzt.

Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegenüber dem bürgerlichen Staat wird immer mehr Studenten ersichtlich. Daher konnte es sich keine der bürgerlichen Parteien und ihrer Studentenorganisationen leisten, die Gründung des Verbandes zu hintertreiben. Sogar die CDU-Studenten mußten sich an der Gründung beteiligen.

Der Zusammenschluß der Studenten hat bloß einen Sinn, wenn er gegen den bürgerlichen Staat gerichtet ist. Der Staat steht ihnen in allen ihren Belangen gegenüber. Ob es sich um die schlechte materielle Versorgung handelt, ob es um die Kastration der Wissenschaft und Beugung der Wahrheit im bürgerlichen Interesse geht, ob sich die Studenten gegen direkte politische Verfolgung zur Wehr setzen müssen, jedesmal ist es der bürgerliche Staat, der ihnen gegenübersteht.

Es konnte daher die Verbandgründung schwerlich erfolgen, ohne daß die verschiedenen bürgerlichen Parteienvorstellungen, denen die Mehrzahl der Studenten im großen und ganzen anhängt, gehörig Federn lassen mußten.

– Die CDU-Studenten waren angetreten, den neuen Verband von vornherein auf die Bestätigung der herrschenden Gesellschaftsordnung festzulegen und seinen Wirkungskreis gänzlich auf Studienfragen einzuschränken. Ihnen wurde zugemutet, einem Verband beizutreten, der für sich in Anspruch nimmt, die Auffassungen der Studenten zu allen politischen Fragen darzulegen und sie in allen politischen Angelegenheiten zu vertreten. Sie haben sich darauf eingelassen, weil sie sonst allen politischen Einfluß unter den Studenten verloren hätten.

Die DKP-Studenten, die unter dem Namen MSB Spartakus und SHB auftraten und gemeinsam den größten Stimmenblock bildeten, versuchten, die politische Bewegungsfreiheit des Verbandes einzuschränken, indem sie ihn in die Grauzone zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit einschnüren wollten. Die Mehrheit der Studentenvertreter lehnte es jedoch ab, die Verfassung gegen ihre eigene Wirklichkeit zu verteidigen und zog es vor, von handfesten Interessen auszugehen. Eine interessante Feinheit der Hausmachtpolitik der DKP-Studenten bestand noch darin, daß sie für die Wahl des Vorstandes und des Präsidiums und weitere satzungs- und geschäftsordnungsmäßige Bestimmungen grundsätzlich Zweidrittel-Mehrheit festlegen wollten. Das bezeichneten sie als das "Prinzip des Einigungszwanges". Für die abgeschmackte Vorstellung, daß es irgendetwas mit Einigung zu tun hat, wenn durch Geschäftsordnungsvorschriften die offene politische Auseinandersetzung und der Kampf um Mehrheiten in Hinterzimmerabsprachen und Intrigen verwandelt wird, konnten die DKP-Studenten ebenfalls keine Mehrheit finden, sondern es soll nach dem Wunsch der Studenten einigermaßen demokratisch zugehen im neuen Verband. In der Abstimmung des Aktionsprogrammes, die dann schon mit einfacher Mehrheit erfolgte, mußten es die DKP-Studenten dann auch erleben, daß sie mit ihren Vorstellungen keine Mehrheit bilden konnten.

– Die Juso-Hochschulgruppen, die der SPD angehören, erwiesen sich in dieser Lage als elastischer. Sie muteten den Studenten nicht zu, sich auf den Grundsätzen des Godesberger Programms oder der Regierungserklärung von Helmut Schmidt zu vereinigen, womit sie auch elendiglich gescheitert wären. Sie schlugen zusammen mit sozialistischen Basisgruppen ein Programm vor, das im großen und ganzen davon ausgeht, daß die Studenten ihre politischen Rechte verteidigen müssen gegenüber dem bürgerlichen Staat, oder er streicht sie ihnen. Auf Grundlage dieses Programmes war es möglich, eine Mehrheit in der Versammlung zu bilden. Jedem fortschrittlichen Studentenvertreter war klar: obzwar dieses Programm dem Zusammenschluß der Studenten durchaus keine klare Richtung gibt, so stellt es doch keine Bedingungen, die unzumutbar wären, und ist gegenüber dem bürgerlichen Staat keine Fessel.

– Der kommunistischen Fraktion, die sich aus Studentenvertretungen zusammensetzt, die von Studentenorganisationen des KBW gestellt werden, gelang es im Verlauf des Kongresses im großen und ganzen, ein Zukreuzekriechen der Versammlung vor dem bürgerlichen Staat zu verhindern, obschon eigentlich jede der bürgerlichen Studentenorganisationen versuchte, an irgendeiner Stelle eine solche Verbeugung unterzubringen.

Im übrigen bestand unsere Absicht darin, den Zusammenschluß der Studenten im Rahmen einer demokratischen Satzung und mit einer politischen Stoßrichtung gegenüber dem bürgerlichen Staat zu betreiben. In dieser Hinsicht haben wir gewisse Erfolge erzielt, insbesondere wenn man bedenkt, daß wir gegenwärtig nur 8 % der Stimmen stellen. So gelang es beispielsweise, eine nahezu einmütige Aufnahme der Forderung: "Weg mit dem § 218!" (drei Gegenstimmen und wenige Enthaltungen von über 750) in das Aktionsprogramm des Verbandes zu erreichen, was nach den Segnungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung an Hochverrat grenzt.

–H.J.–

Resolution zur DGB-Jugenddemonstration

Die Vollversammlung der Berufsschullehrerstudenten der Universität Bremen beschloß am 12.5.1975 folgende Resolution zur Ausbildungsmisere, Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung:

"Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Bremen wächst ständig. Sie liegt bereits bei 1 245 Arbeitslosen unter 20 Jahren. Das Arbeitsamt erwartet für den Sommer zwischen 4 000 und 5 000 Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, kann aber nur zirka 3 055 Lehrstellen anbieten. Gleichzeitig wurden in Bremen 40 Lehrerstudenten nicht eingestellt, darunter bisher fünf des Studiengangs Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Die Vollversammlung fordert die Studenten auf, den Kampf der Arbeiterjugend gegen Ausbildungsmisere und Jugendarbeitslosigkeit aktiver zu unterstützen und an der vom DGB beschlossenen Demonstration am 15. 5. unter folgenden Forderungen teilzunehmen:

Die Berufsausbildung muß der Kontrolle der Unternehmer und ihrer Kammern entzogen werden und in öffentliche Kontrolle übergehen! Die Gewerkschaften und Betriebsräte müssen Inspektions- und Zugangsrecht zu den Berufsschulen haben!

Generelle Einführung des 10. Schuljahres, in dem auch praktische Kenntnisse über die Produktion vermittelt werden! Jugendliche Arbeitslose müssen das Recht haben, in der Berufsschule an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl teilzunehmen! Sie müssen soviel Unterricht erhalten, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können! 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen! Alle ausgebildeten Lehrerstudenten müssen sofort eingestellt werden! Arbeitslose Schulabgänger müssen als Arbeitslose anerkannt werden und ein Arbeitslosengeld erhalten, das zum Leben reicht! Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müssen von den Unternehmern allein getragen werden!"



Verden. Am Sohnabend, den 3. Mai, fand eine erneute Demonstration der Verdener Jugendlichen für ein Jugendzentrum statt. Diesmal waren es ca. 270 Jugendliche, welche durch die Stadt zum Kundgebungsplatz demonstrierten.
Es wurden Solidaritätsadressen der zwei Verdener Gymnasien und der GEW verlesen. Gefordert wurde, daß auf der Haushaltssitzung am 13.5. das Jugendzentrum im Haushalt von 1975 berücksichtigt wird.

Kein Abbau der Fahrkostenerstattung

Kaiserslautern. Vor Ostern wurde bekannt, daß die Regierung von Rheinland-Pfalz die Fahrtkostenrückerstattung für Schüler einschränken oder einstellen will. Gegen diesen drohenden Beschluß wurden von den Schülervertretungen der Stadt sowie von spontan gebildeten Komitees eine Unterschriftensammlung organisiert und Resolutionen verfaßt. Die einstimmige Forderung lautete: "Keine Einschränkung der Fahrtkostenrückerstattung."

Bis zum 7.5. wurden innerhalb von acht Tagen an die 6 500 Unterschriften gesammelt. An diesem Tag wurde vom Ministerium erklärt, daß die bisherige Fahrtkostenregelung außer Kraft gesetzt wird. Die neue Regelung sieht vor, daß die Schüler der 11.–13. Klassen gar nichts mehr bezahlt bekommen und von den Schülern der 5.–10. Klasse nur noch diejenigen, die außerhalb des Schulorts wohnen. Aber auch deren Eltern sollen ab dem Schuljahr 1975/76 noch einen Sockelbetrag bezahlen.

Am Samstag, den 10.5., kam Kultusminister Vogel ins Pfalztheater nach Kaiserslautern. Dabei wurde eine Kundgebung der Schülervertretungen durchgeführt, in der von Vogel Rechenschaft verlangt wurde. Vogel ging mit Polizeischutz an den 250 Schülern vorbei und reagierte nicht auf die Sprechchöre, die ihn zur Rechenschaftsablegung ans Megaphon riefen, ebenso weigerte er sich, die gesammelten Unterschriften anzunehmen.

Daraufhin zog eine spontane Demonstration durch die Stadt. In der Fußgängerzone fand eine Kundgebung statt, auf der Vertreter der Schülervertretungen, der Aktionskomitees und der Kommunistischen Schülergruppe sprachen. Der Demonstrationszug zog dann wieder vor das Pfalztheater und wartete dort auf Vogel. Als dieser nach über einer Stunde endlich kam, waren die Demonstranten auf etwa 60–80 geschrumpft. Wieder wurde von Vogel Rechenschaft gefordert, wieder nahm er die Unterschriften nicht an, wieder bahnte er sich mit Polizeiunterstützung den Weg und fuhr mit Blaulicht und Sirenen eskortiert weg.

–t., Kaiserslautern–

Demonstration der Arbeiterjugend

Am Samstag, den 10.5. nahmen über 2 000 Jugendliche und auch einige ältere Kollegen in Nürnberg an einer Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung teil. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte der Kreisjugendausschuß des DGB.

Getragen wurde die Demonstration hauptsächlich von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterjugend. In ihr kam der Unmut der Arbeiterjugend mit der bestehenden Ausbildungssituation zum Ausdruck, die in den Händen der Kapitalisten liegt.

Die Demonstration richtete sich hauptsächlich gegen den Lehrstellenmangel, die Jugendarbeitslosigkeit und die Drohung der Kapitalistenklasse, die Zahl der Ausbildungsplätze noch weiter einzuschränken, falls ihre Ziele in der Berufsausbildung nicht durchgesetzt werden. In den Parolen und Transparenten kam der vielfältige Protest der Jugendlichen zum Ausdruck, aber gleichzeitig auch noch die Meinungsverschiedenheiten darüber, unter welchen Forderungen die Jugendlichen für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen müssen. Parolen wie "Die Bosse verdienen das große Moos – wir dabei sind arbeitslos", "In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nichts" wurden von der Mehrzahl der Jugendlichen mitgetragen. Ebenfalls mitgetragen wurden die Forderungen "Weg mit der Stufenausbildung", "Unterricht für arbeitslose Jugendliche und Hilfsarbeiter in einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl – Unterricht in dem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können" und "Anerkennung aller Schulabgänger, die keine Lehrstellen finden, als Arbeitslose!"

Unter diesen Forderungen hatte sich in Nürnberg noch die Minderheit der Jugendlichen gesammelt. Es wird aber notwendig sein, die Auseinandersetzung um die richtigen Forderungen der Arbeiterjugend verstärkt zu führen.

–F., Nürnberg

Resolution

In einer Resolution anläßlich des 1. Mai fordert die Jugendvertretung von VFW Fokker, Werk Einswarden, die Abschaffung der Stufenausbildung und "eine Einheitsschule, die eine einheitliche Ausbildung aller Jugendlichen gewährleistet".

Freiburg

Am 19.4., einen Tag vor den Gemeinderatswahlen in Freiburg, erhielt die Lehrerin Brigitte Klack einen Brief des Oberschulamtes, in dem sie zu einem "Anhörungsverfahren" geladen wurde, da sie bei den Gemeinderatswahlen für den KBW kandidierte. Damit versucht das Oberschulamt, die bereits erfolgte Entlassung der Lehrerin jetzt sofort als fristlose Entlassung durchziehen zu können.

Wiesbaden

Der Ortsjugendausschuß und weitere jugendliche Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft führen dort zur Zeit die Aktion "Macht Stifte mit Köpfen" durch. Sie informierten die Kollegen aus anderen Betrieben und die Bevölkerung in der Stadt über die Ausbildungssituation bei der Post. Die Hauptforderungen in dieser Aktion sind: "Für eine Ausbildungsvergütung, die ein unabhängiges Leben ermöglicht! Für eine anerkannte Ausbildung der Postjungboten und der Angestellten!"

Bremen

Ca. 750 Studenten demonstrierten dort am 7.5. gegen die geplante Novellierung des Fachhochschulgesetzes. Der Bremer Senat will mit dieser Änderung die Bewegungsfreiheit der Organe der Studenten einschränken. Einhellig wurde auf der Abschlußkundgebung der Demonstration beschlossen, sich an der Bremer DGB-Jugenddemonstration am 15.5. zu beteiligen und auch durch die Unterstützung der richtigen Forderungen der Arbeiterjugend zu zeigen, daß sich die Studenten das allgemeine politische Mandat durch die Staatsbürokratie nicht nehmen lassen.

Münster

An der Fachhochschule Münster, Abteilung Steinfurt, wird in der Woche vom 5.5.–9.5. ein einwöchiger Streik gegen die neue Fachprüfungsordnung in den Bereichen Chemie und Versorgungstechnik durchgeführt. Mit der neuen Fachprüfungsordnung versucht der Staat, verstärkt die
ordnung versucht der Staat, verstärkt die
Ausbildung zu disziplinieren und unter Kontrolle zu bekommen. In einer Urabstimmung sprachen sich rund 3/4 aller Studenten für den Streik aus. Die Wahlbeteiligung betrug über 60 %.

Darmstadt

Neben dem Fachhochschullehrer Victor Pfaff sind an der dortigen Fachhochschule noch weitere Dozenten vom Berufsverbot betroffen. Gegen zwei Dozenten aus dem Fachbereich Architektur ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Dem südafrikanischen Dozenten Dr. Franz Lee droht die Ausweisung nach Südafrika, da seinem Einbürgerungsverfahren in die BRD nicht stattgegeben werden soll, wenn er ein Stipendium in Höhe von 27.000 DM, das er als "rassisch, sozial und politisch Verfolgter" erhalten hat, zurückzahlt, obwohl dies nicht vereinbart worden war.

Reutlingen

Das Kultusministerium Baden-Württembergs hat als Sparmaßnahme beschlossen, daß freiwerdende Assistenten- bzw. Dozentenstellen erst nach 6 Monaten wieder besetzt werden können. Angewandt wurde dieser Erlaß jetzt, nachdem im Fachbereich Chemie der Fachhochschule Reutlingen ein Assistent gekündigt hat. Diese Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen nahmen die Studenten dort nicht hin. Auf einer Vollversammlung am 19.4. wurde die sofortige Besetzung der Assistenten stelle gefordert, dem Kultusministerium wurde ein diesbezügliches Ultimatum bis zum 12.5. gestellt. Mit großer Mehrheit wurde für den 14.5. ein eintägiger Warnstreik und eine Demonstration beschlossen, falls das Kultusministerium die Forderung nach Besetzung der Stelle bis dahin nicht erfüllt hat.

Lüneburg

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat am 23.4. das Ausbildungsverbot für Peter Hoffmann, der sich für den Referendardienst in Schleswig-Holstein beworben hatte, bestätigt. Hoffmann war nicht in den Referendardienst eingestellt worden, weil er bei den Studentenschaftswahlen für die Rote Zelle Jura kandidiert hatte. Damit hat das Oberverwaltungsgericht die Berufsverbotepraxis jetz auch auf die Ausbildung von Rechtsreferendaren ausgeweitet.

Groß-Gerau

Die Mitgliederversammlung der GEW, Ortsverband Groß-Gerau Nord, vom 28. April fordert in einer Erklärung die Einstellung aller Lehramtsanwärter und "das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung am Arbeitsplatz". Sie forderte den Landesvorstand der GEW auf, noch im Mai eine hessische Protestversammlung der Lehrer zu organisieren. Sie wandte sich weiterhin gegen alle beamten- und dienstrechtlichen Vorschriften, die es Lehrern untersagen, über die Verhältnisse an den Schulen öffentlich zu berichten.

Berichtigung

In der KVZ Nr. 17 berichteten wir, daß in Baden-Württemberg 1975 rund 3 500 Lehramtsanwärter an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen nicht eingestellt würden. Richtig ist, daß 1975 ca. 800–1 200 und 1976 ca. 2 000 Lehramtsanwärter nicht eingestellt werden sollen.

Die Laufzettel müssen weg!

Unterschriftenschikane im Panzeraufklärungsbataillon 2

Kassel/Hessisch-Lichtenau. Seit Anfang Februar gibt es im Panzeraufklärungsbataillon 2 Laufzettel für Krankmeldungen. Ganze fünf Unterschriften müssen wir einholen, um zu "beweisen", daß wir nicht zwischen San.-Bereich und der Rückmeldung bei der Einheit "gegammelt" haben. Das ganze läuft unter dem Vorzeichen der Effektivierung des Dienstes, wie schon der "Laufschritt-Befehl" in der 1./2. vor etwa einem halben Jahr. Die Mannschaftsdienstgrade mußten während des Dienstes durch die Kaserne laufen. Dieser Befehl mußte zurückgenommen werden, weil zu deutlich war, daß wir damit schikaniert werden sollten und weil sich dagegen Protest erhoben hatte.

Auch die Laufzettel für Krankmeldungen sind eine Schikane und bedeuten eine permanente Kontrolle. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. **Die Laufzettel müssen weg!**

Krankmeldung am:	Uhrzeit:	
Ankunft SanBereich:	Uhrzeit:	Name des UvD:
Abgang SanBereich:	Uhrzeit:	Name d. SanDstGrd:
Rückmeldung Geschäftsz:	Uhrzeit:	Name des StbsDstSold:
Rückmeldung ZugFhr:	Uhrzeit:	Name des Zugfhr:

Nach Rückmeldung beim Zugfhr. Laufzettel aufs Geschäftszimmer!

79 Unterschriften für Neuwahl des Vertrauensmanns

Rotenburg/Fulda. Alheimer Kaserne. In den letzten Wochen wurde in der 2. Kompanie eine Unterschriftensammlung unter den Mannschaften durchgeführt, bei der sich der überwiegende Teil (79 Unterschriften) für die baldige Neuwahl des Vertrauensmannes auf einer Mannschaftsversammlung aussprach.

Auf der Versammlung sollte der amtierende Vertrauensmann zur Rechenschaft gezogen werden und neue Kandidaten genau von den Mannschaften geprüft werden.

Dieses entschiedene Eintreten der Mannschaften für ihre berechtigte Forderung nach einer funktionierenden Interessenvertretung war der Kompanie- und Bataillonsführung ein Dorn im Auge. Es ist nämlich so, daß der amtierende Vertrauensmann nur durch einen Taschenspielertrick seitens der Kompanieführung zu seinem Posten kam. Während der Abwesenheit eines großen Teils der Kompanie (Urlaub, Wache) wurden die in aller Eile aufgestellten Kandidaten unter Umgehung einer demokratischen Wahl in ihr Amt eingesetzt.

Die Unzufriedenheit mit diesem Zustand gärt nun schon lange unter den Mannschaften, zumal der Druck von der Kompanieführung, die Schikanen und die Anforderungen im Dienst immer stärker zunehmen und sich die Einsicht in der Kompanie breitmacht, daß etwas dagegen unternommen werden müßte.

Der Vertrauensmann, als Geschäftszimmersoldat, hatte nicht den geringsten Kontakt zu den Mannschaften, wohl aber ein vertrauensvolles Verhältnis zum Chef. Die überwältigende Anzahl der Unterschriften veranlaßte ihn zum Rücktritt, jedoch ohne sich für die Forderung nach einer Neuwahl auf einer Mannschaftsversammlung einzusetzen.

Das Vertrauensmänner-Wahlgesetz kennt nicht die elementarsten Rechte, die für eine funktionierende Interessenvertretung notwendig sind. Über die Absetzung eines Vertrauensmannes entscheidet nur das Truppendienstgericht, nicht jedoch die Mannschaften. Das Truppendienstgericht entscheidet nur auf Grund von Dienstvergehen. Eine Neuwahl gibt es grundsätzlich nicht.

So fühlte sich die Mannschaft an der Nase herumgeführt, als plötzlich der Stellvertreter zum Vertrauensmann ernannt wurde, der als ständige Ordonnanz ebensowenig mit den Mannschaften gemein hat wie sein Vorgänger und der ebensowenig durch die Mannschaft in seinem Amt bestätigt wurde.

Wir gaben unsere Forderungen daraufhin nicht auf, worauf sofort zwei willkürlich herausgegriffene "Rädelsführer" zum Bataillonskommandeur zitiert wurden, der ihnen die sofortige Zwangsversetzung in jeweils andere Kompanien verkündete. Die Begründung des Kommandeurs: Er hätte keinen Grund, sich über den Vertrauensmann zu beschweren, bisher wären sie gut mit ihm ausgekommen und er werde es nicht dulden, daß wir daran etwas ändern. Er will nicht, daß die Mannschaft den wählt, der ihr Vertrauen und nicht das der Offiziere besitzt.

Spontane Versammlung der Mannschaften

Gegen diese Maßnahme fand am Abend spontan eine Versammlung eines Teils der Mannschaften statt, auf der einstimmig (es waren zirka 25 bis 30 Soldaten anwesend) beschlossen wurde, den Bataillonskommandeur auf einer Kompanieversammlung unter Teilnahme der versetzten Soldaten zur Rechenschaft zu ziehen. Wie zu erwarten war, ist es dazu jedoch nicht gekommen. Die Herren Offiziere lassen sich nicht freiwillig zur Rechenschaft ziehen.

Jetzt kommt es darauf an, den Kampf gegen die Einschränkungen einer wirksamen Interessenvertretung, gegen die Strafversetzung und gegen die Disziplinarstrafen von 100 DM, die gegen die beiden versetzten Soldaten verhängt worden sind, weiterzuführen und mit der Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung in der Armee zu verbinden.

–pe–

Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen

Nienburg/Weser. Seit den Vorfällen in Stockholm laufen in den Kasernen der Bundesrepublik verstärkte Sicherheitsmaßnahmen. Das bedeutet für die Kameraden mehr Dienst, weniger Freizeit. Bei uns in der Clausewitz-Kaserne (Nienburg/Langendamm) begann es damit, daß am 1. Mai die Kameraden, die nicht nach Hause gefahren waren, kurzfristig zur Wache eingeteilt wurden. Seitdem ist die Mun-Wache von 15 auf 21 Mann verstärkt worden, und ein zusätzlicher Bereitschaftszug (27 Soldaten) mußte gestellt werden.

Gefreiter M.,



"Tag der offnen Tür"

Kriegerfest

"Erlaubte politische Betätigung"

Bremerhaven. Am 29. April wurde im Panzerbataillon 174 in Altenwalde durch einen Bataillonsbefehl die Teilnahme an "jeglichen" Maiveranstaltungen in Uniform verboten. Bisher war es noch erlaubt, zu gewerkschaftlichen Veranstaltungen in Uniform zu gehen. Mit dem Verbot soll verhindert werden, daß wir mit unserem Auftreten in Uniform für das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr demonstrieren. Dieses Recht aber brauchen wir, um gegen unsere Rechtlosigkeit und unsere schlechte materielle Lage in der Bundeswehr kämpfen zu können.

Was es mit dem Verbot auf sich hat, zeigt die Tatsache, daß wir wenige Tage zuvor als Ehrenzug (in Uni-
hat, zeigt die Tatsache, daß wir wenige Tage zuvor als Ehrenzug (in Uni-
form also) an den Feiern zum hundertjährigen Bestehen eines "Kriegervereins" teilnehmen mußten. Dabei hielt unser Bataillonskommandeur eine Rede, in der er auch von den ewigen Werten sprach, die die deutsche Wehrmacht verteidigt hätte. Er zitierte dabei den letzten Wehrmachtsbericht von 1945. Man sieht, die Bundeswehrführung versteht das Verbot politischer Betätigung recht einseitig.

Gefreiter W.,
Kommunistische Gruppe
Bremerhaven

"Tag der offnen Tür" bei der französischen Armee

Kaiserslautern. "Tag der offenen Tür" bei der französischen Garnison am 3. und 4. Mai. Soldaten müssen den Besuchern Flugblätter der Kommunistischen Gruppe Kaiserslautern und die Zeitung des französischen Soldatenkomitees wieder abnehmen. Das französische Soldatenkomitee erklärte in der Zeitung, daß die Soldaten an der Seite der Arbeiterklasse stehen. Das Komitee forderte den Abzug der französischen Besatzungstruppen aus Westdeutschland.

Soldaten aller Waffengattungen auf der Mai-Demonstration in Wilhelmshaven. Sie wurden vor den Verfolgungen der Feldjäger geschützt.

2 Wachsoldaten vor Kommandeurs – Wohnung

Offiziere haben Angst

Kassel. In der Blücher-Kaserne (Hessisch-Lichtenau) wurde der Überfall auf die deutsche Botschaft und eine angebliche Morddrohung gegen den Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Brüggemann, zum Anlaß genommen, die Wachen drastisch zu verschärfen. So werden jetzt die Wachen verdoppelt, statt einem laufen jetzt ständig zwei Wachsoldaten durch die Kaserne. Die Torwachen machen verstärkt Torkontrollen am Kaserneneingang. Die Unteroffiziere vom Dienst (UvD's) und einige Kraftfahrer vom Dienst (KvD) wurden bewaffnet. Aber damit noch nicht genug: Der Oberstleutnant Brüggemann hat sich aus Angst um sein Leben zwei Bundeswehrsoldaten vor die eigene private Haustür gestellt. Ins Stabsgebäude, wo die leitenden Offiziere sitzen, kommt man nur noch nach Ausweiskontrolle. Da muß man sich doch fragen, vor wem die Offiziere eigentlich so Angst haben. Wer außer den eigenen Soldaten kommt sonst in die Gelegenheit (bei den verschärften Sicherheitsvorkehrungen am Eingang), in das Stabsgebäude zu gehen? Haben sie vor den eigenen Soldaten Angst? Mit dem Überfall auf die Botschaft wird die vermehrte Wachschieberei für die Soldaten gerechtfertigt. Denn um nichts anderes geht es, als daß wir jetzt doppelt so oft Wache schieben müssen, nachdem unsere "Ausbildung" in den letzten Wochen durch häufige Nachtausbildung, d.h. mehr Dienst, "belebt" worden ist. Durch diese Verdoppelung müssen wir noch länger Dienst machen.

H., Soldaten- und Reservistenkomitee
Kassel/Hessisch-Lichtenau

„Feldjäger, macht, daß ihr wegkommt!"

Die Soldaten wurden auf der Mai–Demonstration geschützt

Wilhelmshaven. Die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee hat den 1. Mai unter den folgenden Forderungen vorbereitet und durchgeführt: "Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Bundeswehr" und "Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit". Mit einem Transparent, auf dem unsere Forderungen standen, nahmen vier Soldaten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine an der örtlichen DGB-Kundgebung teil. Als wir unser Transparent entrollten, erhielten wir von Kundgebungsteilnehmern breite Zustimmung. Viele kamen zu uns und erklärten ihre Zustimmung mit unseren Forderungen und unserem Kampf.

Immer wieder erklärten wir, warum wir gerade diese Forderungen am 1. Mai aufstellten. Viele, die vorübergingen, nickten zustimmend.

Ein DGB-Funktionär trat auf einen Soldaten zu und begrüßte unser Vorgehen. Soldaten stellten sich zu uns, und wir konnten neue Kontakte für unsere Arbeit gewinnen. Unsere Forderungen und unser Vorgehen stellte sich als richtig heraus. Das sind die Grundlagen, um uns an die Seite des Volkes zu stellen.

Die Kundgebung hatte gerade begonnen, als zwei Feldjäger kamen, um uns vom Platz zu holen. Diese Schurken befanden sich umgeben von über 1 000 Menschen; sie waren sich ihrer Sache daher nicht sicher und kamen deshalb in Zivil. Aufgeregt kramten sie ihre Ausweise hervor und forderten uns zum Mitkommen auf. Das hatten wir allerdings nicht vor. Wir riefen laut: "Die Feldjäger sind hier und wollen uns festnehmen!" Das machte sie nun noch nervöser, und sie baten uns, nicht so laut zu schreien. Viele wurden aufmerksam und wandten sich uns zu. Als die Menschen merkten, was da vor sich ging, war die Empörung groß. Das war den Feldjägern nun doch zu viel. Wie geschlagene Hunde zogen sie ab. Eine Kollegin rief ihnen nach: "Macht, daß ihr wegkommt!"

Die Feldjäger gaben sich jedoch nicht geschlagen. Von Kollegen erfuhren wir, daß sie an allen Ausgängen des Parks, wo die Kundgebung stattfand, ihre Leute postiert hatten, um uns hinterhältig abzufangen. Nach der DGB-Kundgebung veranstaltete die Ortsaufbaugruppe des **KBW ihre Mai-Kundgebung.** Nachdem diese mit dem Singen der Internationale beendet war, forderte der Redner die Teilnehmer auf, uns zu schützen und gemeinsam mit uns den Park zu verlassen. Es bildete sich ein Zug, an dem etwa 150 Menschen teilnahmen. Am Ausgang warteten schon die Feldjäger, die politische Polizei usw. Die vielen entschlossenen Menschen brachten sie in Verwirrung. Mit einem Wagen konnten wir der drohenden Verhaftung entkommen. Wir wurden von Feldjägern und der Polizei verfolgt, die uns jedoch nicht mehr einholen konnten.

Von Wachsoldaten einer Kaserne erfuhren wir, daß sie den Auftrag hatten, unseren Wagen zu umstellen und uns festzunehmen, sobald wir auftauchten. Noch lange nachdem wir weggefahren waren, diskutierten die beteiligten Menschen über das Eingreifen der Feldjäger. Dieses Beispiel zeigt, daß die Bundeswehr eine Armee gegen das Volk ist, daß aber der Kampf gegen die bürgerliche Armee erfolgreich ist, wenn die Soldaten sich mit der Arbeiterklasse verbinden.

Initiative für ein Soldaten- und
Reservistenkomitee Wilhelmshaven

Immer wieder kamen Kollegen ...

Großer Rückhalt für das Demonstrieren in Uniform

Hannover. Sechs Soldaten in Uniform demonstrierten am 1. Mai in Hannover unter der Forderung "Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr". In Hannover hatte sich erst kürzlich gezeigt, wie sehr die Soldaten dieses Recht brauchen, als drei Soldaten wegen politischer Betätigung strafversetzt worden waren. So war es dem Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover dann auch gelungen, einige Kameraden des "Aktionskreises demokratischer Soldaten" für die Demonstration unter dieser Forderung zu gewinnen.

Die anfängliche Ungewißheit über den Rückhalt, den das Auftreten in Uniform in der Bevölkerung haben würde, verschwand bei den Soldaten schnell: Gleich zu Anfang der Demonstration erhielten wir von einer Ordnerin DGB-Anstecknadeln, immer wieder kamen Kollegen auf uns zu und begrüßten die Beteiligung in Uniform mit der Aufforderung, daß wir uns auch in Zukunft nicht einschüchtern lassen sollten; ein Kollege spendierte sogar eine Runde Bier, und eine Kollegin sagte, daß sie zwar schon seit vierzig Jahren aktive Gewerkschaftlerin sei, daß sie aber noch nie Soldaten gesehen habe, die sich das Recht genommen hätten, auf einer Mai-Demonstration in Uniform aufzutreten. Dieses große Interesse nutzten wir, um in zahlreichen Diskussionen die Zustände in der Bundeswehr zu enthüllen und den Charakter dieser vom Volk getrennten Armee herauszustellen. Diese am 1. Mai gemachten Erfahrungen waren für die Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees eine wichtige Stütze für die zukünftige Arbeit, in der sie versuchen werden, weiter Klarheit über die Militärfrage zu verbreiten und jedermann für den antimilitaristischen Kampf zu gewinnen.

T., Soldaten- und
Reservistenkomitee
Hannover

Stahlarbeiterstreik in Dünkirchen

11 000 Stahlarbeiter streiken und besetzen das Werk

Dünkirchen/Frankreich. Seit dem 28.April streiken die 11 000 Arbeiter des Stahlkonzerns Usinor für eine Rücknahme der Akkordzeiten und für eine monatliche Lohnerhöhung von 250 Francs (etwa 150 DM) für alle gleich.

Die Arbeiter halten das Werk, das direkt an der französischen Kanalküste liegt und ein Ausmaß von 50 Quadratkilometer hat, besetzt. An den meisten Eingängen haben sie Barrikaden errichtet und Streikposten aufgestellt.

Die Belegschaft der Hütte Nr. 2 hat den Streik am 28.April abends um 9 Uhr begonnen. Sie hielt eine Streikversammlung ab, auf der die Kollegen die Rücknahme der angekündigten Kurzarbeit forderten. Die Direktion hatte bereits am 7. März für die Pfingstwoche eine Kurzarbeitsperiode von 5 Tagen angekündigt. Die Kollegen zogen vor die Verwaltung und besetzten die Büros.

Am Samstag, dem 3.Mai, rückten im Morgengrauen Polizeieinheiten der CRS gegen das Werk vor. Sie sollten die Verwaltung räumen. Das ist ihnen nicht gelungen. Der Erfolg der Polizeiaktion vielmehr war, daß jetzt der größte Teil der Belegschaft sich am Streik beteiligte und die Gewerkschaften CGT und CFDT sich hinter den Streik stellten. Unter Führung der beiden Gewerkschaften werden seitdem täglich in einem Saal in der Nähe des Werks Streikversammlungen abgehalten, an denen sich regelmäßig über 1 000 Kollegen beteiligen. Das Aufstellen der Streikposten zur Kontrolle der Eingänge wurde organisiert, gegen einen neuerlichen Polizeieinsatz wurden Barrikaden errichtet. Die Lage der Arbeiter wurde breit dargestellt: Die Arbeitsunfälle: Seit 1971 hat sich die Zahl der Arbeitsunfälle nahezu verdoppelt. Über 20 Kollegen sind seit 1962 bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen. Die Steigerung der Arbeitshetze: In der Gießerei müssen heute pro Einheit und während der 8-stündigen Arbeitszeit 24 Abstiche gemacht werden. Die Sicherheitsvorschriften dagegen lassen nur 20 Abstiche als Höchstzahl zu. Die enorme Umsatzsteigerung auf dem Rücken der Belegschaft: Der Umsatz hat sich 1974 gegenüber 1973 um 51,01 % (!) erhöht. Der Lohnkostenanteil dagegen ist von 1972 bis 1974 von 22,27 % auf 16,32 % gefallen! Das drückt die Rationalisierungen und die Steigerung der Arbeitshetze aus, das zeigt anschaulich, wie die Umsatzsteigerung aus den Kollegen herausgepreßt worden ist.

Um die Kurzarbeit zu verhindern, um die Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten, sei es das beste, die Akkordzeiten zu senken, erklärten die Kollegen. Und um die Einheit aller Teile der Belegschaft zu festigen, wurde außerdem eine monatliche Lohnerhöhung für alle gleich von 250 Francs gefordert. Die Kollegen haben diese Forderung von den Renault-Arbeitern übernommen, wo zum ersten Mal in Frankreich eine Forderung für alle gleich gestellt worden war. Die Renault-Arbeiter haben nach 7 Wochen Streik unter ungünstigsten Bedingungen kürzlich abgeschlossen und 140 Francs bekommen.

Die Gewerkschaften haben angekündigt, die Streikaktionen auf alle Werke des Konzerns in Frankreich auszudehnen. Die Dockarbeiter, die in Dünkirchen die Erzschiffe für Usinor entladen, verweigern bereits aus Solidarität mit den Stahlarbeitern die Entladung der Schiffe. Zu Solidaritätsaktionen ist es inzwischen auch in den Zuliefererbetrieben rund um das Stahlwerk herum gekommen.

Die Direktion hat sich bereit erklärt zu Verhandlungen. Sie fordert jedoch als Vorbedingung die Räumung der Verwaltung und die Aufhebung der Werksbesetzung.

–g.j.–



Die Delegation der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) bei der Ankunft in London. In der Mitte des Bildes N. Sithole, der Präsident der ZANU. Ganz links: Rex Chiwara, der Repräsentant der ZANU in Großbritannien und Westeuropa, der durch Veranstaltungen vielen Menschen bekannt ist.

Interview mit Präsident N. Sithole

Der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe braucht große Unterstützung

Am 10. Mai hatte ein Mitglied des Komitees Südliches Afrika (KSA) Heidelberg Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ndavaningi Sithole, dem Präsidenten der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe), der sich auf der Rückreise von der Commonwealth-Konferenz in Jamaica gerade in London aufhielt. Im folgenden Auszüge aus diesem Gespräch:

ZANU-Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Nr. 10 68 326

Genosse Präsident, welches Ergebnis hat die Commonwealth-Konferenz für den Kampf des Volkes von Zimbabwe gebracht?

Sithole: Eines der guten Ergebnisse der Konferenz war die Entscheidung, Mozambique finanziell nach seiner Unabhängigkeit zu helfen, und vor allem dann, wenn es die Häfen Beira und Laurenco Marques für Rhodesien sperrt. Das wird zweifellos helfen, Rhodesien wirtschaftlich bis zu einem gewissen Grad unter Druck zu setzen. Aber natürlich wird dadurch dieses unrechtmäßige Regime nicht zu Fall gebracht. Dazu braucht es mehr als wirtschaftliche Druckmittel. Darüberhinaus war die Konferenz nützlich, weil wir Gelegenheit hatten, unsere eigenen Ansichten breit unter den 34 anwesenden Nationen bekanntzumachen. In der Vergangenheit sprachen sie für uns, jetzt sprechen wir selbst für uns.

Welche Unterstützung für die Linie des bewaffneten Kampfes der ZANU hat die OAU-Konferenz im April in Daressalam gebracht?

Sithole: Die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) unterstützt den bewaffneten Kampf der ZANU, indem Präsident Nyerere (von Tanzania, d. Red.) die früheren FRELIMO-Ausbildungslager für die Ausbildung von Zimbabwern zu Verfügung stellt. Das eine Lager ist sehr groß, ein zweites wird bereits von ZANU-Kadern benutzt. Die Finanzierung dieser Lager liegt in der alleinigen Verantwortung der OAU. Daraus wird deutlich, daß die OAU als Organisation den bewaffneten Kampf unterstützt. Auf dieser Konferenz wurde festgestellt, daß, da Mozambique und auch Angola jetzt befreit sein werden, die OAU ihre militärische Aufmerksamkeit auf Zimbabwe und Namibia konzentrieren wird. Ich bin sehr froh, daß wir die Unterstützung der OAU haben, wirklich konkrete Unterstützung.

Die ZANU arbeitet nunmehr innerhalb des ANC (Afrikanischer National-Kongreß). In welcher Weise?

Sithole: Ja, unser Ziel ist es – wegen der Umstände, unter denen wir arbeiten – die Prinzipien zu erhalten, für die die ZANU eintrat. Wir werden den bewaffneten Kampf aufrechterhalten, denn ohne diesen gibt es auch nicht die geringste Hoffnung, in Zimbabwe die Herrschaft der Mehrheit zu errichten. Die Prinzipien, für die die ZANU eingetreten ist, können nicht geändert werden, ohne den ganzen Kampf zu verraten.

Wurde die Linie des bewaffneten Kampfes der ZANU inzwischen im ANC akzeptiert?

Sithole: Ja, diese Linie wurde akzeptiert durch den ANC. Wir arbeiteten sehr angestrengt dafür, daß in dem im vergangenen Dezember verfaßten Dokument, der "Einheitserklärung von Zimbabwe", der bewaffnete Kampf mit aufgenommen wurde. Zum Beispiel heißt es im letzten Abschnitt dieses Dokuments: "Der ANC erkennt die Unvermeidbarkeit des bewaffneten Kampfes an", sodaß wir uns im Namen des bewaffneten Kampfes vereinigten, der von 1966 bis jetzt von ZANU geführt wurde. Das war erst auf dem Papier. Aber auch in der Praxis bringen wir mehr und mehr unsere neuen Kollegen dazu, unseren Standpunkt zu verstehen.

Wie ihr sicher gelesen oder gehört habt, akzeptiert der ANC jetzt die Doppelstrategie im fortgesetzten Kampf: politischer Kampf und militärischer Kampf. Außerdem möchte ich erwähnen, daß die ANC-Delegation, die an der Ministerkonferenz in Daressalam teilnahm, auch einige FRELIMO-Lager besuchte, um einen Eindruck davon zu bekommen, was der bewaffnete Kampf bedeutet. Die ZANU war also in der Lage, in sehr kurzer Zeit den ANC in Richtung auf die ZANU-Linie in Bewegung zu setzen, die wirklich die korrekte Linie unter den gegebenen Umständen ist.

Auf einen anderen Punkt will ich noch eingehen. Als der ANC gebildet wurde, war das größte Problem unserer Leute, wie die ZANU mit dem ANC arbeiten soll, der eine Politik der Gewaltlosigkeit verfolgte. Das war das größte Problem, da die Politik der ZANU die des bewaffneten Kampfes ist. Aber dann klärte das der Punkt 7 der Vereinigungserklärung. Und die Entwicklung seither ist noch überzeugender, weil auch der ANC den Weg des bewaffneten Kampfes einschlägt, wenn auch manchmal zögernd. Aber wir arbeiten auf einen einheitlichen Standpunkt in wichtigen Fragen hin.

Was ist mit dem sogenannten "Waffenstillstand"?

Sithole: Nach den Gesprächen in Lusaka sollte der Waffenstillstand in zwei Phasen erfolgen. Der ersten, dem informellen Waffenstillstand, d.h. einer Deeskalation der Guerilla-Aktivitäten, sollte ein formeller Waffenstillstand folgen, sobald das Datum der Verfassungskonferenz verkündet wurde und die Gespräche ein bedeutsames Stadium erreicht haben. Die nationalen Führer Zimbabwes sollten den formalen Waffenstillstand selbst verkünden. Aber sobald wir Lusaka im Dezember verlassen hatten, verkündete die rhodesische Regierung einen Waffenstillstand und befahl unseren Kämpfern, den Kampf einzustellen, ihre Waffen und sich selbst auszuliefern. Und unsere Kämpfer waren dadurch natürlich besonders wütend geworden und intensivierten den bewaffneten Kampf, um zu zeigen, daß sie nicht unter dem Kommando der rhodesischen Regierung arbeiten. Ich selbst bin der Ansicht, daß es natürlich keinen Waffenstillstand geben kann, solange es keinen guten Grund dafür gibt, den Kampf einzustellen. Und gegenwärtig gibt es keinen vernünftigen Grund. Einer der Gründe, weshalb ich erneut festgesetzt wurde, war, daß ich jede Zusammenarbeit hinsichtlich eines Waffenstillstandes verweigerte. Man erwartete von mir, daß ich den ZANLA-Kämpfern die Einstellung des Kampfes befehlen würde, aber ich weigerte mich, denn es gibt für uns dafür keinen Grund.

Genosse Präsident, Smith hat angekündigt, daß Du nach Deiner Rückkehr sofort erneut gefangengesetzt wirst. Gehst Du nach Rhodesien zurück?

Sithole: Das ist richtig; Smith hat angekündigt, daß er mich nach meiner Rückkehr nach Rhodesien wieder verhaften wird. Aber natürlich werde ich nicht nach Rhodesien zurückkehren. Ich werde früher oder später nach Zimbabwe zurückkehren. Es ist sinnlos, nach Rhodesien zurückzukehren, um dort im Gefängnis zu sitzen. Es nützt mehr, wenn ich frei und außerhalb Zimbabwes bin, so daß ich unsere Kräfte wirksamer organisieren kann, als es vom Gefängnis aus möglich ist.

Was kann die internationale Solidarität für Euren Kampf tun?

Sithole: Wir sind sehr dankbar für die Arbeit, die die Solidaritätsbewegung für uns geleistet hat. Ihr müßt wissen, daß das Geld und Material, das zu unserer Sache beigetragen wurde, von außerordentlicher Hilfe für uns war. Die Frauen und Männer an der Front fühlen sich sehr bestärkt, wenn sie wissen, daß sich in der Welt Solidaritätsbewegungen für ihren Kampf interessieren. Es ist von großer Bedeutung, daß unsere Kämpfer in Zimbabwe und auch in unseren Lagern das Gefühl haben können, daß sie internationale Unterstützung haben. Der bewaffnete Kampf braucht sehr viel nicht nur moralische, auch materielle Unterstützung. Diese materielle Unterstützung hat uns in die Lage versetzt, den Kampf mit mehr Begeisterung fortzusetzen und noch wirksamer zu machen.

Ich danke dem Volk in Westdeutschland für das fortgesetzte Interesse am Befreiungskampf in Zimbabwe und bitte Euch, in Eurer Hilfe für uns nicht zu ermüden, bis wir unsere Unabhängigkeit erlangt haben. Setzt Eure moralische und materielle Hilfe fort, so daß wir frei und unabhängig in unserem Land leben können. Ich sehe den Tag kommen, wo Westdeutschland eine Botschaft in einem freien und unabhängigen Zimbabwe haben wird.

Ich freue mich, daß ich Dich treffen konnte, und ich hoffe, Westdeutschland besuchen zu können, wie ich es bereits durch Rex Chiwara ankündigte.

E.B., Komitee Südliches Afrika Heidelberg

Libanon: Austritte aus der Phalange

Die revolutionäre Front wurde gestärkt

In der letzten KVZ berichteten wir über die Hintergründe des Angriffs der Phalange auf den palästinensischen Widerstand. Die folgenden Berichte zeigen, daß es den fortschrittlichen Kräften gelungen ist, im Gegenschlag die revolutionäre Front des Volkes zu stärken.

Mindestens fünfzehn Ortsverbände der faschistischen Phalange Partei haben geschlossen ihren Austritt aus der Partei erklärt, aus Protest gegen den chauvinistischen Versuch der Faschisten, die palästinensische Revolution im Libanon zu liquidieren. Wir veröffentlichen hier einen Auszug der Austrittserklärung des Ortsverbandes in Harmal als Beispiel:

"Uns ist jetzt klargeworden, daß die Terrorbanden der Phalangisten Hand in Hand mit den Zionisten arbeiten. Nach ihrem abscheuungswürdigen Verbrechen in Ain ar-Rummaneh erklären wir unsere Auflösung. Die finanziellen Mittel, über die wir als Ortsverband verfügen, stellen wir den nationalen Kräften und den Familien der Gefallenen zur Verfügung. Wir sind bereit, mit ihnen gemeinsam gegen diese verbrecherische Partei zu kämpfen."

Die 'Gruppen engagierter Christen' in verschiedenen Städten, besonders im Südlibanon, distanzierten sich von den Verbrechen der Phalangisten und sprachen ihr das Recht ab, im Namen der christlichen Libanesen zu sprechen. Als Beispiel zitieren wir aus der Erklärung der Gruppe in Saida:

"Wir protestieren gegen das Blutvergießen, das die Phalangisten veranstaltet haben, weil sie die Kampfkraft, die das palästinensische Volk für seine Befreiung braucht, schwächen und die Einheit zwischen Libanesen und Palästinensern im Kampf gegen den gemeinsamen Feind (Israel) zu zerschlagen versuchen."

Das heißt, daß die Basis der Phalangisten unter den libanesischen Christen ins Wanken geraten ist. All diesen Protesten und Austritten ist folgendes gemeinsam:

– Sie kommen aus Gebieten, in denen auch die christlichen Teile der Bevölkerung im größten Elend leben, wo also die Parteiführung ihren Mitgliedern nicht vormachen kann, daß die Vertreibung des palästinensischen Widerstands ihr wirtschaftliches und soziales Elend beheben kann. Andere Lösungen für die sozialen Fragen der Massen haben die Faschisten nicht zu bieten.

– Fast alle Proteste und Austrittsgesuche sind an die Kräfte der nationalen Bewegung und an den palästinensischen Widerstand gerichtet. Sie waren überall damit verbunden, daß die ehemaligen Parteimitglieder ihre Waffen an sie übergaben und nicht etwa an die Vertreter des Staatsapparates. Das zeigt die wachsende Unterstützung, die die palästinensisch-libanesische Einheitsfront bei großen Teilen der Bevölkerung findet und das Vertrauen der Bevölkerung in die Vertreter dieser Einheitsfront.

In Tripolis traten 80 Mitglieder der rechtsgerichteten Partei der freien Nationalisten aus der Partei aus, aus Protest gegen den Parteivorsitzenden Camil Chamoun, der zu den Verbrechen der Phalangisten geschwiegen hat und sie nicht verurteilte.

Alle Dörfer in der Umgebung von Saida (Südlibanon) haben auf einer Versammlung die Verbrechen der Phalangisten verurteilt und ihre Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand erklärt. Sie forderten die Mitglieder der Phalange in der Umgebung auf, ihren Austritt aus der Partei öffentlich zu erklären, sowie die Schließung des Parteibüros im Dorf Majdalun.

–Nidal–

(alle Zitate stammen aus: al-Hurriyya vom 5.5.1975)

Israelische Angriffe gegen den Südlibanon

Solange die Phalangisten das Werk des zionistischen Staates gegen die palästinensische Revolution vollführten, solange stellte dieser seine Angriffe gegen die südlibanesischen Grenzdörfer ein. Der israelische Ministerpräsident Rabin formulierte das so: *"Wir haben uns entschieden, keinen Gegenschlag auf die Tel Aviv-Operation durchzuführen, weil wir dabei sind, einen konfessionellen Krieg zu planen und zu erwarten, der im Libanon stattfinden und die gleiche Wirkung haben soll ..."* (Zeitung Al Sha'ab, 12.4.1975)

Nach der Niederlage der Phalangisten nahm die israelische Armee ihre täglichen Angriffe gegen den Süden Libanons wieder auf. (al-Hurriyya vom 5.5.1975)

Jordanische Truppen gegen den Befreiungskampf des Volks von Oman

Memorandum der PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans) an die Arabische Liga über die jordanische Einmischung in die Angelegenheiten des Volkes von Oman

Im folgenden drucken wir ein Memorandum der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) ab, in dem die PFLO eine scharfe Anklage erhebt gegen das Hussein-Regime von Jordanien. Jordanische Truppen werden zusammen mit Einheiten der kaiserlichen iranischen Armee, der britischen Luftwaffe und seit neuestem auch amerikanischen "Beratern" in Oman eingesetzt zur Unterdrückung und Zerschlagung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman. Das Hussein-Regime ist für die Imperialisten der Deckmantel, hinter dem sie ihr Interesse an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker des Nahen und Mittleren Ostens zu verbergen und mit dem sie ihre militärische Intervention auf der Arabischen Halbinsel zu verhüllen suchen.

Drahtzieher des von dem Hussein-Regime befohlenen Truppeneinsatzes gegen das Volk von Oman sind in Wirklichkeit die britischen und amerikanischen Imperialisten, von denen das Hussein-Regime vollständig abhängig ist. Der Imperialismus bedient sich des Königs von Jordanien, um ständig Zwietracht unter die Völker des Nahen Ostens zu säen.

Memorandum

Der 23. Juli 1970 eröffnete ein neues Stadium imperialistischer Aggression gegen das Volk von Oman. Es brachte eine neue Welle des Terrorismus und der Repression, die alles Vorhergegangene im Oman übertraf. Die Absetzung von Said B. Taimour als Sultan und seine Ersetzung durch seinen britisch erzogenen Sohn Quabus markiert den Beginn einer neuen Phase der Repression, deren hauptsächliche Folgen waren:

1. Die Verschärfung des Krieges im Oman, der am 9.7.1965 begonnen hatte und der seither sich immer weiter ausdehnte durch die Beteiligung mehrerer imperialistischer und reaktionärer Länder, die versuchen, das kollaborierende Regime in Maskat und ihre materiellen Gewinne im Oman zu erhalten. Zu den Briten gesellten sich in ihrem Krieg gegen das Volk von Oman der Iran, Jordanien, die USA und andere imperialistische und reaktionäre Kräfte.

2. Oman wurde allen Monopolen geöffnet und nicht länger britischen Geschäftsleuten alleine reserviert.

3. Der Unterdrückungsapparat wurde weiter perfektioniert: Hunderte von Experten, Offiziere und Söldner verschiedener Nationalitäten wurden eingesetzt. Auf diese Weise wurde die Verstärkung der Armee von Quabus von 3 000 Soldaten im Jahr 1970 auf 14 000 im Jahr 1974 erreicht – was die Kräfte in den verschiedenen Stämmen noch nicht einschließt. Die Armee selber verschlingt 60 % des Sozialprodukts – ein Hauptfaktor für den wirtschaftlichen Verfall des sonst reichen Sultanats!

Wir wollen in diesem Memorandum die Erklärung der Regierung in Maskat vom 1. März erläutern:

Das Sultanat von Oman hat bei Jordanien 31 Jagdflugzeuge des Typs 'Hawk' bestellt. 15 wurden bereits geliefert. Zusätzlich wurde ein jordanisches Infanterie-Bataillon geschickt, damit es sich am Krieg gegen "die Kommunisten" in Dhofar beteiligt, die in der PFLO organisiert sind.

Diese Rolle Jordaniens im Oman wurde ihm durch den britischen und US-Imperialismus zugewiesen. Der Plan der Imperialisten ist: die lokale Reaktion die Hauptrolle in der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen außerhalb der imperialistischen Länder spielen zu lassen. So sehen wir auch die Handlung des jordanischen Regimes an.

Die "Erfahrungen" der jordanischen Armee

Das jordanische Regime besitzt ausgezeichnete Erfahrungen in derartigem Geschäft durch seine Unterdrückung gegenüber dem palästinensischen Widerstand und auch gegenüber der jordanischen und arabischen nationalen Bewegung. Die Rolle, die Jordanien bei der Zerstörung der ägyptisch-syrischen Einheit spielte, seine Rolle als Wächter der zionistischen Interessen seit 1947, seine Rolle bei der Unterdrückung aller Versuche des palästinensischen Volkes seine Rechte wiederzuerlangen und seine Rolle seit dem Beginn des bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes im Januar 1965, ist wohlbekannt, wie auch, daß der erste Märtyrer der Al Fath durch jordanische Kugeln fiel. Dieses Regime schaffte es, den Widerstand in Jordanien zu liquidieren, wobei es Massaker veranstaltete, wie sie noch nicht einmal Israel ausführte. Das reaktionäre jordanische Regime stellte seinen verräterischen Charakter erneut unter Beweis, als es sich nicht an dem Oktoberkrieg beteiligte.

Alle diese Faktoren stellen Jordanien an die Spitze der Unterdrückung der arabischen Befreiungsbewegung, weshalb die Imperialisten ihm voll vertrauen als Werkzeug bei der Ausführung ihrer verachtenswerten Anschläge.

Nach der Liquidierung des palästinensischen Widerstandes in Jordanien nahm Hussein sich der Revolution im Oman an. Nach den Verbrechen König Husseins am palästinensischen Volk begann er damit, das omanische Volk zu massakrieren. Das jordanische Regime war das erste, das seine Dienste den Briten und Amerikanern im Oman anbot, das, noch bevor die jordanischen Streitkräfte ihre Arbeit gegen den palästinensischen Widerstand in Jarash und Ajloun 1970/71 beendet hatten. Der König war entschlossen, rasch seine repressive Rolle mehr als sorgfältig zu spielen. Die Erfahrung der jordanischen Armee, die sie in Massakern an Tausenden von arabischen Patrioten erworben hat, befähigt sie, die verwerflichsten Verbrechen zu begehen, egal, an welchen Platz sie dazu gestellt wird.

1972 kamen die ersten jordanischen Einheiten

Anfang 1972, als Reaktion auf das Scheitern der Oktober-November-Offensive der Quabus-Söldner gegen die befreiten Gebiete, begannen die jordanischen Kräfte im Oman mit der Landung. Die jordanische Anwesenheit war danach nicht mehr auf Experten und Offiziere beschränkt. Wie sogar die Nachrichtenagentur Reuter am 24.3.1974 berichtete "... *ist die Rolle der jordanischen Offiziere nicht wie früher begrenzt auf die Ausbildung omanischer Soldaten, sondern schließt jetzt jordanische Streitkräfte ein, die direkt in Schlachten in Dhofar verwickelt sind, was auf die Bitte von Quabus erfolgt.*"

Jordanien und Oman haben versucht, einen völligen Nachrichtenstopp über die Invasion Jordaniens im Oman zu verhängen. Dieser Nachrichtenstopp ist deshalb besonders notwendig, weil das Hussein-Regime in Jordanien völlig isoliert ist wegen seiner Verbrechen gegen das palästinensische Volk und seine mutigen Widerstandskämpfer. Aber das konnte nicht lange verborgen werden, und am 4.6.1972 mußte der König gegenüber der französischen Presse zugeben, daß er Truppen in den Oman geschickt hatte. *"König Hussein erklärte, daß er in naher Zukunft Truppen verschiedener Art in das Sultanat Oman senden werde, um den Soldaten Quabus in ihrem Kampf gegen Revolutionäre an die Hand zu gehen und daß die Vorbereitungen dafür im Gang sind."*

Am 12.6.1972 empfing Hussein eine Delegation aus dem Oman, die von Kultusminister Abdallah Tay geführt wurde und nach jordanischen Aussagen bedingungslose Unterstützung erhielt. Was diese Unterstützung angeht, so ging Oberst Hue Eldman, britischer Sekretär für die Verteidigung des Oman nach Jordanien, um die Einzelheiten der Übereinkunft für die Ausbildung omanischer Offiziere in Jordanien auszuarbeiten, sowie die Entsendung jordanischer Experten nach Oman. Im Juni 1972 erreichten die omanisch-jordanischen Beziehungen ihren Höhepunkt mit dem Besuch von Quabus in militärischen Einrichtungen und bei militärischen Manövern in Jordanien. In der Tat inspizierte er die Soldaten, die später in Dhofar eintreffen sollten.

Die jordanische Einmischung erfolgt nicht nur militärisch. Sie schließt auch diplomatische und politische Aktivitäten ein. Hussein schickte Dutzende Informations-Offiziere, die sich mit ihren verleumderischen Propaganda-Kampagnen gegen den palästinensischen Widerstand spezialisiert hatten.

Sie arbeiteten im kulturellen Bereich und im Erziehungswesen im Oman, um ihr Gift den jungen Leuten und den Massen im allgemeinen einzuimpfen. Der diplomatische Stab Jordaniens im Oman ist gleichsfalls aus Instrumenten der Reaktion zusammengesetzt. Von der Rolle, die Beduinen bei der polizeilichen Unterdrückung spielen, durch die die besten Söhne unseres Volkes starben, wollen wir gar nicht erst reden.

Die verschiedenen Seiten der Einmischung:

A. Die jordanischen Streitkräfte, die sich am Krieg beteiligen.

Das gleiche Infanteriebataillon, das den Terror in Jarash und Ajloun gegen den palästinensischen Widerstand anrichtete, steht im Oman. Dieses Bataillon ist berüchtigt für seine blutrünstigen Ausschreitungen in den befreiten Gebieten und der Spruch: "Du wirst sehen, wie wir uns der Fedayin in Jarash annahmen", spricht für sich. Unser Volk hat zahllose Akte des Terrors von diesem Bataillon erleiden müssen, Häuser und Ernten wurden zerstört, das Vieh abgeschlachtet. Die Anwesenheit dieses Bataillons wurde erst öffentlich bekannt, als unsere nationale Befreiungsarmee die Stadt Marbeth, 135 km östlich von Salalah, angriff. Bei diesem Angrif erbeuteten wir feindliche Waffen, zerstörten Stellungen und unter den getöteten feindlichen Offizieren war der Kommandant Ali Damour. Die Bekanntgabe seines Todes deckte die Anwesenheit dieses Bataillons auf.

2. Ein Pionierbataillon, stationiert auf einem zentralen Paß.

Die Aufgabe dieses Bataillons ist es, das Gebiet mit Stacheldraht und elektrisch einzuzäunen, wodurch die Bewegung der Nomaden abgeschnitten und weiter Karawanen und Herdenwege vermint werden.

3. Anti-Stadt-Guerilla-Einheiten

Ein Bataillon der Königlichen Wache, das im städtischen Guerilla-Krieg spezialisiert ist. Diese Kräfte griffen wir während der Restak-Ereignisse (8.November 1974) an, wobei der Genosse Ahmad Ali, Mitglied des Exekutivkomitees der PFLO, getötet wurde.

4. Verstärkte Zusammenarbeit zwischen iranischer und jordanischer Armee

Ein spezielles Infanterie-Bataillon, das im Oman am 1.März 1975 eintraf. Das ist eine Streitmacht, die durch Instruktionen Husseins besonders dafür vorbereitet ist, die iranischen Truppen zu verstärken, die bei ihrer Dezember 1974 - Offensive gegen die befreiten Gebiete schwere Verluste erlitten.

5. Einsatz der jordanischen Luftwaffe

Jordanisches Luftwaffenpersonal. Das Sultanat hat keine eigenen Piloten. Die Luftschwadrone sind aus britischem, iranischem und jordanischem Personal zusammengesetzt. Diese Tatsache zusammen mit der ersten Lieferung von 15 Flugzeugen von Jordanien ist ein klarer Beweis für die massive Unterstützung Jordaniens im Krieg gegen unser Volk.

B. Der Geheimdienst: grausame Folterknechte

Oman und der Arabische Golf sind verseucht durch jordanische Agenten zusätzlich zu den britischen, berüchtigt für ihre grausamen Foltermaßnahmen gegen unser Volk. Das sind Foltermaßnahmen, die selbst das an Bestialität übertreffen, was unter der Regierung Ben Teymour passierte.

C. Die Ausbildung von omanischen Ausbildern, Armeeoffizieren und Polizei durch Jordanien

Durch eine Stellungnahme von Quabus wurde das im März 1973 offiziell bestätigt. Zu Journalisten der Beiruter Zeitung An-Nahar sagte er: *"Jordanische Offiziere sind angekommen, um unsere Streitkräfte auszubilden."* Die Arbeit dieser Offiziere (die bei allen offiziellen Zeremonien auftauchen) beschränkt sich nicht auf die Ausbildung der Truppen vom Oman, sondern beinhaltet auch, Söldnertruppen aller möglichen Nationalitäten auszubilden. Darüber wurde in mehreren Zeitungen in Australien, den USA und Südafrika berichtet.

D. Die politische Anwesenheit Jordaniens im Oman

Die Parteinahme Omans mit Jordanien gegen die PLO ist bezeichnend und bedeutsam für diese Politik. Die Anwesenheit jordanischer Truppen gibt Hussein Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidungen des Sultanats. Wichtig ist es auch, die 6 Millionen Dollar zu erwähnen, die Jordanien von Quabus erhalten hat. Marshal Mohammed Abd-Dayam, jordanischer Botschafter in Muskat und einer der Verantwortlichen für die Massaker in Amman, besitzt große Macht im Oman, genau wie Marshal Amir Khamash, ein politischer Berater von Quabus. Beide stehen natürlich im vollständigen Dienste der jordanisch-amerikanischen Pläne.

Es gibt zahlreiche jordanische Funktionäre in Ministerien Omans, die die Politik der Regierung beeinflussen, wie der Außenminister, der zwar einen omanischen Namen benutzt, aber jordanischer Herkunft ist. Radio und Fernsehen sind gleichfalls mit jordanischen Agenten durchsetzt.

Mit diesem Memorandum beabsichtigen wir, unseren arabischen nationalgesinnten Brüdern die Wirklichkeit über die gefährliche Rolle offenzulegen, die Jordanien spielt bei dem Plan, die Kolonisierung unseres Landes durch Briten, Amerikaner und Iraner zu verbergen.

Exekutivkomitee der PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans), 5. März 1975

Übersetzt aus: Report der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP) Nr.9 vom 20.April 1975

Solidaritätsaktion

Braunschweig. Deutsche und ausländische Studentenorganisationen führen vom 5. bis 8. Mai und vom 12. bis 15. Mai auf Vorschlag des Kommunistischen Studentenbundes eine Solidaritätswoche mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und des Volkes von Oman durch. Erfolgreich wurden bisher zwei Veranstaltungen durchgeführt. Aufgedeckt wurde die rassistische Einstellung der Professoren Rosen und Lompe gegenüber dem palästinensischen Volk. Veranstaltungen zu Oman sowie zum Abschluß ein Solidaritätsfest folgen noch.

Aufruf des Roten Halbmonds

von Oman an alle demokratischen und friedliebenden Kräfte

Das 'Sultanat von Oman' erleidet einen verheerenden Krieg zwischen ausländischen Mächten, vor allem Großbritannien, dem Iran, Jordanien und seit kurzem den USA und dem ganzen reaktionären Regime des Sultanats auf der einen Seite und dem Volk von Oman auf der anderen.

In diesem Krieg ergriffen die ausländischen Mächte alle verbotenen Kriegspraktiken und Unterdrückungsmethoden.

Da die Patrioten tief im Volk verwurzelt sind, sind die Volksmassen das Ziel der Unterdrückung des Regimes, das eine Politik der totalen und kollektiven Bestrafung betreibt.

Wegen der offenen ausländischen militärischen Anwesenheit und ihrer politischen wie wirtschaftlichen Hegemonie entsteht der Volkswiderstand. Er ist ein natürliches Recht und eine Pflicht, die Unterdrückung und unrechtmäßigen Handlungen sind die Folge dieses Regimes.

Oman ist jetzt ein Staat, in dem der Bürger jeder Menschen- und Bürgerrechte beraubt ist. Er ist ein Staat ohne Bürgerrecht, wie der Jahresbericht von Amnesty International 1974 klarlegt.

Das herrschende Recht sind die militärischen Befehle und Erlasse, die auf keinerlei bürgerliches Recht gegründet sind. Die höchste Autorität ist der "nationale Verteidigungsrat", der durch britische Offiziere beherrscht wird, die die bewaffneten Streitkräfte befehligen wie auch die Sicherheitsdienste und Geheimdienste.

Der politische Kommissar ist die absolute Autorität in Sicherheitsangelegenheiten in jedem Regierungsbezirk (Wilayah) und diese (politischen Kommissare) sind entweder britische oder jordanische Offiziere. So ist das Recht in der Hand von Polizei und Geheimdienst. Da ist es nicht verwunderlich, daß das Schicksal der omanischen Bevölkerung gefährdet ist. Frühere Verhaftungs- und Terrorwellen zeigen, daß es keine Garantie für das Schicksal politischer Gefangener gab, sie wurden als Kriminelle eingestuft.

Bürger werden ohne besondere Anklage verhaftet und auf unbestimmte Zeit festgehalten.

Die Gefangenen werden brutal gefoltert, um Informationen und Geständnisse zu erzwingen. Einige der Gefangenen wurden unter der Folter umgebracht oder zu Krüppeln, sie haben in der Folge chronische Leiden.

Wenn ein Prozeß durchgeführt wird, wird das Tribunal durch Militärs gebildet und ist geheim, die Gefangenen haben keine Chance, sich persönlich oder durch Anwälte zu verteidigen und keiner der Bürger, nicht einmal die Verwandten, können dem Verfahren beiwohnen.

Am 20.April verkündete der offizielle Sprecher des Sultanats, daß 17 Bürger Omans, die er Terroristen nannte, durch ein 3-Mann-Tribunal abgeurteilt worden waren.

Vier davon: 1. Soud Mohammed al-Marzooqi, 2. Mohammed Masson Makki, 3. Omar Mansour Sarhan und 4. Saeed Juma'ah al-Ghelani wurden zum Tode verurteilt, die ersten drei wurden wegen Teilnahme an einem bewaffneten Zusammenstoß mit den Regierungsstreitkräften in der Nähe von Rustaq, 160 km von Muskat, verurteilt. Das ereignete sich am 2. November, als Zaher Ali Miyahi ermordet wurde.

Die anderen 13, darunter 2 Frauen, wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Erfahrung dieser politischer Gefangenen ist Beispiel und identisch mit dem vieler anderer.

Wie der offizielle Sprecher erklärte, wurden einige davon in Abu Dhabi (Union arabischer Emirate) festgenommen, wo sie unter Folter verhört wurden und dann den Behörden in Muskat übergeben – was den Menschenrechten und den Rechten politischer Gefangener widerspricht.

Die Gefangenen wurden brutal gefoltert, bis dahin, daß ihnen die Zähne ausgerissen wurden, wie bei Soud al-Marzooqi.

Das Schicksal früher abgeurteilter politischer Gefangener erfordert eine rasche und dringende Aktion Ihrerseits, um neuerliche Massaker zu verhindern.

Wir bitten dringend darum, mit der Post an die Regierung des Sultanats Proteste zu richten, wie auch an die Menschenrechtskommission der UNO, den UNO-Generalsekretär und den Generalsekretär der arabischen Liga.

Die Entsendung einer Delegation von Rechtsanwälten würde sehr nützlich sein.

Der Rote Halbmond von Oman

Vorläufige Anschrift:
P.O. Box 5258
Maalla, Aden, Volksdemokratische Republik Jemen

Thailand vor dem Sturm

Das thailändische Volk - bereit im Kampf gegen den Imperialismus

Mit dem Sieg des vietnamesischen und kambodschanischen Volkes sind auch die Anstrengungen in Thailand gewachsen, sich vom US-Imperialismus zu befreien.

Thailands Geschichte nahm eine große Wende mit dem Aufstand seiner 50 000 Studenten im Oktober 1973 in Bangkok. Am 15. Oktober verließen der Premierminister Thanom und sein Stellvertreter Prapas, zwei der meistgehaßten Männer, Bangkok in Richtung Taiwan. In den Augen des Imperialismus hatten sie sich besonders durch die völlige Unterdrückung der bürgerlichen Rechte und die Weigerung, eine Verfassung zu erstellen, verdient gemacht. Sogar der König mußte sie fallen lassen, wie heiße Kartoffeln. Damals starben Hunderte von Studenten und Schülern durch MG-Salven aus Hubschraubern in den Straßen von Bangkok, die so zum Vorbild des gesamten Volkes für den Kampf um die nationale Befreiung wurden.

Das thailändische Volk liebt und achtet seine Studenten, die kurz nach der erfolgreichen Erhebung unter Leitung des "Nationalen Thailändischen Studentenzentrums" durch die Dörfer zogen, und anhand von Filmberichten über den Aufstand in der Hauptstadt berichteten. Inzwischen wurde eine Verfassung unter dem ehemaligen Rektor der Thammasat-Universität Sanya ausgearbeitet und Wahlen durchgeführt, die eine bürgerliche Regierung an die Macht brachten. Heute widerspiegelt sich das gewachsene antiimperialistische Bewußtsein der Massen in der Forderung der Regierung nach Abzug der US-Militärbasen aus Korat, Ubon und Udorn etc.. Diese Basen spielten eine Hauptrolle im Versuch der Washingtoner Regierung, Vietnam, Kambodscha und Laos in die Steinzeit zurückzubomben. Teilweise verschwinden wird damit auch die Prostitution der thailändischen Frauen und der von GI's betriebene Schwarzmarkt mit amerikanischen Waren, beides Erscheinungen, die in den Basen ein horrendes Ausmaß annahmen. Vorläufig nicht verschwinden wird das CIA-durchtränkte Peacecorps, mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) vergleichbar, sowie der CIA selbst und die ökonomischen Interessen der USA, denen sich auch die neuen Machthaber in Bangkok verpflichtet fühlen.

Das Volk bleibt wachsam. Das zeigt der Kampf gegen die Fluß- und Fischvergiftung der thailändischen Gewässer durch japanische Industrieanlagen, die zu Todesopfern und Verkrüppelungen von Menschen führten. Das zeigte sich auch in der Kampagne zum Boykott ausländischer Luxusgüter. Der BRD-Imperialismus ist nach Japan und den USA der drittgrößte Importeur und spielt eine wichtige Rolle bei der Ausplünderung der thailändischen Bevölkerung. Die sogenannten Bumbsbomber der Firma Neckermann, die wöchentlich die Hotels und Bordelle Thailands mit deutschen Männern beliefern und auf diese Art die Notlage der Mädchen ausnutzen, die an den Fließbändern der ausländischen Fabriken umgerechnet eine Mark pro Tag erhalten, stellen ein nicht geringzuschätzendes Verbrechen des Imperialismus dar.

Der US-Imperialismus, der japanische Imperialismus und der BRD-Imperialismus sind beim thailändischen Volk tief verhaßt. Der bewaffnete Kampf im Norden, Osten und Süden Thailands ist schon organisiert und hält Gebiete unter seiner Kontrolle. Während sich die Bewegung zunächst erfolgreich gegen den Straßenbau für US-Nachschub nach Laos und Kambodscha entwickelte, bekommt der bewaffnete Kampf heute durch den Sieg der Völker Vietnams und Kambodschas einen allgemeinen und gewaltigen Aufschwung gegen imperialistische Ausplünderung und Armut der Massen.

–j.p., Westberlin–



Phnom Penh ist keineswegs eine „Geisterstadt". Die Bevölkerung demonstriert für die Ziele der Regierung der Nationalen Einheit.

Solidaritätsfest verboten

Das Kieler Kultusministerium schaltet sich ein

Für Mittwoch, den 7.5., hatte das Kieler Indochinakomitee in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Kiel zu einem Sieges- und Solidaritätsfest aufgerufen. Damit sollte – am Jahrestag des Sieges über die französischen Kolonialisten von 1954 in Dien Bien Phu – die Freude über die vollständige Befreiung Südvietnams und Kambodschas ausgedrückt und sollten die Völker Indochinas politisch und materiell unterstützt werden.

Zwei Tage vor dem Fest verbot der Dekan des Fachbereichs das Fest, nachdem er zuvor schon die Räume bewilligt hatte und daraufhin die entsprechenden Vorbereitungen getroffen worden waren Wie am Tag darauf bekannt wurde, hatten sich der Präsident der Fachhochschule und sogar das Kultusministerium eingeschaltet und erreicht, daß das Fest verboten wurde.
verboten wurde.

Begründet wurde das Verbot lapidar damit, daß "der nunmehr durch die schriftliche Ankündigung deutliche Charakter der Veranstaltung" keine andere Entscheidung zulasse – was im Klartext heißt, daß dem Kultusministerium die materielle und politische Unterstützung der Völker Indochinas wie überhaupt politische Veranstaltungen in den Räumen einer Hochschule nicht passen und es diese generell verbieten will.

Dieses Verbot sollte unter allen Umständen durchgesetzt werden: Nachdem das Indochinakomitee, der Allgemeine Studentenausschuß der Universität und die Fachschaftsvertretung Sozialwesen aufgerufen hatten, massenhaft zu erscheinen und das Fest trotz Verbot durchzuführen, ließ die Fachhochschulleitung schon Stunden vorher alle Lehrveranstaltungen ausfallen und die Fachhochschule vollständig räumen – sogar die Fachschaftsvertretung der Studenten wurde aus ihren Räumen verwiesen, neue Sicherheitsschlösser wurden eingebaut, die Kripo machte eine ausgiebige Ortsbesichtigung und für alle Fälle wurden mehrere Mannschaftswagen Bereitschaftspolizei in den Nebenstraßen postiert.

Zu dem angegebenen Termin versammelten sich an die 400 Menschen vor der Fachhochschule, um das Sieges- und Solidaritätsfest durchzuführen. Sie fanden verschlossene Türen.

Um das Recht, ein politisches Fest in der Fachhochschule zu feiern, durchzusetzen, hätte man sich also den Zugang zu den Räumen verschaffen müssen. In dieser Situation gelang
fen müssen. In dieser Situation gelang
es jedoch nicht, unter den Versammelten Einheit über ein solches Vorgehen zu erzielen. Nach einer Diskussion über das Vorgehen zogen schließlich alle, um die Einheit des Handelns nicht zu gefährden, in einem Autokorso in die Universität, um dort das Fest in einem offenstehenden Gebäude zu feiern. Hier wurde weiterdiskutiert und das Fest fand trotz äußerster Improvisation einen guten Anklang

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß an der Fachhochschule eine weitere politische Veranstaltung anläßlich des internationalen Solidaritätstages mit dem palästinensischen Widerstand verboten worden ist.

–S.–

Indochina Solidarität

Bonn. Am Freitag, dem 25.4.1975, veranstaltete die Kommunistische Studentengruppe und die Sympathisantengruppe des KBW in einer Mensa der Universität ein Indochina-Solidaritätsfest, zu dem über 200 Menschen kamen. In einer Resolution erklärten die Versammelten ihre Bereitschaft, die Völker von Vietnam und Kambodscha auch nach dem Sieg beim Aufbau einer neuen Gesellschaft zu unterstützen. Eine Sammlung unter den Versammelten ergab eine Summe von 800 DM. Das Geld soll zu gleichen Teilen an die GRUNK und an die PRR gehen.

Freiburg. In der letzten und vorletzten Woche führte die Zelle Psychologie der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) Freiburg an insgesamt 6 Tagen den Verkauf gespendeter Bücher durch. Der Erlös der Bücherspenden ist für das vietnamesische Volk bestimmt. Das gesteckte Ziel, 1 000 DM für Vietnam, wurde erreicht. Dem Indochinakomitee wurden für die medizinische Einheit
wurden für die medizinische Einheit
1 074,74 DM überwiesen.

Hamburg. Die studentische Vollversammlung im Fachbereich Sozialpädagogik beschloß am 30.4.75 auf Vorschlag der gewählten studentischen Tutoren, die monatlichen Tutorengelder für das vietnamesische Volk zu spenden.

Wilhelmshaven. In einer Presseerklärung hat der Vorstand der Wilhelmshavener Jungsozialisten seine Freude über den Sieg der Völker in Kambodscha und Vietnam ausgedrückt. Es heißt in der Erklärung: "Wir stellen test, daß eindeutig die Aggressoren die JSA und ihre Marionettenregierung waren."

Spenden für Vietnam und Kambodscha

Am 13.5. konnten von den Spendenkonten der Indochina-Komitees erneut 23.000 DM an die Vertretung der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam und 7.000 DM an die Vertretung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha überwiesen werden. Spenden für den Wiederaufbau der zerstörten Länder sind auch weiterhin von großer Bedeutung.

Spendenkonto der Indochina-Komitees:

Vietnam: 13 02 450
Kambodscha: 43 75 092
Bezirkssparkasse Heidelberg, H.Leberl

Paris. Der Leiter der Pariser Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) hat an den Sekretär des KBW einen Brief mit folgendem Wortlaut gesandt:

Lieber Freund!

Wir haben die Ehre, den Empfang einer Unterstützung in Höhe von 3 000 DM vom Kommunistischen Bund Westdeutschland anzuzeigen, die uns von Herrn Heimo Leberl überbracht wurde.

Wir richten an Sie unseren aufrichtigen und herzlichen Dank für ihre aktive Solidarität mit dem gerechten Kampf des Volkes von Kambodscha.

Mit freundlichen Grüßen
OK Sakun
Leiter der Mission

Kambodscha: Großzügige Bauern

"Was ich am meisten fürchte, das sind nicht die Kommunisten, sondern die Bauern. Wenn sie hier hineinkommen werden, werden sie sich rächen für all das, was wir ihnen seit Jahrhunderten angetan haben." Das hat der Korrespondentin der Pariser Zeitung "Le Monde" in Phnom Penh ein Universitätspräsident einige Woche vor der Befreiung der Stadt gesagt.

Aber die Bauern waren großzügig. Sie rächten sich nicht, sondern halfen der Stadtbevölkerung und den Flüchtlingen, die aufs Land zurückgingen, zu überleben. *"Die Soldaten hatten ein großes Reisdepot geöffnet, und jeder ging dorthin mit einer Tasche oder einem Beutel. Das war die höchste Freude. Eine lange Reihe von Reissäcken, Reis, der gestern noch so rar und teuer war – standen hier wie Meilensteine einer neben dem anderen entlang der Straße."* (Le Monde vom 10. Mai)

Saigon feiert die Befreiung

Begeisteter Empfang der Volksbefreiungsarmee./ Die Gefangenen sind frei. / Die Arbeiter bauen ihre Gewerkschaftsorganisationen auf.

Tiziano Terzani, Korrespondent des "Spiegel" in Saigon, hat als einer der ersten Journalisten einen Bericht über die Tage nach der Befreiung der Stadt gegeben. Dieser in der Nr. 20/1975 des "Spiegel" veröffentlichte Bericht ist auch von Radio Hanoi ausgestrahlt worden. Wir bringen im Folgenden daraus einige Auszüge:

"In den am dichtesten besiedelten Gebieten Saigons wurde die Befreiungsarmee begeistert empfangen. In der Le-Van-Duyet-Straße, auf dem Weg zum Gefängnis Chi Hoa, geriet ich auf einem Panzer in die fast hysterische Menge, die alle Fahnen des alten Regimes herunterriß, auf die Panzer sprang oder neben den Lastwagen voller junger Soldaten herlief. Eine alte Frau mit einem Strohhut erdrückte fast einen Guerilla-Soldaten in ihren Armen. Sie weinte und rief: 'Hoa Binh, Hoa Binh' (Frieden, Frieden). (...)

Das Gefängnis Chi Hoa wird gegen Mittag besetzt. Ein Panzer der Nationalen Befreiungsfront stoppt vor dem Tor, hinter dem sich bereits die Gefangenen drängen. Ein Offizier hält eine kurze Ansprache: 'Das Volk möchte all denen danken, die sich geopfert und die gelitten haben'. Alle Gefangenen, über 7 000 (darunter viele gewöhnliche Verbrecher), werden freigelassen. Im Laufe des Tages werden auch alle anderen Gefängnisse im Gebiet um Saigon geöffnet. Doan Khac Xuyen, 24, ein katholischer Student, der drei Jahre lang als politischer Gefangener inhaftiert war, verließ das Gefängnis Go Cong im Süden von Saigon am Nachmittag des 30. April: 'Es lag etwas Seltsames in der Luft. Wir wußten nicht, was es war. Wir sahen, wie unsere Wärter ihre Habseligkeiten zusammenpackten. Dann zogen sich alle um und gingen fort. Daraufhin schlugen wir die Türen ein.'

Eine Gruppe eben freigelassener politischer Häftlinge versammelt sich – noch in den schwarzen Sträflingsanzügen – vor dem Präsidentenpalast. Dao Xuan Dieu, 44, aus Tuy Hoa, hat zwölf Jahre im Gefängnis verbracht, fünf davon in den Tigerkäfigen von Con Son. Dieu: 'Ich wurde verhaftet, weil ich für die Revolution arbeitete. Von meiner Familie habe ich die ganze Zeit nichts gehört. Jetzt werde ich in mein Dorf zurückkehren und nach ihr sehen. Ich bin glücklich. Ich hätte nicht geglaubt, daß das Ende so schnell kommen würde' – nach Jahren.

In Dinh laufen die Menschen auf die Straße. Die Haustüren tragen noch die unter der früheren Regierung aufgemalte Parole: 'Diese Familie wird niemals unter den Kommunisten leben'. Jetzt singen die Leute das Revolutionslied 'Saigon erhebt sich'. Sie können den Text nur durch heimliches Abhören des Befreiungs-Senders oder von Radio Hanoi gelernt haben.

In ganz Saigon flattern nun die Fahnen der Provisorischen Regierung, die nicht mehr provisorisch ist – aus den Häusern, an jeder Tür, auf Autos, Fahrrädern und Dreirad-Rikschas, Studenten mit Gewehren und roten Armbinden sorgen zusammen mit den Soldaten der Befreiungsarmee für Ordnung.

Nicht nur die Farben der Fahnen haben sich geändert, nicht nur die Uniformen der Soldaten, die Plakate, die Banner über den Straßen und die Lieder im Rundfunk sind anders geworden. Verändert ist auch die Stimmung in dieser Stadt: Die Gesichter der Menschen haben sich gewandelt.

Ein Geschäftsmann mittleren Alters sagt zu einem Major der Befreiungsarmee: 'Ich, wir alle hatten große Angst vor euch – nach dem, was die Amerikaner uns gelehrt hatten. Jetzt aber begreife ich, wir alle gehören zu dem gleichen Haus, wir alle stammen von den gleichen Vätern und Müttern ab und waren nur eine Zeitlang getrennt'. Saigon wurde befreit, nicht erobert oder besetzt."

(...)

"Vor der Nationalversammlung, wo ein großes Schild verkündet: 'Der Geist Onkel Hos lebt in uns allen', traf ich Tuyet Anh, eine junge Prostituierte, die bei amerikanischen GIs nur 'Linda' hieß.

Sie unterhielt sich mit einer Guerilla-Kämpferin. Vor einer Woche noch war sie völlig verschreckt und wollte Vietnam verlassen. Jetzt hat sie ihre dreijährige Tochter bei sich, sie hat ihre Kleidung gewechselt und sieht wieder wie eine Bäuerin aus. Tuyet Anh lächelt und ruft mir zu: 'Sie sagen, ich kann in mein Dorf zurückkehren'."

Eine Woche nach der Befreiung der Stadt berichtet Terzani:

"Die deutlichsten Veränderungen lassen sich bis jetzt an der Basis, unter den Arbeitern, beobachten.

In der Zentrale der bislang von der Regierung kontrollierten Gewerkschaften, in der Le-Van-Thuyet-Straße 115 b, hat sich ein revolutionäres Komitee aus Arbeitern, einigen Studenten und einem Priester (der bei der Saigoner Müllabfuhr arbeitete) eingerichtet und organisiert dort – noch unter den Bildern und Symbolen des alten Regimes – einen neuen Gewerkschaftsverband.

Hunderte von Leuten bereiten Plakate vor, kleben Ho-Tschi-Minh-Bilder an die Wände und beraten 24 Stunden am Tag. Hauptorganisator beim Aufbau der neuen Gewerkschaft ist Nguyen Nam Loc, ein ehemaliger Angestellter der Elektrizitätswerke von Saigon, der 1962 in den Untergrund ging und jetzt als politischer Kommissar wieder aufgetaucht ist. 'Wir haben keinen Haß und keine Rachegelüste gegen die Kollaborateure der Amerikaner und des Thieu-Regimes', sagt er. 'Die Vergangenheit ist vergessen. Wir werden nur diejenigen bestrafen, die in der Zukunft die Arbeit des Volkes sabotieren wollen.'

Laut Nguyen Nam Loc soll Privateigentum nicht angetastet werden, lediglich die Betriebe, deren Besitzer das Land verlassen haben, werden nationalisiert. 'Wir wissen, daß es viele Fälle von Ausbeutung gibt. Wir werden anfangen, die Unternehmer umzuerziehen.' Er nennt ein Beispiel: 'Rikscha-Fahrer müssen den Rikscha-Besitzern über 500 Piaster täglich zahlen. Wir werden versuchen, diesen Betrag zu reduzieren.

Während wir in der großen Konferenzhalle miteinander redeten, hielt eine Gruppe von Marktfrauen eine 'Befreiungs-Sitzung' ab. Jede berichtete von ihren bösen Erfahrungen unter dem vorherigen Regime, über Polizeischikanen, über Bestechungsgelder, die sie zahlen mußten. Zum Schluß wählten die Frauen unter der Führung eines weiblichen Polit-Kommissars lächelnd und kichernd eine Vertreterin, die von jetzt an die Kontakte zur 'Befreiungs-Gewerkschaft' halten soll. Rundherum herrschte eine fröhliche Atmosphäre."

Eine tragbare Stellwand ist ein gutes Hilfsmittel im öffentlichen Meinungskampf

Hier eine Anleitung zum Bau einer tragbaren Stellwand, damit auch autolose Genossen davon Gebrauch machen können.

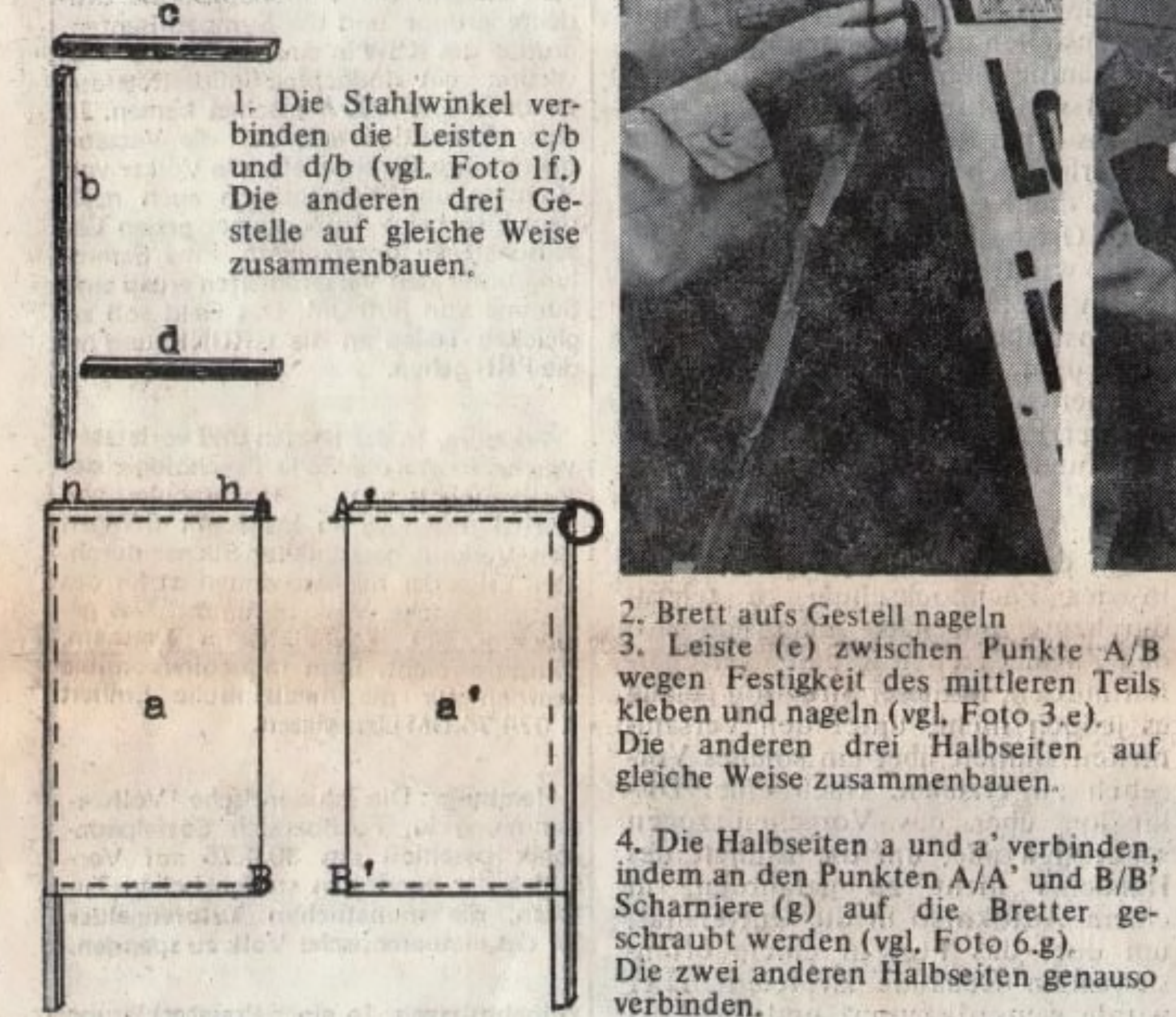
Zeitaufwand
mit Einkauf: etwa einen Tag
Preis: etwa DM 35,–
Gewicht: etwa 9 kg
Gesamtfläche: 2 mal 120 x 80 cm

Material:
Bretter:
4 mal 40 x 120 x 0,3 cm
Leisten:
4 mal 150 x 3 x 2 cm
4 mal 40 x 3 x 2 cm
4 mal 37 x 3 x 2 cm
4 mal 114 x 1 x 1,5 cm
Zubehör
8 Stahlwinkel (nicht breiter als 2 cm)
4 Scharniere (3 cm Scharnierlänge)
2 Scharniere (2–2,5 cm Scharnierlänge)
2 Haken mit Öse
1 Fensterhaken (5 cm Länge)
Nägel (1 cm, 2 cm)
Schrauben (1,5–2,5 cm)
Klebstoff
Leder oder starker Stoff

Arbeitsanleitung:

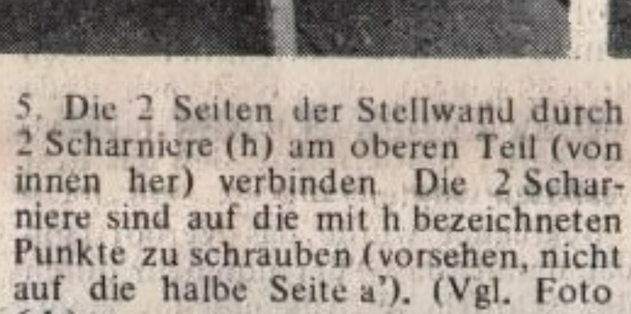












1. Die Stahlwinkel verbinden die Leisten c/b und d/b (vgl. Foto 1f.) Die anderen drei Gestelle auf gleiche Weise zusammenbauen.

2. Brett aufs Gestell nageln
3. Leiste (e) zwischen Punkte A/B wegen Festigkeit des mittleren Teils kleben und nageln (vgl. Foto 3.e). Die anderen drei Halbseiten auf gleiche Weise zusammenbauen.

4. Die Halbseiten a und a' verbinden, indem an den Punkten A/A' und B/B' Scharniere (g) auf die Bretter geschraubt werden (vgl. Foto 6.g). Die zwei anderen Halbseiten genauso verbinden.

5. Die 2 Seiten der Stellwand durch 2 Scharniere (h) am oberen Teil (von innen her) verbinden. Die 2 Scharniere sind auf die mit h bezeichneten Punkte zu schrauben (vorsehen, nicht auf die halbe Seite a'). (Vgl. Foto 6.h)

6. Stellwand aufstellen, Fensterhaken (j) am oberen Ende der Längsseite der 2 losen Halbwände (a') schrauben (mit O gekennzeichnet) (vgl. Foto 4.O)

7. Die 2 Haken mit Öse (i) in Höhe der Leisten d auf die 4 Längsseiten (b) schrauben (vgl. Foto 5.i).

8. Kette oder Schnur dazwischen spannen.

9. Stellwand zusammenklappen, Schlaufen (zum Beispiel Leder) als Traghilfe solide anbringen (Gleichgewicht!). Die Schlaufen unten sind als Traghilfe für Busfahrten gedacht (vgl. Foto 5 n). –M.–

Solidaritäts-Fussballturnier für den Aufbau Süd-Vietnams

Am Sonntag, dem 11.5., führte der Fachschaftsrat der Sportstudenten in Freiburg ein Solidaritätsfußballturnier zum Aufbau in Südvietnam durch.

Wir hatten uns zu diesem Turnier entschlossen, da wir meinen, daß mit der Befreiung des ganzen Landes die Solidarität mit dem Volk von Vietnam nicht aufhören darf. Eine breite materielle Hilfe hatten wir uns zum Ziel des Turniers gesetzt.

Unser Vorschlag fand bei vielen Studenten große Anteilnahme, und nur die Lehrerkonferenz unseres Instituts versuchte mit allen Mitteln, diese Veranstaltung zu verhindern, da sie meint, politische Veranstaltungen hätten in einem Sportinstitut nichts zu suchen. Sie bewilligte nicht unseren Antrag für die notwendigen Plätze, sondern kündigte Ordnungsverfahren gegen die Mitglieder des Fachschaftsrats an. Trotzdem führten wir aber das Turnier durch und es wurde zu einem großen Erfolg. Es meldeten sich 60 Mannschaften mit je 6 Spielern. Durch das Nenngeld, das jede Mannschaft zu zahlen hatte und durch den Basar, den wir gleichzeitig durchführten, können wir über 1 200 DM an die Vertretung der Revolutionären Regierung in Paris überweisen.

Der Sieger des Turniers, die Mannschaft 'Vorwärts Bundesbahn', wird als Siegespreis ein Teil aus einem über Vietnam abgeschossenen US-Bomber erhalten.

–R., Freiburg–

Es rettet uns kein höhres Wesen, kein Gott..

Erklärung von Pastor Lechner zu seinem Austritt aus der Kirche

Am 2. Mai 1975 hat der Kirchenvorstand der Christusgemeinde in Norderstedt in meiner Abwesenheit beschlossen, meine Versetzung zu beantragen.

Dies ist nicht überraschend, und auch die Bosheit, diesen Beschluß während meines Urlaubs zu fassen, ist der übliche Stil der Vertreter einer Ideologie, die man bekämpfen muß.

Seit Januar dieses Jahres habe ich mit Menschen meiner Gemeinde, besonders in der Jugend- und Altenarbeit, aber auch im Kirchenvorstand, diskutiert, ob die Religion für die Ausgebeuteten und Unterdrückten in dieser Gesellschaft ein Hilfsmittel zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung sein kann. Und ob ich als Pastor, der ich das Lehramt der Religion innehabe, der Arbeiterklasse bei der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung nützen kann. Ich bin mit einer Reihe von Menschen zu dem Schluß gekommen: Nein!

Tatsache ist: Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind von Menschen gemacht und entsprechen menschlichen Interessen. Diese Interessen muß man durch wissenschaftliche Untersuchung herausfinden. Tut man dies, so kommt man unweigerlich zu dem Schluß: In der Bundesrepublik leben wir in einer kapitalistischen Klassengesellschaft, und das gesellschaftliche Elend, die geistige Verkümmerung, die politische Abhängigkeit, die wir in dieser Gesellschaft vorfinden, sind nicht einfach da, sondern all dies wird von der Kapitalistenklasse aufrecht erhalten, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu sichern.

Für die Religion ist nicht der klare Kopf, das Wissen und Bewußtsein über die gesellschaftlichen Verhältnisse der Ausgangspunkt; ihr oberstes Prinzip ist der Nebel des Glaubens, mit dem die Menschen zur unmündigen Hinnahme einer Welt verleitet werden, deren Elend in Wirklichkeit von Menschen hervorgebracht wird und dementsprechend von Menschen auch abgeschafft werden kann.

Ich habe fünf Jahre im kirchlichen Dienst damit zugebracht, einzutreten für die proletarische Jugend, für die Alten und Einsamen in meiner Gemeinde, um so mein Amt für faßbare soziale Interessen zu nutzen. Schon dabei bin ich fast an jedem Punkt in Widerspruch zur Institution Kirche geraten. Darüberhinaus bin ich an die Grenzen gelangt, die dem gesetzt sind, der letztenendes dafür bezahlt wird, daß er predigt, es gäbe Gott und ein höheres Wesen, das uns aus dem Elend erlösen wird. Die praktische Erfahrung der Geschichte zeigt aber, daß es immer bloß die Ausgebeuteten und Unterdrückten selbst sind, die sich befreien können. Ich bin es leid, dies zu verdunkeln!

Ich habe mich also entschlossen, aus der Kirche auszutreten und will die Gelegenheit nutzen, einem jeden zu diesem Schritt zu raten.

Man vergeudet viel Zeit mit der kirchlichen Arbeit, die wirklich viel besser genutzt wird, wenn man sie beispielsweise für die Gewerkschaft verwendet. Man schickt seine Kinder in den Religions- und Konfirmandenunterricht, und die Kinder werden dort doch nur zu ideologischen Abhängigkeit erzogen.

Insbesondere diejenigen, die Theologie studieren, möchte ich darauf hinweisen, daß sie gründlich irren, wenn sie meinen, als Religionslehrer oder Pfarrer irgend etwas nützliches ausrichten zu können. Das einzige Ergebnis eines solchen Studiums ist ein ziemlich gutes Gehalt!

Ich erkläre, daß ich nicht die Absicht habe, mit der Abkehr von der Religion und dem Austritt aus der Kirche in der Zukunft ein rein privates Leben zu führen, wie es viele meiner Amtsbrüder, insbesondere viele der katholischen Pfarrer, tun, die sich von der Religion abwenden.

Ich habe erkannt, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln beruht und daß die Arbeiterklasse das private Eigentum an den Produktionsmitteln abschaffen muß, wenn sie sich befreien will. Dazu braucht die Arbeiterklasse eine eigene politische Partei. Am Aufbau einer solchen Partei, der Kommunistischen Partei, werde ich mich beteiligen.

Die Kommunisten verstehen sich als der bewußteste Teil der Arbeiterbewegung. Sie streben an, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen. Dieser schützt ja nur das private Eigentum und damit die besitzende Klasse.

Die Kommunisten streben an, einen Staat aufzubauen, in dem jeder, der arbeitet, Demokratie genießt und nur derjenige unterdrückt wird, der danach strebt, von der Ausbeutung anderer zu leben.

Gegenwärtig ist es umgekehrt!

Offensichtlich läßt sich eine solche Tätigkeit nicht mit einem Lehramt der Kirche verbinden. Lange genug bin ich bezahlt und benutzt worden, Unwissenheit und allerhand mystische Vorstellungen über Gott zu verbreiten. Daher betrachte ich es auch als meine Aufgabe, der Verbreitung religiöser Schwärmerei, sei es in ihrer modernen Form oder wie schon lange üblich, entgegenzutreten.

Das kann nicht bedeuten, daß die Zusammenarbeit mit religiös gebundenen Menschen abgelehnt werden muß. Im Gegenteil. Auf der Basis der Interessen der Arbeiterklasse können in einzelnen Fragen Kommunisten und religiös gebundene Menschen sehr gut zusammenarbeiten. Überhaupt sind die Kommunisten der Auffassung, daß man zwar mit der Religion fertig werden muß, weil sie den Verstand behindert. Sie sind aber der Meinung, daß dies nicht geschehen kann durch Verbote, sondern allein durch eine hartnäckige Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Wirklichkeit.

Alle, die an dieser Frage interessiert sind, lade ich ein zu einer Diskussionsveranstaltung am **Donnerstag, 22. Mai 1975, 20 Uhr Bazar-Restaurant im Herold-Center**

12. Mai 1975

–K.-H. Lechner, Norderstedt–